



# Resoconto integrale

della seduta n. 137 dell'11 luglio 2007

# Wortprotokoll

der 137. Sitzung vom 11. Juli 2007

XIII. Legislatura  
XIII. Legislatur  
2004 - 2008



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA  
DI BOLZANO  
SÜDTIROLER LANDTAG**

**SEDUTA 137. SITZUNG**

**11.7.2007**

**INDICE**

Disegno di legge provinciale n. 134/07:  
"Disposizioni in connessione con  
l'assestamento del bilancio di previsione della  
provincia di Bolzano per l'anno finanziario  
2007 e per il triennio 2007-2009" -  
(continuazione). . . . . pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 135/07: "Asse-  
stamento del bilancio di previsione della pro-  
vincia di Bolzano per l'anno finanziario 2007 e  
per il triennio 2007-2009" - (continuazione). .  
. . . . . pag. 3

**INHALTSVERZEICHNIS**

Landesgesetzentwurf Nr. 134/07:  
"Bestimmungen in Zusammenhang mit dem  
Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das  
Finanzjahr 2007 und für den  
Dreijahreszeitraum 2007-2009" -  
(Fortsetzung). . . . . Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 135/07: "Nachtrags-  
haushalt des Landes Südtirol für das Finanz-  
jahr 2007 und für den Dreijahreszeitraum  
2007-2009" - (Fortsetzung). . . . .  
. . . . . Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.05 UHR

*(Appello nominale - Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**PARDELLER (Sekretär - SVP):** *(Legge il processo verbale – verliest das Sitzungsprotokoll)*

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Le comunicazioni della Presidenza, come da accordi presi con i capigruppo, vengono date per lette e vengono allegate al verbale.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Minniti, Thaler (pom.), Urzì e l'assessore Mussner (pom.).

Proseguiamo nella trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 130) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 134/07:* **"Disposizioni in connessione con l'asestamento del bilancio di previsione della provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2007 e per il triennio 2007-2009"** – (continuazione).

Punkt 130 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 134/07:* **"Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2007 und für den Dreijahreszeitraum 2007-2009"** – (Fortsetzung).

Punto 131) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 135/07:* **"Assestamento del bilancio di previsione della provincia di Bolzano per l'anno finanziario 2007 e per il triennio 2007-2009"** – (continuazione).

Punkt 131 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 135/07:* **"Nachtragshaushalt des Landes Südtirol für das Finanzjahr 2007 und für den Dreijahreszeitraum 2007-2009"** – (Fortsetzung).

Ricordo che ieri sera è stata interrotta la discussione generale sui disegni di legge di cui sopra e che ora riprendiamo.

La parola al consigliere Pöder, ne ha facoltà.

**PÖDER (UFS):** Der Nachtragshaushalt ist natürlich als integrierender Bestandteil des Haushaltes zu betrachten. Er ist und bleibt verwaltungslastig, das heißt, dass im Haushalt, wenn wir ihn durchsehen, im Verhältnis immer mehr Mittel für Verwaltungsausgaben als für Investitionsausgaben ausgegeben werden. Sagen wir es einmal so. Wenn man die absoluten Zahlen sieht, dann ist es natürlich umgekehrt, denn die Steigerung ist im Prinzip jene, die, wie ich schon gesagt habe, bei den Verwaltungsausgaben wesentlich mehr als bei den Investitionsausgaben liegt. Gestern konnte man verfolgen, wie draußen auf dem Landhausplatz der Mediator Gerhard Falk seine sieben Sachen gepackt hat und weggefahren ist. Er hat einiges aus dem Büro oder den ihm zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten des Palais Widmann herausgetragen. Schade, dass er nicht den einen oder anderen der Landesregierung mitgenommen und uns damit der einen oder anderen Last entledigt hat, denn wenn wir gerade diesen Punkt anschauen, so ist das wohl eines der größten und besten Beispiele, wenn auch beileibe nicht das kostspieligste, des Versagens dieser Landesregierung, weil sie nicht imstande ist, den Bürgern zu erklären oder nicht imstande ist, alleine mit den Bürgern über Projekte, die von den Steuerzahlern bezahlt werden, zu diskutieren und ihnen klarzumachen, was man will. Diese Landesregierung ist das deshalb nicht mehr imstande, weil man den Damen und Herren der Landesregierung, zumindest den meisten, vor allem dem Landeshauptmann, nicht mehr glaubt. Man hat die Erfahrung gemacht, dass schon des Öfteren Versprechungen gerade im Zusammenhang mit dem Flugplatz - es ist nur eines der Beispiele - gemacht wurden. Diese Versprechungen wurden dann letztlich nicht eingehalten, ob das nun im Zusammenhang mit dem Flugplatzprojekt oder im Zusammenhang mit der Pistenverlängerung der Fall war, weil diese damals, nämlich 1998, in einer Hochglanzbroschüre, die mit einer Reihe von anderen Versprechungen verschickt wurde, um die Leute wahlkampfbedingt zu beruhigen, ausgeschlossen wurde.

Dasselbe passiert jetzt wieder. In verschiedenen Bereichen verteilt man Beruhigungstabletten, um die Leute draußen in ihrem Unmut etwas einzuschläfern und ihnen klarzumachen, dass die Landesregierung bei Gott nicht so schlimm sei wie sie empfunden werde, und dass man sich natürlich der Sorgen der Menschen annehme und natürlich darauf schaue, was die Leute draußen wollten. Das passiert jetzt in regelmäßiger Abfolge. Die Sitzungen der Landesregierung sind mehr oder weniger politische Feuerwehrsitzungen, in denen man versucht, Brände, im politischen Sinne, zu löschen, die an allen Ecken entstehen oder entstanden sind, die man vorher einfach hat brennen lassen, so wie es in Kampanien mit den Müllhalden geschehen ist. Dort ist man hergegangen und hat auch lange Zeit weggeschaut, als

die Mafiosi-Müllhalden angelegt wurden. Bei uns hat man Brände anderer Natur brennen lassen. Man hat sie nämlich nicht nur gelöscht, sondern man hat noch zusätzlich Öl ins Feuer gegossen und mit den luftigen Reden am Sonntag hat man natürlich noch Luft in das Feuer hineingeblasen.

Letztlich ist man dabei, an allen Ecken und Enden Feuerwehr zu spielen, ob das nun in der Familien-, Sozial- und Einwanderungspolitik oder bei Großprojekten, wie zum Beispiel bei jenem des Flugplatzes, der Fall ist. Gestern ist das Scheitern der Politik der Landesregierung dadurch noch evidenter geworden, dass man einen Mediator nicht mit wenig Geld beschäftigen musste, um einen Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Landesregierung herzustellen, den eigentlich die Landesregierung selbst haben müsste. Offensichtlich ist sie von dieser Bevölkerung, von den Bürgern schon so weit abgehoben und so weit entfernt, dass sie gar nicht mehr imstande ist, den Kontakt alleine herzustellen. Ich nehme an, dass sich der Mediator, Herr Falk, redlich bemüht hat - das kann man ihm schon zugestehen -, aber er stand hier vor einer mehr oder weniger aussichtslosen Situation, denn wie soll man zwischen einer Bevölkerung, die völlig enttäuscht ist und in diesen Fragen der Landesregierung keinerlei Glauben mehr schenkt, und einer Landesregierung vermitteln, die einen Mediator eigentlich nur, sagen wir es einmal so, als teuer bezahlten Propagandachef engagieren wollte, der mit Lächeln im Gesicht und mit ruhigem Ton den Leuten draußen das vermitteln sollte, was man selbst nicht mehr imstande war zu vermitteln, oder der sie einfach beruhigen sollte, um sich über die nächsten Wahlen hinwegzuretten? Das ist im Prinzip die Ausgangsposition und die Ausgangssituation.

Einen Mediator bräuchte man sicherlich auch für jenes Projekt, bei dem gestern ein Meilenstein angekündigt oder gesetzt wurde. Man sagt zumindest, dass gestern durch eine Vereinbarung, durch eine Dreiländerkonferenz bzw. speziell durch eine Absichtserklärung zwischen Österreich und Italien der Brennerbasistunnel auf den weiteren Weg gebracht wurde. Auf diesem Gebiet ist man allerdings noch nicht so weit, dass man eine Mediation mit der Bevölkerung will, sondern man geht nur her und belehrt. Das wurde bereits gestern vom Kollegen Dello Sbarba angesprochen. Wenn man zum Beispiel die Versammlung in Wiesen/Pfitsch, bei der es um den Brennerbasistunnel gegangen ist, mitverfolgt hat, dann war festzustellen, dass das keine Mediation war, sondern - ich verwende das deutsche Wort nicht, im Italienischen würde man die Worte "una presa in giro" gebrauchen - ein Auf-den-Arm-nehmen der Bevölkerung. Die Bevölkerung, mehr oder weniger das ganze Tal, kommt zu dieser Versammlung, erwartet sich Antworten und hört eigentlich nur dumme Belehrungen und Bemerkungen. Das fing schon damit an, dass der Landeshauptmann, als er beim Eingang einige Demonstranten mit Transparenten sah, diesen nicht zugeflüstert, sondern sie in seiner saloppen Art gefragt hat, ob sie nicht

Besseres zu tun hätten. Natürlich haben sie nichts Besseres zu tun, denn sie müssen auf die Situation aufmerksam machen! Sie müssen dort stehen und es wäre besser, wenn noch mehr Leute dort stehen würden! Diese blöden und dummen Bemerkungen könnte sich ein Politiker wie der Landeshauptmann mit einer langjährigen Erfahrung und mit Format, das er sich immer gerne zuspricht und zuschreibt, das ihm auch von seiner Partei zugeschrieben wird, sparen.

Was wir bei der Versammlung gesehen haben, ist symptomatisch. Die Landesregierung, die Politik spricht eine ganz andere Sprache als die Bevölkerung. Die Bevölkerung hat Sorgen und Nöte vorgebracht und die Politik hat diese in keinster Weise ernst genommen, sondern hat einfach ein Projekt heruntergespult und den Leuten das erklärt, was ohnehin jeder weiß. Es ist ja nichts Neues gewesen. Man weiß im Prinzip gar nichts Genaues, sondern nur, dass irgendwo ein Loch gegraben wird, dann noch eines, und dass viel Geld hineingeschüttet werden soll. Mehr hat man den Leuten nicht gesagt. Dass man von Seiten der Landesregierung eine derart fehlende Sensibilität hat, dass man bei einem derart wichtigen Projekt hergeht und in einer Talschaft, in der sich die Leute gerade mit einer solch schwierigen technischen Materie schwer tun, einen Vortrag in rein italienischer Sprache hält, verstehe ich einfach nicht. Diese Aussage hat keine ethnopolitischen Hintergründe. Es wurde auch kritisiert, dass man einen Verantwortlichen beauftragt - ohne ihm, von mir aus, einen Übersetzer zur Seite zu stellen -, der der betroffenen Bevölkerung die wesentlichen technischen und andere wichtige Dinge nur in italienischer Sprache erklärt. Das zeigt im Prinzip, wie die Landesregierung interessiert ist, den Leuten Informationen, nämlich gar keine, zu vermitteln.

Ich mache dem betreffenden Verantwortlichen keinen Vorwurf, denn er hat seine Sache heruntergespult und die Erklärungen abgegeben, aber man hätte von Seiten der Landesregierung, wenn man schon Informationsveranstaltungen macht, zumindest dahingehend vorbauen können, dass die Leute die Ausführungen auch verstehen. Das war ganz einfach symptomatisch. Der Riesenapplaus für einen Bürger, der bei der Versammlung gesagt hat, dass er das, was der Verantwortliche gesagt hat, nicht verstanden habe, nicht weil er es nicht verstehen wolle, sondern weil er es nicht verstehen könne, weil es natürlich auch um sehr viele technische Dinge geht, die wahrscheinlich auch in deutscher Sprache nicht so einfach zu verstehen sind, hat gezeigt, dass man mit der Informationspolitik der Landesregierung, wenn man es so will, einfach nicht mehr einverstanden ist. Man hat den Leuten etwas vorgemacht! Deshalb gab es auch die Pfiffe für alle möglichen Beteiligten. Offensichtlich war es aber den politisch Verantwortlichen, angefangen beim Landeshauptmann, doch wurst, denn sie haben der Bevölkerung keinerlei Antworten auf die drängenden Fragen gegeben, sondern haben nur noch mit zusätzlichen Bemerkungen die Leute mit eigenartigen, ich muss es noch einmal

sagen, relativ dummen Bemerkungen verärgert. Wie kann man den Leuten, die ihre Sorgen und Ängste hinsichtlich des Mega-Projektes, das vor ihrer Haustür entstehen wird, sagen oder auch vorhalten, dass sie sich um ihre eigenen Sachen, um ihre beruflichen Sachen kümmern sollten, oder sagen, dass jemand als Arzt besser auf seine Patienten schauen sollte, dann würden diese gesünder sein? Wie kann man als Politiker mit solch dummen Bemerkungen vor die Leute treten? Das ist symptomatisch und das ist auch, wie gesagt, der große Fehler, den man immer wieder macht. Es ist für die Politik, für die demokratiepolitische Entwicklung insgesamt ein verhängnisvoller Fehler, dass man die Leute einfach nicht ernst nimmt und es ihnen auch zeigt.

Gestern wurde, wie gesagt, irgendein Vertrag, irgendeine Absichtserklärung zum Bau des Brennerbasistunnels unterschrieben. Man hätte meinen können, es wäre das Band vom Brennerbasistunnel durchtrennt worden und man könne bereits jetzt durchfahren. Letztlich wurde gar nichts getan, denn man will erst 2009 entscheiden, ob überhaupt mit dem Bau begonnen wird. Natürlich soll man in der Zwischenzeit 430 Millionen Euro plus Mehrwertsteuer und Finanzierungskosten in den Bau eines Erkundungsstollens stecken, aber ob dann letztlich gebaut wird oder nicht, wurde gestern nicht gesagt! Darüber soll überhaupt erst 2009 entschieden werden. Man weiß also noch nichts Genaues.

Über die Hintergründe der ganzen Aktion haben die Medien gestern und vor allem heute berichtet. Es ist sicherlich so, dass man die krasse Aussage des Chefs des Transitforums Austria-Tirol, Herrn Gurgiser, über den Generationenverrat in diesem Zusammenhang schon verwenden kann, denn gerade gestern gab es auch wieder die Kritik des Verkehrswissenschaftlers Sebastian Kummer, der als Leiter, als Vorstand, als ausgewiesener Experte des Wiener Institutes für Verkehrs- und Transportwissenschaft noch einmal die Planlosigkeit dieses Projektes und - er hat es so wörtlich gesagt - die "diffuse Finanzierung des Konzepts" angesprochen hat. Diffus ist sie wirklich, weil kein Mensch sagen kann, wo die Gelder hergenommen werden sollen. Gestern gab es daraufhin von österreichischer Seite einen Kommentar von Rainhard Gölweil im "Kurier", der heute auch veröffentlicht wurde, in dem von Löcher graben und Löcher stopfen die Rede ist. Das ist sicherlich eine symptomatische Aussage nicht nur für die österreichische, sondern auch für unsere Politik.

Das kann man gerade im Zusammenhang mit dem Haushalt immer wieder sagen, nämlich dass Löcher gegraben und Löcher gestopft werden, Löcher auch in Form von verschiedenen Projekten, die niemand braucht, die niemand will, die aber trotzdem in die Landschaft gesetzt werden. Wir sehen, was sich in Südtirol tut, gerade was das Fahrsicherheitszentrum in Pfatten anbelangt, von dem man gar nicht mehr spricht, weil es schon über die Bühne gegangen ist, weil es schon in Bau ist

und jetzt mehr oder weniger vor dem Bauende steht. Da kann jeder beispielhaft sehen, wie man mit den Geldern in Südtirol umgeht. Es wurden verschiedene andere Projekte angesprochen und solche werden sicherlich noch angesprochen werden, wie die Thermen und andere Dinge mehr. Dort geht das Geld der Menschen, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hin! Dort geht das Geld, das die Familien nicht bekommen, hin, obwohl sie es mehr bräuchten! Dort geht das Geld, das man den Unternehmen nicht als Entlastung zurückgibt, hin, weil man einfach sagt, dass man das Geld nicht hätte, dass man bei den verschiedenen Familienzweckungen nicht noch zusätzliche Steigerungen oder, im Unternehmerbereich, keine Entlastungen vornehmen könne, weil man das Geld dafür nicht hätte. Man müsste eigentlich sagen, dass wir es schon hätten, dass wir damit aber Löcher graben, irgendwelche Pisten verlängern, irgendwelche Bauten errichten oder irgendwelche Verluste ausgleichen werden. Im Jahre 2006 waren 4,3 Millionen Euro an Ausgaben für den Flugplatz veranschlagt, heuer sollte es aber besser werden. Das hat Landesrat Widmann angekündigt. Heuer werden es nicht 4,3 Millionen, sondern vielleicht 4,2 Millionen sein, was unter dem Strich eine beruhigende Aussage ist!

Im Kommentar steht Folgendes: *"Wenigstens eine Milliarde Euro muss aus dem österreichischen Budget in die Finanzierung des Brennerbasistunnels fließen. In den Planungen gibt es dafür keinerlei Vorsorgen. In den Haushaltsplanungen Österreichs gibt es dafür keinerlei vorgesehene Kapitel und Entwicklungen. Man weiß nicht, woher das Geld kommen soll. Eine Milliarde ist kein Lärcherl und selbst wenn erst in fünf Jahren mit dem Bau begonnen wird, wäre es nicht schlecht, jetzt mit der Dotierung dieser enormen Summe zu beginnen. Das ist aber nicht das einzige Loch, das zu stopfen ist. Erst wenn die vielen anderen Punkte in Österreich gelöst sind, dort wo Löcher zu stopfen sind, dann kann man mit dem Bau beginnen, denn ein teures Loch durch die Alpen zu graben und anschließend nicht exakt zu wissen, wer es nutzen oder wie es ordentlich vermarktet wird, wäre sinnlos. Löcher gibt es in der heimischen Verkehrspolitik auch so noch genug".* Das ist ein Kommentar des "Kurier", bezogen auf Österreich. Dasselbe könnte, bezogen auf die Südtiroler Politik, auch in einer Südtiroler Zeitung stehen.

Man hat gestern einfach gemerkt, dass man hergegangen ist, um irgendetwas zu tun, um das Projekt Brennerbasistunnel nicht völlig der Sinnlosigkeit anheimfallen zu lassen. Man hat Aktionismus betrieben, aber entschieden wurde im Prinzip gar nichts. Im Jahre 2009 soll wieder neu entschieden werden, ob der Bau überhaupt über die Bühne gehen soll. Ob man jetzt all den anderen Glauben schenken sollte, auch Ihnen, Herr Landeshauptmann, die sagen, das würde schon passen, das würde schon etwas bringen, das würde schon finanziert werden, oder ob man Wissenschaftlern Glauben schenken sollte, die ihre Aussagen mit allen



möglichen Fakten und Hintergründen belegen und daran gearbeitet haben, das weiß ich nicht.

Ich denke, man sollte den Wissenschaftlern glauben, denn der Verkehrsexperte, Herr Kummer – er ist Vorstand des Institutes für Transportwirtschaft in Wien –, der die Planlosigkeit kritisiert, hat zum Beispiel gesagt, dass das Finanzierungskonzept des Tunnels diffus bleibe und dass es mehr auf Hoffnungen beruhe. Er meint, der Tunnelbau sei ein verkehrspolitischer Modetrend, doch leider würden dabei volks- und betriebswirtschaftliche Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Das ist ja auch eine interessante Aussage! Um den Schaden für die Steuerzahler zu begrenzen, fordert er, dass der Koralm-Tunnel am Beginn nur als eingleisiger Tunnel usw. ausgelegt werden sollte. Die Kosteneinsparung würde sich auf ein Drittel der Kosten belaufen. Der Brennerbaistunnel sollte als einröhriger, aber zweigleisiger Güterverkehrstunnel ausgelegt werden, meint er. Es sind Dinge, die seit Jahren von Kritikern, von Verkehrsexperten und auch von Umweltverbänden immer wieder vorgebracht werden. Das sagt ein ausgewiesener Experte, der kein großes politisches Interesse haben kann, als Oppositionsvertreter etwas Negatives zu behaupten, sondern er ist einfach ein Wissenschaftler, der sich Gedanken darüber gemacht hat und der von der Sache etwas versteht, zumindest mehr versteht als jene Politiker, die große Absichtserklärungen unterschreiben und dann sagen, dass es schon passen und dass es sich bis zum Schluss schon regeln würde.

Er glaubt zum Beispiel, dass die Finanzierungsschiene, die gestern in irgendeiner Weise wieder einmal auch mit Ziffern und Prozentzahlen großartig belegt wurde, überhaupt nicht klar sei, weil gesagt wird, dass die Gesamtkosten, inklusive Planung, exklusive Finanzierungskosten und Inflation, bei 6 Milliarden Euro liegen würden. Gestern hat man offiziell festgestellt, dass die gesamten Baukosten inklusive Inflation, aber exklusive Finanzierungskosten bei 8 Milliarden Euro liegen würden. Inklusive Finanzierungskosten würden sie hingegen zwischen 11 und 14 Milliarden Euro liegen. Das sind zumindest die vorsichtigen Schätzungen. Wir wissen, dass die Kosten für den Bau des Erkundungstollens bei 430 Millionen Euro liegen. Gestern gab es wieder einmal eine offizielle Mitteilung, und zwar dass von diesen Kosten 50 Prozent die EU, 12,5 Prozent Österreich, 12,5 Prozent das Land Tirol – das wird sich freuen – und 25 Prozent Italien zahlen würden. Woher das Geld kommen soll, weiß ich nicht. Die Staaten werden es schon herzaubern, woher genau, weiß man nicht. Selbstverständlich weiß man das nicht!

Die gesamte Entwicklung wurde gestern von den verschiedenen politischen Vertretern – das kann man heute auch nachlesen – in der Öffentlichkeit mit großen Tönen und großen Worten gelobt und gepriesen. Das ganze Selbstlob, das ganze Lobpreisen dieses Brennerbaistunnelprojektes ist völlig fehl am Platz, denn dieses

Projekt wird so nicht verwirklicht werden! Letztlich bleiben nur die im österreichischen Kommentar zitierten Löcher übrig, die es zu stopfen gilt.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt, mit dem Haushalt insgesamt, ein anderes Thema ansprechen, auch weil gerade Landesrat Theiner anwesend ist. Er kann vielleicht ein bisschen das soziale Gewissen der Landesregierung darstellen - um die anderen nicht zu beleidigen -, er zieht aber aus diesem sozialen Gewissen manchmal schon, aber leider nicht immer, die richtigen Schlüsse. Er hat ja auch damit zu kämpfen, dass man bei uns lieber das Geld in Startbahnverlängerungen oder in irgendwelche anderen Projekte steckt, anstatt das Geld dorthin zu lenken, wo es eigentlich gebraucht wird. Man muss damit nämlich 4,3 Millionen Euro Verluste beim Flugplatz ausgleichen oder mit schlappen 9 oder 10 Millionen die Thermen oder andere interessante Projekte mitfinanzieren, weshalb man unter dem Strich letztlich dort, wo es eigentlich gebraucht würde, zu wenig hat. Natürlich haben wir hier immer schöne Forderungen, das stimmt schon.

Der Landesrat hat schon Recht, wenn zum Beispiel von verschiedener politischer Seite immer wieder gesagt wird, dass man das Kindergeld auszahlen müsste. Ich habe in der Gesetzgebungskommission nicht als Mitglied, sondern als Abgeordneter vor zwei oder drei Jahren dreimal und auch im letzten Jahr beantragt, dass man das Kindergeld rückwirkend ab 1.1.2005 auszahlen hätte sollen. Der Antrag wurde damals immer wieder abgelehnt und man hat gesagt, dass man das Geld dafür nicht habe. Natürlich kam das auch als Vorschlag von der Opposition. Das war auch schon ein gewichtiger Grund, um den Antrag abzulehnen. Jetzt hat man doch endlich ein Einsehen gehabt und verstanden, dass man diese rückwirkende Auszahlung ab Jänner 2005 hätte beschließen sollen. Es wurde nun bereits getan und ich glaube, es ist auch durchaus ein richtiger Weg.

Natürlich haben wir hier immer wieder schöne Ansätze, das stimmt schon, aber der Landesrat sagt, dass wir ja viel fordern könnten, und fragt auch, wie wir es unter dem Strich finanzieren sollen. Das ist ja das Problem! Es ist aber eigentlich eure Aufgabe herauszufinden, wie man die Erfordernisse der Bevölkerung und nicht die Prestige- und Lieblingsprojekte der Landesregierung, einzelner Landesräte oder des Landeshauptmannes finanzieren soll. Man muss einfach in Frage stellen, ob es ein Landessportzentrum geben soll, wo dafür noch keine Voraussetzungen bestehen, wo man alles neu machen muss, oder ob es ein Landessportzentrum in einer anderen Gemeinde oder in einer anderen Stadt geben soll, wo bereits bestimmte Voraussetzungen bestehen und man eben weniger Geld ausgeben müsste. Man kann grundsätzlich einmal die Frage stellen, ob man ein Sportzentrum überhaupt braucht, aber wenn man es braucht - ich verschließe mich nicht der Argumentation, dass es ein Landessportzentrum in Südtirol braucht -, dann halte ich die Idee nicht für abwegig und schlecht. Unter dem Strich geht man aber her und möchte es in Kaltern

errichten, wo es noch keine Voraussetzungen gibt und wo einfach für sehr viel Geld – ich weiß nicht genau für wie viel Geld - alles neu gemacht werden müsste. Man spricht von etwa 50 Millionen Euro. Man weiß wahrscheinlich selbst noch nicht ganz genau, wie hoch die Zahlen liegen werden. Wenn in Bruneck bestimmte Voraussetzungen schon bestehen würden und die Brunecker eigentlich gar nichts dagegen hätten, dieses Zentrum zu beherbergen, dann sollte man sich schon überlegen, ob man nicht etwas einsparen und es dort machen könnte, wo es weniger Leute gibt, die dagegen sind, und wo bereits bestimmte Voraussetzungen vorhanden wären.

Es ist vielleicht anzumerken, dass in Südtirol die Lohnfrage insgesamt einfach vernachlässigt wird. Natürlich kann man sich fragen, was die Politik mit der Lohnfrage zu tun hat. Die Löhne sind Bestandteil der privatwirtschaftlichen oder sozialpartnerschaftlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen. Die Löhne sind sehr wohl auch von dem abhängig, was die Politik macht. Die Löhne in Südtirol sind – das muss man einfach noch einmal oder neu betonen – in den letzten zehn bis zwölf Jahren gesunken. Es gibt Statistiken, die das belegen. Ich beziehe mich jetzt auf den Reallohn, welcher um 10 Prozent gesunken ist, und das ist eigentlich schon ein gewaltiges Alarmzeichen. Der Durchschnittslohn in Südtirol ist heute zehn Prozent weniger wert. Man kann sich heute weniger als im Jahre 1991 kaufen. Es gibt kaum Schwankungen, kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, ob das jetzt das produzierende Gewerbe, im engeren Sinne das Baugewerbe, die Dienstleistung oder der Handel ist. Diesbezüglich gibt es eine Entwicklung, die wirklich bedenklich ist. Sie sollte nicht nur die gesamte Politik, sondern auch die Wirtschaft wach rütteln, denn diese lebt ja auch davon, dass die Leute sich von ihren Löhnen etwas kaufen und nicht davon, dass sie sich immer weniger kaufen können. Wenn man zum Beispiel sieht, dass der Reallohn seit 1991 im Baugewerbe um 9 Prozent und im produzierenden Gewerbe um 10 Prozent gesunken ist, dann muss man sich nicht wundern, warum in Südtirol dies für sehr, sehr viele Leute ein Problem darstellt, und diese Zahlen sind Südtiroler und nicht staatliche Zahlen. Die Problematik besteht, dass man sich für den Lohn einfach nicht mehr das leisten kann, was man sich leisten können müsste.

Die Gehälter sind zwar in absoluten Zahlen sehr leicht gestiegen, aber sie haben sich in keinsten Weise an der Kostenentwicklung orientiert und sind in keinsten Weise an der real existierenden Inflation orientiert worden. Wir wissen, dass in der Vergangenheit die gleitende Lohnskala abgeschafft wurde. Das war auch richtig so, denn es war ein Inflationsförderungsinstrumentarium, das gewaltig war. Damals wurde auch von den Gewerkschaften erkannt, dass diese gleitende Lohnskala, die den Lohnausgleich, gemessen an der Inflation, bedeutete, die Inflation in Italien in astronomische Höhen getrieben hat, letztlich ist aber durch die Abschaffung der

gleitenden Lohnskala eine Fehlentwicklung eingetreten. Man hätte meinen mögen, dass die Wirtschaft selbst so schlau ist, dass sie die Leute entsprechend entlohnt, damit sie ihr Leben fristen können, damit sie auch als Konsumenten weiterhin die Kaufkraft haben, die sie haben müssen, aber dem war nicht so. Die Entwertung des Geldes, des Lohnes, der Kaufkraftverlust, also das Sinken der Reallöhne ist ein Fakt. Das ist mit Sicherheit eine gewaltige soziale Problematik, die wir in Südtirol haben.

Wenn wir darüber reden, dass es zum Beispiel für Betriebe Steuersenkungen oder Entlastungen geben sollte, dann muss man auch darüber reden, dass man für die Angestellten, die Arbeitnehmer entweder Entlastungen schaffen oder Lohnerhöhungen vornehmen muss. Die Politik wird sicherlich keinen direkten Einfluss auf die Lohnentwicklung nehmen können, aber einen indirekten kann sie insofern darauf nehmen, dass sie erkennt, dass die Betriebe heute mit dem Lohn und mit den Lohnnebenkosten enorme Belastungen haben. Es ist somit auch verständlich, die Betriebe in der heutigen Situation nicht hergehen und sagen können, dass sie den Arbeitern und Angestellten von heute auf morgen einen Lohnausgleich, Lohnerhöhungen gewähren, die diese Reallohnverluste, diesen Kaufkraftverlust auffangen. Den Betrieben selbst kann man keinen Vorwurf machen, denn diese müssen für den Großteil ihres Umsatzes, ihres Gewinnes Steuern zahlen.

Wir haben letztthin gehört, dass die Regierung Prodi, also dieses Bündnis der extremen Linken und der SVP, den Betrieben mittlerweile 70 Prozent Steuern verschafft hat. Nicht nur die Betriebe, sondern auch die Arbeitnehmer, die Angestellten dürfen sich dafür bedanken. Auch die Arbeitnehmer leiden darunter, und das aus einem ganz einfachen Grund, weil nämlich die Betriebe es sich nicht leisten können, die negative Lohnentwicklung aufzufangen. Die Entlastung muss derart erfolgen, dass den Betrieben morgen unter dem Strich etwas mehr Geld in der Tasche bleibt. Die IRAP will man um 0,5 Prozent senken. Auch 1 Prozent würde unter dem Strich nicht so viel ausmachen, aber immerhin sind es 0,5 Prozent. Das wäre schon einmal etwas. Wenn man nun hergeht und sagt, dass man mit der Senkung der IRAP die Betriebe entlasten will, dann, bin ich der Meinung, muss man aber auch sagen, dass ein Teil dieser Entlastung, die die Politik den Betrieben verschafft, von diesen wieder an die Arbeitnehmer und Angestellten weitergegeben werden muss, denn diese müssten auch das eine oder andere davon abkriegen.

Wenn wir - ich bin dafür - die Wirtschaft, die Betriebe, die Unternehmen in dem Ausmaß, wo wir es können, entlasten, dann müssten wir diese Entlastung auch weitergeben oder die Betriebe müssten sie teilweise an die Angestellten und an die Lohnempfänger weitergeben. Für die Betriebe ist es in dem Ausmaß nicht mehr nachvollziehbar und auch nicht möglich, den realen Kaufkraftverlust, der, wie gesagt, in den letzten zehn Jahren bei 10 Prozent liegt - der Reallohn ist in Südtirol um 10 Prozent gesunken -, aufzufangen.

Wir haben heute den Faktor Arbeit, der unter allen möglichen Gesichtspunkten, erstaunlicherweise auch bei der IRAP und bei der Wertschöpfungssteuer besteuert wird. Das ist das Interessante, das Verrückte an diesem System. Die Lohnkosten, die Lohnnebenkosten, die Sozialabgaben, die Steuern usw. stellen für die Betriebe gewaltige Belastungen dar, aber dass der Faktor Arbeit dann noch einmal bei der Wertschöpfungssteuer besteuert wird, ist unglaublich! Man müsste wirklich hergehen - das wäre einmal ein Ansatz, den man in Rom verfolgen sollte - und sagen, wir müssen den Faktor Arbeit zum Beispiel bei der Wertschöpfungssteuer herausnehmen. Wir müssen den Faktor Arbeit, die Lohnkosten herausnehmen. Wir können nicht hergehen und bei der IRAP diesen Faktor besteuern. Mich wundert es, dass die Gewerkschaften nicht irgendwann einmal draufkommen, dass die Löhne steigen müssten. Das wundert mich, Kollege Pardeller! Ich verstehe nicht, warum man nicht auch hergeht und im einen oder anderen Bereich eine Entlastung für die Betriebe schafft und dann in der weiteren Folge einen Teil dieser Entlastungen an die Lohnempfänger, an die Lohnabhängigen weitergibt. Ich weiß, dass Kollege Pardeller natürlich nicht an die Wirtschaft, sondern an die Arbeitnehmer denkt. Wir müssen uns hier aber immer anhören, dass die Betriebe Entlastungen brauchen. Was brauchen aber die Angestellten, die Arbeitnehmer? Warum wird nicht darüber geredet? Warum wird darüber nicht in der Landesregierung geredet? Warum reden wir nicht darüber, dass dort der große Wirtschaftsfaktor, das Wachstum für die Unternehmen vorhanden wäre? Wer mehr in der Tasche hat, kann auch mehr kaufen. Das ist eine ganz einfache und banale Rechnung, und in diese Richtung müssen wir einsteigen.

Ich bin auch der Meinung - das werden die Gewerkschaften nicht gerne hören -, dass man einmal hergehen - wir haben momentan den gewissen Einfluss - und über die Überstundenregelung reden müsste. Die Gewerkschaften sagen, die Überstunden müssen teuer sein, sie müssen den Angestellten wenig bringen und dem Arbeitgeber viel kosten, damit nicht zu viele Überstunden gemacht werden, damit Leute angestellt und eingestellt werden. Das ist eine ganz einfache Rechnung, die die Gewerkschaften machen. Mehr Überstunden bedeuten weniger Arbeitsplätze. So einfach ist das aber auch wieder nicht. Man muss einfach sagen, dass durch die derzeitige Überstundenregelung der öffentlichen Hand, dem Land enorme Summen an Steuern entgehen. Das wissen wir, weil Überstunden schwarz bezahlt werden. Wer arbeitet schon, wer macht schon Überstunden, wenn sie offiziell bezahlt werden? Die landläufige Meinung, die stimmt und auch richtig ist, ist, dass man bei der Leistung von Überstunden draufzahlen würde. Hier geht man nicht her und versucht einmal in diese Richtung zu überlegen, ob man nicht die Überstunden aus der Einkommensprogression herausnehmen könnte, ob nicht unter dem Strich den Angestellten und Arbeitnehmern bei Überstundenleistung mehr bleiben sollte. Man

würde die Sache nicht mehr schwarz bezahlen, sondern man würde sie besteuern. Die öffentliche Hand würde wesentlich davon profitieren. Im Prinzip würden alle davon profitieren, denn unter dem Strich würde der Arbeitnehmer, der Unternehmer davon profitieren, der Steuertopf würde dadurch sicherlich aufgefüllt werden und man könnte das Geld für Investitionen im sozialen Bereich oder für Entlastungen verwenden. Das tut man aber natürlich nicht, weil hier die Meinung herrscht, dass die Überstunden so teuer besteuert werden müssen, weil es sonst von der Wirtschaft ausgenutzt würde, und je mehr Überstunden, desto weniger Beschäftigte. Diese Rechnung stimmt schon lange nicht mehr, denn wir wissen auch, dass es sehr viele Sparten gibt, die saisonalbedingt zusätzliche Arbeitsleistung brauchen, sich aber aufgrund der mangelnden Flexibilität des Arbeitsmarktes nicht trauen, neue Leute einzustellen. Wir kennen die Problematik. Hier wäre gar einiges zu tun und hier wäre in vielen Bereichen gar einiges in die Wege zu leiten.

Was die Renten anbelangt, hat man jüngst gehört, dass sie etwas erhöht werden sollen. Das ist die gleiche Frotzelei, die man schon seit Jahren hört. Wenn wir in Südtirol Durchschnittsrenten von 520 bis 600 Euro haben, dann wird man dieses Problem auch nicht mit 30 Euro lösen können, die in Zukunft vielleicht irgendwann einmal dazukommen sollen. Man muss sich einmal vorstellen, wie man mit diesen Geldern leben oder überleben soll! Jeder kennt wahrscheinlich alte Leute, die mit solchen Summen leben müssen, und das ist unter dem Strich eine Tragödie. Ich war irgendwann einmal in einer Apotheke und habe dort eine ältere Frau gesehen, welche Medikamente kaufen musste. Man hat bemerkt, dass sie krank war, und als sie dann die Medikamente bezahlen wollte, dann hatte sie einfach zu wenig Geld. Die Apothekerin hat dann gesagt, dass sie es am Nachmittag bringen könne, worauf die Frau geantwortet hat, dass sie das Geld nicht habe. Sie musste also einen Teil der Medikamente zurücklassen. Das ist einfach erschreckend. Mir wurde dann von Seiten der Apothekerin gesagt, dass dies nicht selten vorkomme. Solche Dinge kommen sehr häufig vor, wenn Leute unter dem Strich nicht mehr zurande kommen. Man kann herumdiskutieren wieviel man will. Auch in diesem Land hat man diese Entwicklung vernachlässigt, und speziell bei uns hat man gesagt, dass man einen Wohlstand habe. Dass bei diesem Wohlstandsgerede jene zu kurz kommen, die eigentlich davon profitieren müssten, die durch ihre Arbeitsleistung über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg diesen Wohlstand entwickelt und aufgebaut haben, dass diese zu den Wohlstandsverlierern, wenn man es so will, zählen, hat man offensichtlich vergessen. Dass man mit dem Wohlstand, mit dem vielen Geld, das hier erwirtschaftet wird, zwar große Protzbauten in die Landschaft setzen und sich groß geben kann, ist das eine, dass man dann aber vergisst, dass es draußen in der Bevölkerung wirklich problematische Entwicklungen gibt, ist etwas anderes.

Es ist sicherlich richtig, wenn ab und zu angemerkt wird, dass es in Südtirol sehr viele Sozialleistungen, sehr viele Entwicklungen im sozialen Bereich gibt. Man hat viele Maßnahmen getroffen, aber das Geld, das auf der einen Seite versprochen wird, wird auf der anderen Seite wieder herausgenommen.

Ich habe nicht vor allzu langer Zeit bei der Abwicklung der Steuererklärung einen Verantwortlichen, der wirklich Tausende von Steuererklärungen macht, gefragt, wie es mit der Steuerentlastung der unteren Einkommensstufen, die versprochen wurde, sei. Er hat mir geantwortet, dass es unter dem Strich diese Steuerentlastung nicht gäbe, ob es nun 30, 40 oder 50 Euro im Jahr für die unteren Einkommensstufen sein mögen, aber das würde dann wieder durch andere Teuerungen aufgefangen und unter dem Strich sei diese Steuerentlastung nicht da gewesen. Man hat von Seiten der von der SVP unterstützten Regierung Prodi das Versprechen gehört, dass die niedrigen Einkommensstufen durch die neue Haushalts- und Steuergesetzgebung entlastet würden. Nichts dergleichen oder fast gar nichts dergleichen ist geschehen! Jene Leute, die die Steuererklärungen machen, sehen genau, was dann letztlich herauskommt, denn wo sind die großen Entlastungen? Die obere Einkommensstufe sollte mehr belastet und die untere mehr entlastet werden. Die oberen Einkommensstufen wurden wirklich mehr belastet, dass aber ganz unten davon wirklich etwas übrig geblieben wäre, dass konnte man nicht feststellen.

Die Preisentwicklung ist immer noch bedenklich. Es gibt neue Zahlen, die vom ASTAT stammen und nicht aus dem Ärmel gezaubert werden. Es sind einfach bedenkliche Zahlen und wenn man diese verfolgt, dann kann diese niemand abstreiten. Es ist einfach klar, dass in den letzten vier bis fünf Jahren bei den Lebensmitteln zum Beispiel eine 31-prozentige Preissteigerung stattgefunden hat. Es sind nicht Zahlen, die wir uns erfinden, sondern Zahlen, die, wie gesagt, vom ASTAT stammen und aufgearbeitet wurden.

Das Wohnen ist um 27 Prozent teurer geworden. Was zum Beispiel die Bekleidung und die Schuhe angeht, so sind diese um 36 Prozent teurer geworden. Das einzige - man muss das auch einmal anmerken -, was im Verhältnis billiger geworden ist, sind der öffentliche Verkehr und die Nachrichtenübermittlung, die um 2 Prozent billiger geworden sind, aber alles andere ist zwischen 27 und 36 Prozent teurer geworden. Man kann nicht sagen, dass dies nur eine gefühlte Preissteigerung sei. Fühlen tut man diese Preissteigerung schon, wenn man in die Brieftasche greift und das Geld nicht mehr drinnen hat. Das ist wirklich eine gefühlte Preissteigerung, die aber sehr reale Ursachen hat, weil auf der einen Seite die Entwicklung nach oben gegangen ist und auf der anderen Seite die entsprechende Entwicklung bei den Löhnen nicht stattgefunden hat.

Noch etwas zum Umgang mit den öffentlichen Geldern. Wir haben heute die Arbeiten in der Untersuchungskommission bezüglich der externen Beraterverträge abgeschlossen. Unterm Strich können wir sagen, dass einfach zu viel Geld verschleudert wird. Das ist unter dem Strich das Element, das herausgekommen ist. Man hat heute, in den vergangenen Monaten und bereits vor einem Jahr bei der Einsetzung der Untersuchungskommission gehört, dass man von Seiten der Landesregierung die eine oder andere Einsparung vornehmen möchte. Heute wurde wieder erklärt – das hat das Kommissionsmitglied, welches gleichzeitig Mitglied der Landesregierung ist, Frau Gnechi, gesagt -, dass die Anzahl der externen Beraterverträge gekürzt wurde. Wenn man im Jahre 2005 13.015 externe Beraterverträge abgeschlossen hat, dann weiß ich nicht, ob das wirklich so unglaubliche Kürzungen waren! Die Schulen, welche auch öffentliche Verwaltungseinheiten sind, vergeben im Jahr zusätzlich 2.000 bis 3.000 externe Aufträge. Im Jahre 2005 hat man 13.015 und 2006 12.722 Beraterverträge in Auftrag gegeben. Die Summe, die 2005, ohne die Schulverwaltungen, ausgegeben wurde, belief sich auf 100 Millionen Euro. Im Jahre 2006 wurde angekündigt, dass man gewaltige Einschnitte machen würde, und im zweiten Halbjahr waren es immer noch 98,8 Millionen Euro. Ob wir wegen 1,2 Millionen Freudesprünge machen sollen, weiß ich nicht. Wenn die Provinz Trient im Bereich der externen Berateraufträge vom Jahre 2005 auf das Jahr 2006 ganze 30 Millionen Euro eingespart hat, dann bräuchte die Landesregierung, wenn sie in diesem Tempo weitermacht, ganze 30 Jahre, um das einzusparen, was die Trentiner in einem Jahr bei den externen Verträgen gespart haben und was damit für andere Bereiche frei geworden ist. Es sind also 30 Millionen Euro in Trient und 1,2 Millionen Euro in Südtirol!

Wenn wir uns die verschiedenen Ausgabenbereiche anschauen, dann schlagen einige Mitglieder der Landesregierung mit gewaltigen Posten zu Buche. Sie können gewaltige Posten verteilen, und die Gunst, die sie verteilen, ist wahrscheinlich von ihrem Statuts oder vom Dienstalter abhängig - ich weiß jetzt nicht genau, wie es aufgeteilt wird -, aber ich verstehe, dass manche schon rein von der Ressortbeschaffenheit her sehr viele solche externe Aufträge in Auftrag gegeben haben. Landesrat Mussner, der im Moment nicht anwesend ist, kann 53 Millionen Euro an externe Berater oder an Aufträgen verteilen. Nicht er wird alle, sondern sein Ressort wird diese verteilen, aber in der Abteilung 11 - Hochbau und technischer Dienst werden 47,8 Millionen Euro im Jahr für externe Aufträge ausgegeben. Wenn man das jetzt mit der Zahl der öffentlichen Angestellten in diesem Ressort oder in dieser Abteilung vergleicht, dann muss man sich fragen, was diese Angestellten noch machen. Wenn fast 48 Millionen Euro von der Abteilung 11 Hochbau und technischer Dienst nach außen vergeben werden und wenn man schaut, wie viele



öffentliche Angestellte dort arbeiten, dass man selbst Fachleute und auch die Prüfstelle hat usw., dann ist es erstaunlich. Wenn man da etwas näher hinsieht und weiter gräbt – in der Kommission haben wir leider nicht so tief gegraben – und sich das eine und andere anschaut, dann kommt man schon drauf, was mit dem Geld passiert.

Wenn es im Bereich Geologie in Südtirol, wie zum Beispiel in Meran, Unternehmen gibt, bei denen zwei Geologinnen angestellt sind, die sehr viele Aufträge erhalten und das ganze Land sozusagen abfahren, um irgendwelche Gutachten bezüglich Beschaffenheit usw. abzugeben, und wenn man dann schaut, wann sie diese Aufträge ausgeführt haben, dann kommt man eigentlich drauf, dass es fast nicht möglich ist, dass sie zu zweit an einem Tag den ganzen Vinschgau und das Pustertal für die Ausarbeitung von geologischen Gutachten abfahren, wofür sie jeweils zwei oder auch drei Stunden brauchen. Wenn man das sieht, kann – das muss ich ganz ehrlich sagen – etwas nicht stimmen. Wenn sie wirklich super arbeiten, dann verdienen sie ihr Geld. Sie erhalten dafür sehr, sehr viel Geld. Wenn man die ganzen Aufträge für diesen einen Bereich sieht, ... Es gibt noch andere, die mit einem ähnlichen Einsatz und mit einer ähnlichen Geschwindigkeit arbeiten und sogar mit dem Hubschrauber unterwegs sein müssen, sonst kann ich es mir nicht erklären. Es wird Begründungen dafür geben. Sie werden die Arbeiten durchführen, und sie werden auch die Gutachten abgeben. Ich will es nicht in Zweifel ziehen, aber unter dem Strich sieht man, dass es schon sehr eigenartige Auswüchse gibt.

Man muss auch feststellen, dass die Landesverwaltung eine eigene Informatik-EDV-Abteilung hat. Eine ganze Landesabteilung ist das, plus die Informatik AG. Man hat einmal von dieser Sache gehört, was in mancher Hinsicht ein alter Hut ist. Es wurde hier noch einmal aktuell und man hat es neu überprüfen können. Wenn man aber hergeht und 2.500 PCs ankauft, eine Ausschreibung macht – die Ausschreibung ist so konzipiert, dass im Prinzip nur ein Unternehmen daran teilnehmen kann –, wenn man die Ausschreibung liest und davon etwas versteht, dann wird einem sofort klar, dass es nur ein Südtiroler Unternehmen bzw. ein Unternehmerzusammenschluss sein kann, der die Ausschreibung gewinnt. Die Computer werden dann geliefert, und sobald man diese einschaltet, merkt man, dass die Lüfter zu laut sind und im Büro nicht benutzt werden können. Daraufhin wird dieselbe Firma für 288.000 Euro beauftragt, 2.500 Lüfter, natürlich auf Kosten des Landes, auszutauschen, weil das Unternehmen sagt, dass sie die Computer so geliefert hätte, wie es in der Ausschreibung vorgesehen war. Die Ausschreibung war so detailliert, dass sie diese Lüfter so einbauen mussten. Dann hat man aber festgestellt, dass sie zu laut waren. 288.000 Euro hat die Firma noch einmal bekommen, weil bei 2.500 PCs die Lüfter ausgetauscht werden mussten! Man muss sich schon fragen, was die Leute in Euren Abteilungen machen. Warum braucht Ihr

11.000 Beamte? Warum gibt es eine Informatik AG und eine Abteilung für EDV? Was machen die Leute dort? Wenn man schon so detaillierte Ausschreibungen macht, warum ist dann niemand imstande, einen Computer hinzustellen und diesen einzuschalten. Natürlich sind das alles Fachleute, die, wenn sie eine Ausschreibung machen, die Anforderungen hineinschreiben und dann genau wissen, dass sie den Computer nicht einmal einschalten müssen, aber trotzdem hätte man das tun müssen. Das ist heute gang und gäbe.

Gerade im Bereich Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und im Umfeld, was die Arbeit angeht, gibt es ganz genaue Vorschriften, die einzuhalten sind. Dass bei solchen enormen Summen niemand daran denkt, verstehe ich nicht. Die 288.000 Euro beziehen sich ja nur auf die Lüfter. Man kann sich vorstellen, was der ganze Rest gekostet hat. Ich verstehe nicht, warum dort niemand imstande ist zu schauen, wie das Ganze funktioniert und ob die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden. Kein Privater oder kein privates Unternehmen kann sich das leisten. Jeder Mensch, der sich einen Computer kauft, schaut sich das Ganze einmal an und lässt sich das Ganze erklären. Wenn man hergeht und eine Ausschreibung macht und bei solchen enormen Summen sich nicht genauer damit beschäftigt, dann, muss ich sagen, ist das einfach eine Fahrlässigkeit, die sich in der Landesverwaltung von ganz oben bis ganz unten durchzieht. Es mögen im Vergleich zu dem, was wir insgesamt zu verteilen haben, kleine Summen sein, aber es sind große Summen für die Leute draußen, die wissen, dass sie noch mehr Unterstützung bräuchten. Es sind große Summen, wenn man weiß, dass die Leute draußen Probleme haben.

Wir haben einen 200-Millionen-Nachtragshaushalt. 100 Millionen machen die externen Beraterverträge nicht beim Nachtragshaushalt, sondern insgesamt aus. Das sind also schon gewaltige Summen und nur einen ganz geringen Bereich will man einsparen, vielleicht für 2007 etwas mehr. Vielleicht kann uns der Landesrat sagen, ob wir näher an die Provinz Trient heranrücken, wo man im ersten Jahr bereits 30 Millionen eingespart hat. Dellai hat es versprochen und diese Summe bei den externen Berateraufträgen auch eingespart.

Es gibt eine ganze Reihe von interessanten Anmerkungen, die man machen könnte - der Bericht wird dann verteilt werden - und es müssten Schlüsse daraus gezogen werden. Diese kann nicht der Landtag, sondern speziell und vor allem nur die Landesregierung ziehen.

Ein Überblick: 14,8 Millionen Euro hat im Jahre 2006 der Landeshauptmann mit all seinen Zuständigkeiten für externe Verträge usw. ausgegeben, rein 50 Millionen Landesrat Mussner. Etwas spärlich ist der Umfang beim Landesrat Theiner, er hat aber nicht das ganze Ressort über. Die Sanitätsbetriebe draußen wirbeln dazu ordentlich, das muss man schon dazusagen. Das fällt nicht direkt in diese Summe hinein, sondern die Sanitätsbetriebe wirbeln mit

externen Aufträgen ganz gewaltig. Wenn man das dazurechnen würde, dann würde es auch nicht so schwach ausschauen. Landesrat Theiner hat von den Zahlen her nicht so gewaltig viel, nämlich 3 Millionen, aber Landesrätin Kasslatter Mur hat 1,7 Millionen, Landesrat Frick immerhin 3,5 Millionen, Landesrat Berger 2,9 Millionen und Landesrat Widmann 6,1 Millionen Euro zur Verfügung. Landesrat Frick, da sind Sie weit entfernt! Sie müssten ein bisschen aufholen, denn Sie bearbeiten im Prinzip mehr Wirtschaftsbereiche als Landesrat Widmann. Sie haben immerhin einige Wirtschaftsbereiche mehr. Wir müssen jetzt schauen, ob der eine zu viel und der andere zu wenig ausgibt. Ich weiß nicht, wie das im Verhältnis ausschauen mag. Landesrat Laimer hat 2,3 Millionen, Landesrat Cigolla 1,4 Millionen, Landesrat Saurer 4,3 Millionen, Landesrätin Gnecci 4,2 Millionen Euro für externe Verträge zur Verfügung. Was die Schulen anbelangt, steht diesen noch einmal eine Summe zu, aber die aktuellsten Zahlen fehlen uns noch. Wir haben sonst wirklich alle Auskünfte erhalten. Darüber kann man nichts sagen, aber was die Schulen anbelangt, dürften es noch einmal rund 5 Millionen Euro zusätzlich sein. Wenn wir gesehen haben, dass für die Schulverwaltungen im Jahre 2006 98,8 Millionen ausgegeben wurden, dann müsste man noch einmal 5 Millionen Euro dazurechnen. Was bei den Sanitätsbetrieben draußen noch aussteht, ist unter dem Strich gar nicht einmal abzuschätzen.

Ich glaube, dass wir aufgrund einer Reihe von Fakten einfach den etwas sorglosen und sehr, sehr lockeren Umgang mit Steuergeldern bei der Landesregierung feststellen müssen, einen katastrophalen Umgang mit der Demokratie. Aufgrund der verschiedenen Begebenheiten haben wir als Union für Südtirol im letzten Winter, als wir über 15.000 Unterschriften für die drei Volksabstimmungsanträge - Vorrang der Einheimischen bei der Wohnbauförderung, Ausverkauf der Heimat und Abstimmung über Großprojekte, mehr Demokratie – gesammelt haben, festgestellt, dass ein Unmut herrscht. Dieser Unmut ist nicht deshalb da, weil die Leute draußen nichts verstehen, sondern weil sie sehr gut verstehen, was in diesem Land passiert, und weil sie sehr gut verstehen, dass vor den Wahlen bei selbstverschuldeten Bränden immer Feuerwehr gespielt wird. Die Landesregierung spielt jeden Montag Feuerwehr, um die Brände draußen in der Bevölkerung zu löschen, die sie eigentlich selbst durch ihren sorglosen Umgang mit den Menschen gelegt hat, und jetzt muss sie da und dort ein bisschen ausbügeln. Eigentlich sollte eine Landesregierung von vorneherein sehen, welche negativen Entwicklungen zu verhindern und welche positiven zu begleiten sind.

Was zum Beispiel das Wohngeld anbelangt, wurde Euch 1999, als Ihr als Landesregierung und als SVP in diesem Landtag die Abschaffung der fünfjährigen Ansässigkeitsklausel beim Wohngeld beschlossen habt, gesagt, dass es so nicht gehen könne. Euch wurde von Seiten der Opposition gesagt, dass es so nicht funktionieren

könne, dass es eine negative Entwicklung sei, dass es ein Zuwanderungsmagnet werden würde und dass es einen Anstieg von 4,2 Prozent auf 30 Prozent der Wohngeldempfänger bei Nicht-EU-Bürgern geben würde. Warum hört Ihr nicht ab und zu auf die Opposition? Natürlich ist es nicht so, dass wir immer Recht haben, aber wir haben auch nicht immer Unrecht. Wenn Ihr heute Feuerwehr spielen müsst, wo schon viele Brände, politisch gesprochen, gelegt wurden, wo diese negative Entwicklung jahrelang mitverfolgt wurde und wo diese negative Entwicklung zu einem gewaltigen Unmut geführt hat, dann frage ich mich, warum man damals nicht besser überlegt, die Warnungen ernst genommen und gesagt hat, dass es stimmen würde und dass man noch etwas überlegen müsse. Wir können nicht so einfach hergehen und in diesem Sektor von heute auf morgen die Ansässigkeitsklausel abschaffen, nur weil wir der Meinung sind, dass die Arbeitskräfte, die zu uns kommen, auch ihr Mietgeld bekommen müssen, damit sie Wohnraum finden. Jetzt seid Ihr hergegangen und habt versucht, in diesem Bereich Feuerwehr zu spielen. Es ist sehr spät, was Ihr da macht. Ob es unter dem Strich die richtige Maßnahme ist, weiß ich nicht. Ich sehe es als Feuerwehr-Maßnahme vor den Landtagswahlen, die allerdings nicht bis zum Ende durchgeführt wird, weil die Glut weiterhin glimmt und weil man den Brand bis zum Schluss nicht unter Kontrolle hat, denn die soziale Negativentwicklung für die einheimische Bevölkerung geht weiter und Ihr seid mit Eurem Konzept nicht imstande, diese Entwicklung aufzuhalten. Das Geld wird weiterhin für sehr, sehr viele Dinge benutzt und gebraucht – ich habe einiges davon bereits angesprochen –, für die man das Geld nicht ausgeben sollte. Es wäre wirklich einmal an der Zeit, dass Ihr auf das hört, was Euch die warnenden Stimmen nicht nur hier im Landtag, sondern in der Bevölkerung, in den Vereinen, Verbänden und dergleichen zu verstehen geben. Nicht die Lobbys, die Euch die Türen einrennen, um ein paar interessante gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich der Raumordnung zu erwirken, solltet Ihr ernst nehmen, sondern die Lobby, welche die Bevölkerung draußen darstellt. Die Bevölkerung umfasst die einfachen Menschen, die einfachen Leute draußen. Das ist die große Lobby, die Ihr bei Eurer Gesetzgebung bei der Arbeit berücksichtigen müsst!

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**ROSA THALER ZELGER**

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Das Wort hat der Abgeordnete Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Angesichts der Tatsache, dass immerhin ein Viertel der Abgeordneten im Saal anwesend ist, werde ich meine Ausführungen

selbstverständlich machen und so tun, als ob alle hier wären. Ich habe mir vom Nachtragshaushalt sicherlich keine politischen Visionen erwartet, aber die Visionslosigkeit, mit der die Landesregierung weiterhin operiert, ist schon sagenhaft. Wenn man sich derzeit die Inhalte der Politik der Landesregierung und vor allem deren Vorgangsweise bei der Umsetzung anschaut, dann ist das wirklich ein Umherkrebsen, nämlich zwei Schritte auf die Seite, einen Schritt nach vorne und drei Schritte zurück.

Ich möchte ganz bewusst mit der Einwanderungspolitik beginnen, denn für jeden ist feststellbar, dass die Landesregierung diesbezüglich Handlungsbedarf erkannt hat, weil die Bevölkerung mittlerweile Druck ausübt und die Menschen draußen genau sehen, was passiert. Da braucht man nämlich nichts zu erfinden. Die Zeiten sind vorbei, in denen man den bösen Freiheitlichen unterstellt hat, Populismus zu betreiben. Der Landeshauptmann ist jetzt in den Reihen der Populisten herzlich willkommen, denn es ist schon wirklich bemerkenswert, dass die Landesregierung im April einen Beschlussantrag der Freiheitlichen abgelehnt hat, der den Titel "Südtirol zuerst" getragen hat und sechs Wochen später eine Pressekonferenz unter dem Titel "Südtiroler zuerst" macht. Mich wundert, dass Kollegin Unterberger nicht aufgejault und gesagt hat, dass man die SüdtirolerInnen vergessen habe. Wie gesagt, wir nehmen zur Kenntnis, dass die Landesregierung erkannt hat, dass hier etwas zu tun ist, nur wie sie es macht, ist natürlich eine Katastrophe.

Ich darf die Landeshauptmannstellvertreterin Frau Gnechi zitieren, die auf die Frage, ob die SVP jetzt deshalb etwas tut, um der Rechten das Wasser abzugraben, folgendermaßen geantwortet hat: *"Die SVP wird mehr Stimmen verlieren als gewinnen, wenn sie in der Ausländerpolitik Pius Leitner und Ulli Mair hinterherrennt. Die Menschen werden das Original und nicht die Kopie wählen"*. In der "Südtiroler Tageszeitung" können sie auf der letzten Seite den Kommentar von Florian Kronbichler, der in dieselbe Kerbe schlägt, lesen. Uns geht es nicht darum festzustellen, ob und wer uns gerade jetzt hinterherrennt, denn wir haben dieses Thema nicht benutzt, um in Hinblick auf Wahlen etwas zu bewirken, sondern weil wir die Problematik erkannt haben. Und wir haben die Problematik deshalb erkannt, weil wir uns in Europa umgeschaut haben, wie man es mit der Einwanderung macht bzw. was wir nicht nachmachen dürfen. Das waren unsere Warnungen seit 15 Jahren. Wenn man uns jetzt durch diese Aussagen im Prinzip Recht gibt, dann empfinden wir dabei nicht eine Freude, sondern stellen einfach fest, dass es schade ist, dass man viele, viele Jahre vergeudet, verschlafen und in diesem Bereich nichts getan hat. Ich gebe dem Kollegen Heiss in einer Bewertung Recht, nämlich dass die Einwanderungsproblematik eine gesellschaftliche Herausforderung für alle ist. Wir sehen es zwar ein bisschen anders, und das ist nicht neu. Ich werde auch auf einige Dinge eingehen, die die Menschen einfach bewegen und teilweise auch aufregen. Die

Menschen verstehen nicht, dass die Politik so lange zugeschaut hat, wenn bestimmte Missstände klar auf der Hand lagen.

Ich beginne jetzt mit etwas, bei dem man mir vielleicht unterstellen wird, das sei wieder Populismus, aber schauen wir uns die Nachrichten der beiden letzten Tage an. Wenn in Meran ein Südtiroler von einem Marokkaner niedergestochen wird, wenn in Brixen ein Marokkaner einen anderen Marokkaner niedersticht, dann sind das keine Einzelfälle. Diese Dinge sind lange Zeit nicht gesagt worden. Ich habe auch die italienischen Medien verfolgt, die diesbezüglich viel objektiver waren und die Dinge auch angesprochen haben. Mehr Zuwanderung bedeutet auch mehr Kriminalität. Das ist eine Besenweisheit und keine Erfindung. Wenn wir uns das Bozner Gefängnis anschauen, dann sehen wir, was dort passiert. Eine einzige Zahl sagt uns eigentlich alles. Die letzte Statistik über die Einwanderung bzw. über die Arbeitslosen zeigt, dass wir 600 Arbeitslose, davon 150 Nicht-EU-Bürger, haben, was bedeutet, dass wir diese Leute nicht brauchen. Es wird immer gesagt, wir brauchen sie, sonst funktioniert Südtirol nicht mehr. Das ist einfach nicht der Fall.

Wir importieren mittlerweile die Arbeitslosigkeit, die uns sündteuer zu stehen kommt, und das Märchen, Kollege Heiss, dass uns die Ausländer die Renten zahlen würden usw., wurde in Deutschland gerade von der Rot-Grünen-Regierung selbst widerlegt, weil sie eine Studie in Auftrag gegeben hat, aufgrund derer sie selber ganz klar zur Kenntnis nehmen musste, dass diese Rechnung nicht aufgeht, weil die Integrationskosten um ein Vielfaches höher sind. Wir müssen nicht das Beispiel von Deutschland nachmachen, wir sind aber auf dem Weg dahin, und davor haben wir immer gewarnt. Die CSU ist mittels einer anderen Studie mehr oder weniger zum gleichen Ergebnis gekommen. Also, zwei ganz unabhängige Institute haben es in Deutschland ausgerechnet. Wir haben eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, in der wir wissen wollten, wie es in Südtirol diesbezüglich aussieht. Wir haben darauf noch keine Antwort bekommen. Es ist interessant zu wissen, wie es in der Praxis funktioniert.

Noch einmal. Auch wir wissen, dass wir Migration nicht verhindern können und auch nicht verhindern wollen. Das sage ich ganz deutlich. Es kommt auf das Maß, es kommt auf die Notwendigkeiten und auf die Voraussetzungen an, die ein Land hat. Südtirol hat eine besondere spezifische Funktion und spezifische Voraussetzungen aufgrund der Tatsache, dass wir drei Sprachgruppen haben, die, sage ich immer, gelernt haben, miteinander auszukommen. Ich sage nicht unbedingt, dass sie friedlich zusammenleben, vielleicht wollen sie das auch nicht, aber sie leben friedlich nebeneinander. Das kann man schon sagen. Jeder hat die Möglichkeit mehr oder weniger zu tun, aber das persönliche Empfinden möchte ich jedem Menschen überlassen, aber dass die Menschen in Südtirol grundsätzlich friedfertig sind, das

muss man ihnen, denke ich, schon zugestehen. Darüber hinaus sollen sie selber entscheiden, wie sie es mit der Integration usw. halten.

Integration ist ein schönes Wort, das natürlich alle gerne gebrauchen, das in der praktischen Anwendung aber auch Probleme mit sich bringt. Es hängt von der Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft und von der Integrationswilligkeit derjenigen ab, die in unser Land kommen. Wir werden die gleichen Diskussionen haben, die andere Länder schon hinter sich haben oder in denen sie gerade stecken. Stichwort "Islamisierung". Ich unterschätze diese Thematik nicht. Wir haben zum Beispiel nicht den Anteil von Deutschland. Hier müssen wir sehr aufmerksam sein, dass wir eine Diskussion fördern, die sehr wohl informiert, um unberechtigte Ängste zu nehmen, die man aber auch nicht außer Acht lässt, was der Islamismus wirklich will. Das wird unterschlagen und ich betone es immer gerne. Es ist ja interessant feststellen zu müssen, dass uns Angehörige des Islam vor dem Islamismus warnen. Diese kennen den Islam besser als wir, auch wenn wir ihn studieren. Das behaupte ich einmal. Bassan Tibi ist nur einer, der davor warnt, aber es gibt mittlerweile sehr, sehr viele, die davor warnen.

Wenn ich das jetzt sage - ich stelle es in einen größeren Rahmen -, dann haben wir den EU-Verfassungsvertrag jetzt nicht mehr in dieser Bezeichnung, sondern als Grundrechtscharta vorliegen. Was dort geschieht, ist für mich bedenklich. Die Menschen wissen in Südtirol und nicht nur in Südtirol, sondern in den Ländern kaum Bescheid, was in diesem Vertrag drinnen steht. Der Vertrag wurde per Volksabstimmung von zwei Ländern versenkt. Man hat ihn jetzt unter einem anderen Namen neu aufgelegt. Es ist nicht mehr ein EU-Verfassungsvertrag, sondern eine EU-Grundrechtscharta, aber alles andere als eine Abstimmung in den Ländern zu diesem Vertrag wäre für mich demokratiepolitisch bedenklich. Ich kann doch nicht erwarten, dass sich die Menschen in Europa in den verschiedenen Ländern und Regionen zu etwas bekennen, wenn sie nicht einmal wissen, was es eigentlich ist, was sie eigentlich wollen und wer dort bestimmt! Von einem demokratischen Aufbau der Europäischen Union kann man derzeit wahrlich nicht sprechen. Das ist alles andere als Demokratie! In Bereichen, die eigentlich die Menschen selber entscheiden müssten, wird über die Menschen drübergefahren. Der Verkehr ist nur ein Stichwort. Es gibt aber auch viele andere Bereiche, die davon betroffen sind.

Mich wundert es wirklich, dass man von Südtiroler Seite, von Seiten der Landesregierung nicht mehr tut und sich nicht mehr an dieser Diskussion beteiligt. Man spricht vielleicht ansatzweise von der Verankerung der Minderheitenrechte, was wir begrüßen, weil wir sie auch immer gefordert haben. Es ist aber auch das Einzige, was man in diesen Verfassungsvertrag hineinreklamiert hat. Der Ausschuss der Regionen hat nichts zu sagen und hat weiterhin nur beratende Funktion, von

einer Verankerung von Europaregionen keine Spur. Die Nationalstaaten haben das Sagen. Hier arbeitet man an den Interessen der Bevölkerung wirklich vorbei.

Noch etwas zur Einwanderung. Wir wissen genau, dass der Staat und nicht das Land bestimmte Bereiche regelt. Deshalb haben wir immer gefordert, dass wir mehr Zuständigkeiten in diesem Bereich brauchen. So wie wir Zuständigkeiten in anderen Bereichen fordern, müssen wir sie auch in diesem Bereich fordern. Wir müssen sie deshalb fordern, weil Südtirol aufgrund seiner spezifischen Volksgruppensituation andere Voraussetzungen als es ein anderes Land in Europa hat. Es ist nicht dasselbe. Man kann hier nicht alles über einen Kamm scheren. Hier würde ich mir von Seiten der Landesregierung wirklich mehr Aufmerksamkeit erwarten.

Stichwort Familienzusammenführung. Jährlich kommen zwischen 700 und 800 Personen aus Gründen der Familienzusammenführung nach Südtirol. Diese kommen nicht deshalb, weil sie hier eine Arbeit haben oder weil wir sie brauchen. Es wird immer wieder das Beispiel gebracht, dass die Südtiroler früher auch froh gewesen seien, wenn sie in anderen Ländern Arbeit gefunden haben. Selbstverständlich! Diese Südtiroler sind aber als Gastarbeiter hinausgegangen und haben versucht, Geld zu verdienen, um sich zu Hause eine Existenz aufzubauen. Was mich wundert, und diese Kritik richte ich vor allem an jene, die sehr viel von Entwicklungshilfe halten, nämlich der Dritten Welt zu helfen: Wer glaubt - die derzeitige italienische Regierung macht es so - mit dem Öffnen der Tore die Probleme Afrikas und der Dritten Welt zu lösen, wird gehörig auf die Schnauze fallen! Wir müssen wenschon alles tun und all jene unterstützen, die die Politik in den Herkunftsländern dieser Menschen ändern wollen. Ich habe es hier schon einmal zitiert. An der Uni Brixen habe ich mir Bilder von einer österreichischen Journalistin über die Festung Europa angeschaut. Es ist fast nicht mitanzusehen, wie schlecht es diesen Menschen geht, wie sie behandelt werden, was sie mitmachen, wenn sie von Marokko über Gibraltar nach Europa kommen. Das ist überhaupt keine Frage. Zu glauben, dass, wenn wir jetzt für alle die Türen aufmachen und alle herein lassen, wir damit das Problem gelöst haben, ist Blauäugigkeit. Die Probleme muss man dort lösen, die Politik muss dort in Zusammenarbeit mit der dortigen Bevölkerung und nicht im Sinne von Kolonialismus verändert werden. Hier werden grundsätzliche Fehler nicht behoben, sondern einfach ausgeklammert.

Was die Sozialwohnungen, Wohngeld und dergleichen Dinge anbelangt, Folgendes. Wir haben jetzt den Salat, um es so zu bezeichnen, der vorhergesagt worden ist! Das ist überhaupt keine Frage. Wenn man die fünfjährige Ansässigkeitsklausel einfordert, wofür wir selbstverständlich immer waren, und das sie Leute glauben zu machen, dann ist das mittlerweile fast aufgesaugt. Der Präsident des Wohnbauinstitutes bestätigt heute, dass wiederum die Ausländer bevorteilt sind,



weil sie mehrere Kinder haben, weil sie weniger verdienen und weil sie mehr Punkte haben usw. Das wird man nicht mehr ausgleichen, da rennen wir der Entwicklung hinterher! Die Probleme müssen anderswo gelöst werden, nämlich bei der Einwanderung selbst. Ihr, liebe Vertreter der Volkspartei in der Landesregierung - ich kann nur die Landesräte Frick und Laimer in diesem Moment ansprechen -, sitzt in einer Regierung, die genau das Gegenteil von dem, was sie den Leuten vormacht tun zu wollen, tut, denn die Regierung Prodi ist für die Einwanderung!

Es ist eine Einwanderungskalition, die derzeit in Rom regiert, und Ihr unterstützt diese! Ihr dürft den Leuten nicht sagen, dass Ihr die großen Kämpfer seid und dass Ihr alles ändern wollt! Ihr habt diese Regierung mitgetragen und Ihr trägt sie weiterhin mit! Ich werde auf ein anderes Beispiel zu sprechen kommen, wo Ihr es ebenfalls tut und wo Ihr heuchlerisch seid! In Rom unterstützt Ihr die Regierung und in Südtirol tut Ihr so, als würdet Ihr nicht dabei sein! Parteiobmann Pichler-Rolle bemüht sich immer noch, die Lüge aufrecht zu erhalten, dass es kein politisches Projekt sei. Natürlich ist es dies! Die Leute haben anhand des Wahlzettels gesehen, bei welchem Bündnis Ihr dabei gewesen seid! Steht wenigstens dazu, wie es andere tun, und spielt nicht die Pharisäer! Mein Appell wäre, den Leuten zumindest ein bisschen Ehrlichkeit vorzuleben und sie nicht im Glauben zu lassen, dass Ihr eigentlich nicht dabei seid, in Wirklichkeit habt Ihr aber das Programm mitunterschrieben!

Die Problematik kommt natürlich noch viel, viel schärfer. Wenn Ihr glaubt, mit diesen kosmetischen Arrangements die Einwanderungsproblematik beiseite zu schieben und sie beim Wahlkampf herauszuhalten, dann werdet Ihr Euch gewaltig täuschen! Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Nach fünf Jahren Ansässigkeit können diese Leute nämlich auch wählen. Wenn Euch die eigenen Leute nicht mehr wählen, dann hofft Ihr vielleicht auf die Stimmen der Ausländer. So etwas nennt man das Volk austauschen, wenn ich es jetzt einmal ganz auf den Punkt bringen darf! Man muss schon fast den Verdacht haben, dass dahinter diese Vision steckt, weil Euch die eigenen Leute davonlaufen. Jetzt braucht Ihr neue Wähler und unterstützt deshalb auch noch die Einwanderer! Das muss man den Menschen draußen sagen. Ihr habt natürlich nicht die Schneid dazu bzw. Ihr lügt sie in diesem Bereich regelrecht an.

Jetzt komme ich auf die Steuerpolitik zu sprechen, weil diesbezüglich dasselbe passiert. In Südtirol wird der Eindruck erweckt, als würde sich die Volkspartei in Rom ganz gewaltig anstrengen, um diese ungerechte Steuerpolitik der Regierung Prodi abzumildern. Auch hier steckt Ihr mitten im Boot! Auch hier seid Ihr mit dabei! Ich zitiere Senatorin Thaler Außerhofer, die wortwörtlich Folgendes gesagt hat: *"Wir sind gezwungen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – in Rom gegen die eigenen Leute zu stimmen"*. Das ist das Zitat aus einem

Zeitungsinterview, dem nicht widersprochen wurde. Wenn ein Südtiroler Politiker, ganz gleich welcher Partei er angehört, erklärt, dass er gezwungen sei, gegen die eigenen Leute zu stimmen, dann soll er nach Hause gehen, denn dann hat er in der Politik wirklich nichts verloren! Das muss ich ganz ehrlich sagen. Das ist eine Frechheit! Zu sagen, ich bin gezwungen, gegen die eigenen Leute zu stimmen, ist eine Volksverhöhnung! Das muss man sich einmal getrauen zu sagen, und dann wird diese Frau als die Kämpferin für Steuergerechtigkeit hingestellt. Das ist der Gipfel! So etwas muss man in der Politik einmal erleben!

Ich gebe dem Kollegen Pöder Recht, wenn er sagt, dass die Politik der Feuerwehr kommt. Der Parteiobmann der Volkspartei, der eine zeitlang auf Urlaub weilte, hat gesagt, dass eine gerechte Steuerpolitik, die einen vernünftigen Ausgleich im Interesse der gesamten Bevölkerung gewährleistet, das Credo der Südtiroler Volkspartei ist und bleibt. Das ist die Feuerwehrpolitik, die der Landeshauptmann betreibt, in diesem Fall ist es der Parteiobmann der Südtiroler Volkspartei.

Ich weiß nicht, wie lange sich die Bevölkerung so etwas gefallen lässt, wie lange sie das schluckt. Das Ausspielen von Wirtschaft und Arbeitnehmern, wie es auch geschehen ist, nützt niemandem etwas. Wenn wir keine funktionierende Wirtschaft haben, dann haben wir keine Arbeitsplätze. Diesen Zusammenhang braucht man nicht neu zu erfinden, der ist einfach da. Wir haben einen Beschlussantrag eingebracht, in dem wir die Landesregierung auffordern, bei der Regierung zu intervenieren, die Branchenrichtwerte abzuändern. Eines muss man sich auch einmal vorstellen. Wie soll das gehen? Ich zahle meine Steuern nicht auf mein Einkommen, sondern auf ein imaginäres Einkommen, das mir der Staat vorrechnet. Es werden Branchenrichtwerte gefunden, die für bestimmte Regionen gelten. Ich mache ein Beispiel. Die Kronplatzregion ist in Südtirol ein wirtschaftlich florierendes Gebiet, aber es gibt auch Bereiche, denen es nicht so gut geht. Ich kann nicht einen Gastwirt oder einen Hotelier in Hofern, der auch zur Kronplatzregion gehört, gleich behandeln wie einen Hotelier in Corvara. Diese gehören zum gleichen Gebiet und müssen die gleichen Branchenrichtwerte erfüllen. Wie soll das gehen? Das kann doch nicht funktionieren! Wenn man die Steuerhinterziehung bekämpfen will, und diese soll man bekämpfen, dann gibt es andere Möglichkeiten. Die Kontrollen muss man dann so machen, wie sie in anderen europäischen Ländern gemacht werden. Diese sollen nicht im Sinne eines Überfalls, sondern im Sinne von seriösen Kontrollen gemacht werden, die mit den Unternehmen auszumachen sind. Das ist in Deutschland seit Jahren selbstverständlich. Wenn die Zollverwaltung - ich habe ein Monat lang in Deutschland gearbeitet - oder irgendeine Finanzbehörde eine Kontrolle durchführt, dann meldet sich diese im Betrieb an. Es wird ein Termin vereinbart und dann wird kontrolliert. Wenn geschwindelt wird, dann wird man den Schwindel finden. Man sollte nicht hergehen und sagen, dass, wenn jemandem, der

dreimal keine Steuerzettel ausstellt, die Bude gesperrt wird. Das hat nichts mit Steuerkontrolle zu tun, sondern das ist Raubrittertum übelster Sorte! So verleidet man den Menschen das Arbeiten. Es ist sicherlich auch kontraproduktiv, denn wenn ein Unternehmer nicht mehr Gewinne erzielen darf, dann wird er nicht mehr lange ein Unternehmer sein. Wenn heuer so viele Leute einen Kredit aufnehmen mussten, um die Steuern zu zahlen, dann, muss ich sagen, ist im Staate Dänemark, im Lande Südtirol, um es auf diese Art und Weise zu sagen, etwas faul. Das kann doch nicht gehen und das wird auch jeder verstehen. Dass die Arbeitskosten zu senken sind, steht für mich außer Frage. Wenn sie Südtiroler Volkspartei in Rom mit der Regierung gemeinsame Sache macht, dann sollte sie es auch bewerkstelligen.

Auch da könnte man den Argumenten entgegenwirken, um zu sagen, wir brauchen so viele Ausländer. Das stimmt nämlich auch nicht. Wenn die Arbeit bei uns so teuer ist und die Ausländer weniger bezahlt werden, was ja auch wieder nicht richtig ist, dann ... Es gibt Leute, die haben Interesse, eine solche Politik zu machen, nämlich mehr Leute ins Land zu holen, um sie weniger bezahlen zu können als die eigenen. Diese Politik muss man den Menschen einmal erklären! Wir haben sehr viele rüstige Rentner, die ohne weiteres bereit wären, bestimmte Arbeiten zu verrichten, wenn sie dafür nicht bestraft würden. Wenn sie mehr tun, dann wird ihnen etwas von der Rente abgezogen. Heute ist im Wirtschaftskurier von einer "Zukunft als arme Rentner" die Rede. Wir werden ein armes Rentnerheer haben. Wir haben das große Glück, dass sehr, sehr viele ältere Menschen bei Verwandten zu Hause, auf Höfen oder in größeren Wohnungen leben können. Das ist ein großes Glück, denn wenn die Rentner in Südtirol mit der Rente, die sie erhalten, eine Wohnung auf dem freien Markt zahlen müssten, dann wären es arme, arme Kirchenmäuse.

Wenn wir von einer Rentenerhöhung von monatlich 80 Euro sprechen und glauben, damit weiß Gott was bewegen zu können, dann ist das wirklich nicht einmal ein Zuckerle. Wenn wir unsere ältere Generation, die für den sogenannten Wohlstand, der in Wirklichkeit nicht mehr da ist, so behandeln, dann hat sie das wahrlich nicht verdient. Das Märchen vom Wohlstandsland Südtirol existiert nur mehr in den Köpfen einiger Politiker. Wenn man die Realität dahingehend anschaut, wie hoch der Verschuldungsgrad derzeit ist, wie viele Menschen wir unter der Armutsgrenze haben, wie viele Menschen verschuldet sind, dann stimmt das einfach nicht. Wenn Bankfachleute sagen, dass der Südtiroler im Durchschnitt drei Kredite hat, nämlich einen für die Wohnung, einen für das Auto und einen für den Urlaub, dann ist das eine Erkenntnis, die man auch bewerten muss. Ich kann natürlich keinem Menschen verbieten, in den Urlaub zu fahren und dafür einen Kredit aufzunehmen, aber wir sind ein Wohlstandsland und jeder, der hier nicht mit kann oder glaubt nicht mit zu können, versucht es eben auf einer anderen Ebene, nämlich

mit der Verschuldung. Das führt ganz zwangsmäßig in einen Teufelskreis, wofür die Politik nicht alleine die Verantwortung hat; das sage ich auch dazu.

Die Subventionspolitik, auf die ich bei jedem Haushalt zu sprechen komme, hat sich nicht geändert, und hier sehe ich auch keine Anzeichen einer Veränderung. Wenn man bei der Wirtschaftsförderung versucht, kleine Ansätze zu machen, dann kommt sofort der große Aufschrei von Seiten der Verbände, keine einschneidenden Maßnahmen vorzunehmen. Auch diese Politik kann auf Dauer nicht funktionieren! Wir werden die Südtiroler zu Tode subventionieren, wir werden sie mit diesen Subventionierungen in die Schuldenfalle treiben, bis wir nicht mehr wissen, wo links und wo rechts ist. Diese Entwicklung ist vorhersehbar. Das sind keine Kassandrarufe, sondern diese Fakten liegen mittlerweile zu stark auf dem Tisch. Trotz jahrelangen Druckes von Seiten der Wirtschaftsverbände und auch von unserer Seite hat man immer gesagt, dass es nicht möglich sei, die IRAP um einen Prozentpunkt zu senken. Jetzt wird sie plötzlich um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Man geht nämlich her und macht den Südtirolern eine Rechnung vor und sagt, dass, wenn die Unternehmer einen halben Prozentsatz weniger der IRAP-Steuer zahlen müssten, die Pflegesicherung garantiert wäre. Wie habt Ihr da gerechnet? Wenn die Unternehmer einen halben Prozentpunkt weniger IRAP-Steuer zahlen müssen, dann habt Ihr ja weniger Geld im Haushalt! Diese Rechnung muss man mir erklären! Wenn 25 Millionen Euro weniger in den Haushalt fließen und die Pflegesicherung aus dem Haushalt gezahlt werden muss, dann frage ich mich, was Ihr gewonnen habt. Diese Rechnung wird nicht aufgehen, Landesrat Frick! Wenn Ihr sagt, wir entlasten die Unternehmer, damit mehr investiert wird und wir auf diese Weise so viel Geld haben, dass wir uns die Pflegesicherung aus dem Landeshaushalt leisten können, dann ist das ehrlich, aber nicht diese Kombination, weil das nicht gehen kann.

Ich bin selbstverständlich dafür, dass man bei diesem Landeshaushalt die Pflegesicherung aus dem Landeshaushalt zahlt, weil es bei diesem Haushalt möglich ist, wenn man die Schwerpunkte anders setzt, aber nicht mit diesen Summen, die Ihr den Leuten vorrechnet. Ihr selber habt einmal andere Zahlen genannt! Ihr habt einmal davon gesprochen, dass es zu Beginn zwischen 50 und 60 Millionen Euro für die Pflegesicherung brauchen würde. Das sind Zahlen der Landesregierung, wohlgermerkt! Jetzt sollen plötzlich 25 Millionen ausreichen. Ich sage, dass 50 Millionen nicht ausreichen. Für die Pflegesicherung wird es 70 und mehr Millionen brauchen. Das kann man sich sehr, sehr leicht ausrechnen. Jetzt hat man zwei Möglichkeiten. Nächstes Jahr gibt es nämlich Landtagswahlen und jetzt wird versprochen, dass man die Ausgaben für die Pflegesicherung aus dem Landeshaushalt bestreiten würde. Im Frühjahr 2009 wird es sicherlich – das wäre auch ehrlich zu sagen, weil es anders nicht gehen wird - eine Kostenbeteiligung

geben. Wenn es so ist, dann wäre es ehrlicher, jetzt herzuzugehen und zu sagen, dass man die Ausgaben aufteilen möchte, nämlich einen Teil aus dem Landeshaushalt und einen Teil mit Kostenbeteiligung der Bürger auf der Grundlage dessen, was jeder verdient. Das wäre, nach meiner Einschätzung, ehrlicher. Natürlich mache ich vor den Wahlen eine bessere Figur, wenn ich sage, dass alles aus dem Landeshaushalt bezahlt wird, dass man nichts zu bezahlen braucht. Dann aber wird das böse Erwachen kommen, wie bei anderen Dingen auch.

Die Stromliberalisierung ist da und die Menschen haben sich schon vorgestellt, dass sie dadurch einen Vorteil haben würden, vor allem deshalb, weil die SEL eine Gesellschaft mit fast 100 Prozent Landesbeteiligung und deshalb der Strom billiger sei. Einige Monate vor dem In-Kraft-Treten der Liberalisierung hat Landesrat Laimer gesagt, dass die Südtiroler vergessen könnten, dass der Strom billiger wird. Wir haben in Deutschland gesehen, dass man am Anfang große Angebote, nämlich Lockangebote gemacht, sich dann aber abgesprochen hat - auch Kartellverfahren sind im Laufen - und der Strom demzufolge gestiegen ist. Hier könnte das Land schon eine beispielhafte Stellung einnehmen. Man hat angekündigt, den Familien einen verbilligten Strom vermitteln zu wollen. Es sind sicher Maßnahmen, die unterstützungswert sind. Man wird aber sehen, wie es in der Praxis dann ausschaut.

Was den ganzen Bereich Energie anbelangt, ob das jetzt der Strom ist, die Gaslieferungen oder die E-Werke sind, ist, im wahrsten Sinne des Wortes, sehr viel im Fluss. Diesbezüglich gibt es aber noch sehr viele Fragen. Wir haben noch keine Antwort auf die Anfrage bekommen, in der gefragt wird, ob die Landesregierung nicht gedenkt, die SEL aufzufordern, die Nachzahlungsforderungen zurückzunehmen. Trient hat sie nämlich nicht eingefordert und die SEL-Gas hätte sie nicht einfordern müssen. Warum nimmt die SEL-Gas diese Nachzahlungsaufforderungen nicht zurück? Hier warten wir auf eine Antwort. Herr Landesrat Frick, ich ersuche Sie, im Zuge der Behandlung des Nachtragshaushaltes jene Fragen zu notieren, auf die ich eine Antwort haben möchte. Warum ersucht die Landesregierung nicht die SEL-Gas, von dieser Nachzahlungsaufforderung abzusehen bzw. das Geld denen zurückzuzahlen, von denen sie es verlangt hat? Zweite Frage: Warum können beispielsweise in der Gemeinde Schlanders, in der die Erdgasleitung verlegt und auch ein Fernheizwerk errichtet wird, Firmen dazu gezwungen werden, sich an das Fernheizwerk anzuschließen? Warum wird ihnen von der Gemeinde untersagt, sich an die Gasleitung anzuschließen? Aufgrund welcher rechtlichen Lage? Es ist doch unglaublich, dass man zuerst eine Erdgasleitung baut, um das Fernheizwerk zu beliefern, das dann wiederum die Wärme an die Kunden liefert, und dass man es nicht zulässt, dass sich Betriebe direkt an die Erdgasleitung anschließen. Ein kleiner oder mittlerer Betrieb könnte sich 10.000 bis 12.000 Euro im Jahr an Energiekosten sparen. Betriebe haben Maschinen laufen, die mit der

Fernwärme nicht betrieben werden können und sowieso mit Gas betrieben werden müssen, die also trotzdem einen Tank erhalten müssen und in die somit Tankwagen hinfahren müssen. Das muss man mir einmal erklären!

Zum Wasser Folgendes. Ich habe das Beispiel von Rabenstein in Moos im Passeier genannt, wo man hinten herum eine Privatperson statt eines Konsortiums von Bergbauern begünstigt hat, wo bereits an einen Privaten verkauft wurde, der nicht einmal im Passeiertal wohnt. Es ist ein Unternehmer. In Pfitsch lässt man Bauern hängen, weil sie nicht mehr in der Lage waren, ein Werk zu betreiben. Man hat zugeschaut, wie der Liquidator den Termin so lange hinausgezögert hat, dass die Anlage nicht gekauft worden ist, und jetzt bleiben diese Menschen möglicherweise hoch verschuldet. Wo ist hier die Anteilnahme der öffentlichen Hand?

Ich komme zum Stichwort Post, weil sie in aller Munde ist, vor allem weil sie nicht funktioniert. Wir lesen seit Jahren wöchentlich von diesem oder jenem Postamt, wo die Post nicht ausgetragen wird. Wenn das Land die Post übernehmen will – diesbezüglich haben wir einen Beschlussantrag eingebracht; wir haben es seit langem verlangt und auch mehrere Möglichkeiten vorgeschlagen -, dann möchten wir, dass dort auf jeden Fall auf die Angestellten geschaut wird. Ich habe immer angemahnt, dass man die Post nicht nur so als Betrieb dahingestellt sehen darf, weil dort eben Menschen arbeiten. Im Jahre 1999 haben dort 1.500 Personen gearbeitet und jetzt arbeiten noch 1.078. Das heißt, man hat in diesem Zeitraum 350 Personen abgebaut, und dann wundert man sich, dass bestimmte Dienste nicht mehr erfüllt werden! Man müsste entweder sagen, dass die einen vorher nichts getan haben, dass sie umsonst da waren, oder verlangen, dass diejenigen, die jetzt da sind, mehr arbeiten. Sie können nicht einmal mehr in den Urlaub gehen. Wenn jemand krank ist, dann wird er nicht ersetzt. Ich behaupte, dass wir trotz Einvernehmenskomitee keinen Zugriff mehr auf Entscheidungen im Personalbereich haben.

Bei der Bahn ist es übrigens dasselbe. Dann wundern wir uns, dass wir frustrierte Beamte haben, die sich vollkommen allein gelassen fühlen. Auf diese Problematik hat man seitens der Landesregierung nie geschaut. Man hat rationalisiert, man hat Personal abgebaut. Wenn privatisiert wird, wissen wir, dass dort am meisten gespart wird. Da fängt man zuerst an, aber dass wir beispielsweise einen ethnischen Proporz haben, den wir immer als Grundpfeiler der Autonomie angesehen haben, das wird hier vernachlässigt. Dies wird auch im sozialen Wohnbau vernachlässigt, worauf man jetzt wieder draufkommt. Es wäre vielleicht doch besser, getrennte Rangordnungen nicht nur nach Bedürftigkeit zu erstellen – das haben wir immer verlangt -, nachdem diese ganzen Ungerechtigkeiten herausgekommen sind.

Bei der Post ist es so, dass bei den Beamten am Schalter der Proporz eingehalten wird und bei den Zustellungsbeamten nicht. Dort haben die Italiener einen sehr, sehr großen Überhang.

Auf die Problematik der Gesellschaften mit Landesbeteiligung möchte ich nicht länger darauf eingehen. Diese war bereits Gegenstand von mehreren Interventionen. Auch hier mahnen wir, wie andere, absolute Transparenz an. Wo Steuergelder eingesetzt werden, können wir verlangen, dass diese auch so dargestellt werden, dass der Bürger weiß, was mit seinem Geld geschieht, denn es ist das Geld der Bürger, wie es der ganze Haushalt ist, den wir jetzt im Zuge des Nachtragshaushaltes verteilen, weil es eigentlich Steuergelder sind. Das sollte man nicht vergessen.

Weil es aktuell ist, muss ich auch ein paar Sätze zum Thema Brennerbasistunnel sagen. Es ist schon wirklich erstaunlich. Ich habe auch diese Hochglanzbroschüre zugeschickt bekommen. Jeder andere würde dafür eine Strafe bekommen, weil hier weder die Druckerei angegeben ist, noch angegeben ist, auf welchem Wege sie zugestellt wird. Wenn ich als Partei eine Broschüre an die Haushalte verschicke, dann muss ich etwas hinaufschreiben. Die Landesregierung braucht das offensichtlich nicht zu tun. Auf dieser Broschüre ist nicht einmal die Druckerei angegeben. Wir würden dafür eine Strafe erhalten, aber diese Strafe möchte ich jetzt nicht für die Landesregierung herbeireden, denn die Landesregierung verdient eine ganz andere Strafe. Wenn man diese Broschüre in die Hand nimmt, dann hat man im ersten Moment den Eindruck, dass es ein Fremdenverkehrsprospekt wäre. Auf der Broschüre sind spielende Kinder und blühende Wiesen zu sehen. Wunderbar! Nach dem Bau des Brennerbasistunnels werden wir ein Land zum Wohlfühlen haben. Man kann mit der Grafik natürlich sehr viel machen, wie zum Beispiel einen tollen Gebirgsbach usw. Den Leuten kann man sehr viel vorgaukeln.

Auf die Frage betreffend die Belastungen während der Bauzeit des Tunnels gibt es in der heutigen Presse zwei Aussagen, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Der Landeshauptmann hat gesagt, dass der Bau der Umfahrung Brixen für den Raum Brixen während der Bauzeit eine größere Belastung darstellen werde als der Basistunnelbau. Die Belastung beim Basistunnelbau werde nämlich minimal sein. Die gleiche Frage erging auch an Herrn Ing. Bergmeister, der gesagt hat, dass man ganz offen, ehrlich sein und sagen müsse, dass es während der Baumaßnahmen sicherlich eine Belastung geben werde. Es sind also der Politiker und der Techniker, und zwar jener, der vom Bauen etwas versteht, und der andere, der vom Geld sicherlich sehr viel versteht. Wenn der Otto Normalverbraucher heute diese Zeitung liest, dann frage ich mich, wem er dann glauben soll. So zu tun, als ob der Bau des Brennerbasistunnels fast eine Bagatelle wäre, dass es nicht einmal der Rede wert sei, darüber zu reden, ist Pflanzerei pur! Man braucht sich derzeit nur in Mauls umzuschauen. Vielleicht wird es die Brixner nicht so direkt betreffen wie jene, die in der Nähe der Westumfahrung wohnen. Das mag schon sein. Dafür dürfte es uns Vahrner, die Franzensfester, jene in Aicha und jene im Wipptal betreffen.

Ich kann nur staunen, wenn ich die Reaktionen von Südtiroler Politikern gelesen und gehört habe. Das Unterland begrüßt die neun Punkte zum Brennerbasistunnel, damit könne man leben. Womit kann man leben? Kein Mensch weiß, was südlich von Branzoll passiert. Wenn die SVP-Politiker des Unterlandes damit leben können, dann ist das ihre Sache, aber die Bevölkerung hat keinen blassen Schimmer, was auf sie zukommt. Wenn man glaubt, dass der Brennerbasistunnel bzw. die südliche Zulaufstrecke ab Branzoll ausschließlich im Berg verlaufen wird, dann muss man den Namen ändern, denn dann haben wir nicht mehr mit einem Brennerbasistunnel, sondern mit einem Basistunnel von Innsbruck nach Verona zu tun. Wer bezahlt diesen Tunnel? Aufgrund der gestrigen Aussagen oder der sogenannten Zusagen, die keine Zusagen sind, ... Was gestern in Wien vereinbart worden ist, sind erklärtermaßen Absichtserklärungen und keine Zusagen, vor allem jene seitens der EU. TEN-Koordinator Karel van Miert wird sich bemühen und vorschlagen, dass die EU den Maximalbeitrag bezahlt. Wir werden sehen, was die anderen EU-Länder dazu sagen. Es sind 6 Milliarden Euro – es ist sicherlich die unterste Grenze - ohne die Finanzierung, wohlgemerkt. Wo wird der italienische Staat, der gleichzeitig von der EU angemahnt wird, weil er bestimmte Kriterien der guten Haushaltspolitik nicht einhält, das Geld hernehmen, wenn er gleichzeitig die Renten erhöhen will, wenn er hier und dort etwas tun muss? Wo bitte soll das Geld herkommen? Es gibt nicht den geringsten Finanzierungsplan, der irgendwo seriös wäre. Dagegen kann man nicht mit Hochglanzbroschüren ankämpfen. Das haben die Leute, denke ich, mittlerweile auch begriffen.

Nun zum Verkehr. Was die Prüfstelle anbelangt, die begrüßenswert ist, einen Satz dazu. Über die mobile Prüfstelle im Vinschgau sollte in Absprache mit den österreichischen Behörden diskutiert werden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass man irgendwelche Frächter schikaniert, sondern man sollte wirklich jene prüfen, die mit Fahrzeugen unterwegs sind, die nicht den Standards entsprechen, und Euro 0-, Euro 1- und, von mir aus, auch Euro 2-LKW's aus dem Verkehr ziehen. Das ist keine Frage. Auch hier muss Transparenz herrschen.

Die Prestigeprojekte des Landes sind hinlänglich bekannt. Auch in diesem Zusammenhang erwarten sich die Bürger mehr Maß, mehr Augenmaß, ein sparsames Umgehen mit Steuergeldern und nicht, dass weiter gewurstelt wird wie bisher. Auch diesbezüglich gibt es selten wirklich seriöse Finanzierungskonzepte, sodass die Endkosten wesentlich höher sind als die geschätzten Kosten. Der Bozner Bahnhof wird heute wieder in den Medien thematisiert, wo man nicht weiß, in welche Richtung er verlegt werden soll, und zwar dort, wo es sehr, sehr ruhig ist. In Hinblick auf die Landtagswahlen hat man jetzt wirklich den Eindruck, dass einfach sehr, sehr viel verzögert wird.



Bestimmte Entscheidungen in Hinblick auf den Flugplatz, auf den Bahnhof und letztthin auf den Brennerbasistunnel will man erst nach den Landtagswahlen fällen. Das ist ein Ausweichmanöver, dem wir sicherlich nicht tatenlos zuschauen werden, denn gerade vor den Wahlen muss man den Menschen die Wahrheit über solche Probleme sagen und sagen, wo man hin will. Der Brennerbasistunnel ist bekannt. Ich persönlich war, seit ich im Landtag bin, immer dagegen. Ich habe aber immer gesagt, wenn man glaubwürdig nachweisen kann, dass er eine Verbesserung bringt, dann soll man alle Fakten für und wider auf den Tisch legen und ihn schlussendlich einem Votum des Volkes unterziehen. Ich kann mir ein Projekt dieses Ausmaßes ohne Volksabstimmung nicht vorstellen. Ich habe diese Forderung erstmals im Jahre 1994 anhand eines Beschlussantrages hier im Landtag erhoben, und dann immer wieder. Leider Gottes zählt die Meinung des Volkes für bestimmte Politiker nicht sehr viel.

Wenn man sich in Südtirol umhört – das muss man im Zusammenhang mit einem Haushalt auch sagen -, dann haben sehr viele Bürger den Eindruck, dass in diesem Land nunmehr alles verboten ist. Wenn man jetzt allgemein von Freiheitsgefühl spricht, dann hat der Bürger den Eindruck, dass er immer und überall kontrolliert wird. Das gilt im Verkehr, bei den Steuern und im freien Umgang in der Gesellschaft. Dass es Spielregeln braucht und dass sich jemand nach diesen Spielregeln aufführen muss, steht außer Frage, aber es muss auch die Frage erlaubt sein, ob wir als Tourismusland zuschauen müssen, wenn nicht nur Einheimische, sondern auch Urlaubsgäste, nur weil sie einmal ein Gläschen mehr trinken und zu Fuß unterwegs sind, wegen Trunkenheit in der Öffentlichkeit 104 Euro Strafe zahlen müssen. Ich kenne kein Urlaubsland, das sich so etwas leistet. Wenn sich jemand danebenbenimmt und randaliert, dann ist es richtig. Wenn sich heute junge Menschen zusammentun und mit einem Taxi in die Disco fahren - sie wissen, dass sie, wenn sie ein Glas trinken, nicht mehr mit dem eigenen Auto fahren dürfen, was ja zu begrüßen ist – und auf der Heimfahrt aus dem Taxi geholt werden und alle pro Kopf 104 Euro zahlen müssen, weil sie zu viel getrunken haben, dann weiß ich nicht, ob diese Aufklärungskampagne, die das Land macht, eine große Wirkung haben wird. Wo ist hier die erzieherische Wirkung? Die Strafen sind schon recht, wenn jemand das Gesetz bricht. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn man aber in einem Tourismusland bei Touristen und auch bei Einheimischen solche Maßstäbe anwendet, dann habe ich meine Bedenken.

Der Landeshauptmann hat erst darauf reagiert, als die Tourismusbetreiber und wir vor Jahren diese Thematik für unsere eigenen Leute aufgegriffen haben. Die Landesregierung hat diesbezüglich nicht hingehört. Jetzt geht es auch um den Tourismus, demzufolge hat man ein bisschen reagiert. Jetzt will man sich des Problems annehmen. Es geht mir nicht darum. Ich bin weit davon entfernt, jemandem die Stange

zu halten, der sich danebenbenimmt. Noch einmal. Ein freier Umgang in der Gesellschaft muss auch in Südtirol in Zukunft erlaubt sein.

Mit der Subventionspolitik des Landes macht man die Südtiroler nicht fitter, sondern fetter. Das ist ein Grundsatz, den man sicherlich der Landesregierung ins Stammbuch schreiben muss. Solange sie von diesem Grundprinzip nicht abgeht, wird sich selbstverständlich auch an der grundsätzlichen Ausrichtung nichts ändern. Wenn es sich vom Einkommen her nicht mehr lohnt, dann gibt es keinen Antrieb, unternehmerisch tätig zu werden. Es war noch nie verboten, dass jemand auch Gewinne schreiben konnte. Das hieß nicht, dass damit die soziale Verantwortung abgegeben wurde, ganz im Gegenteil. Das eine bedingt das andere und die beiden Dinge können nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ich komme zum Schluss und möchte etwas anschneiden, was hier noch nicht gemacht worden ist. Es betrifft das Tiroler Gedenkjahr 2009. Ich sage es deshalb, weil wir auch hier einen gesellschaftspolitischen Auftrag haben, nämlich den Auftrag, zu überlegen, wohin wir in Zukunft dieses Land mit allen drei Sprachgruppen, die hier beheimatet sind, führen wollen. Wir haben aufgrund unserer geschichtlichen Herkunft auch den Auftrag, bestimmte Zielsetzungen nicht zu vergessen, die für mich persönlich eindeutig die Landeseinheit, in welcher Form auch immer, bedeuten. Ein Tiroler Gedenkjahr hat für mich keinen Sinn, wenn man nur einen großen Aufmarsch, eine Ausstellung organisiert, es der Öffentlichkeit präsentiert und dann das Gegenteil tut. Wir hätten in den letzten 25 Jahren mehr Möglichkeiten gehabt, die Landesteile wieder zusammenzuführen, aber da sind die Egoismen zu stark. Man sieht das jetzt gerade wieder in der Fremdenverkehrswerbung, wo Süd- und Nordtirol nicht einmal imstande sind, sich an einer gemeinsamen Werbeaktion für die Alpen zu beteiligen. Das ist eine Kleinkariertheit! Nur weil einige auf ihren Altären sitzen bleiben wollen und aus persönlicher Befindlichkeit heraus mit einem anderen nicht können, bleibt ein Anliegen auf der Strecke. Solche Leute haben mit bestimmten Funktionen nichts zu tun. Ich spreche hier ganz klar die SMG an, Herr Landesrat. Ich verstehe es beim besten Willen nicht. Man soll die Leute motivieren, an der Basis Aktivitäten zu entwickeln, um solchen Phänomenen entgegenzuwirken. Die Politik muss vorerst eine Vorbildfunktion einnehmen. Es ist mir auch klar, dass die Landesteile nur dann zusammenwachsen können, wenn die Menschen sich wieder mehr begegnen, und diesbezüglich kann jeder seinen Beitrag leisten. Wir schlagen etwas Konkretes vor, das mit wenig Geld zu bewerkstelligen ist, nämlich dass man in Hinblick auf das Gedenkjahr - man soll diese Ausstellung in Franzensfeste ruhig machen - etwas anderes tut. Was ist die Voraussetzung, dass ich das Gefühl für etwas Gemeinsames bekomme? Die Voraussetzung ist, dass ich es kenne.

Die mangelnden Geschichtskennntnisse sind hier immer wieder angeprangert worden. Helmut Kohl hat einmal gesagt, ein Volk, das seine Vergangenheit, seine Zukunft nicht kennt, das nicht weiß, woher es kommt, kann die Zukunft nicht deuten. Wo soll das hingehen? Deshalb sind die Geschichtskennntnisse die Voraussetzung dafür. In der Schule werden sie, leider Gottes, nicht ausreichend vermittelt. Mit einer CD - heute hat fast jeder Haushalt einen Computer - sollte die Tiroler Geschichte von objektiven Historikern aller Sprachgruppen, die parteipolitisch nicht eingefärbt sind, vermittelt werden. Auch die Italiener sollten endlich begreifen, dass Geschichtskennntnisse wichtig sind, um zu begreifen, dass sie nicht in diesem Land leben, um gegen die Deutschen zu sein, sondern dass man einen gemeinsamen Auftrag für die Zukunft hat, denn nur so kann man wirklich europäisches Denken vermitteln. Die Kenntnis der gemeinsamen Geschichte ist die wesentliche Voraussetzung dafür. Deshalb möchte ich diesen Punkt im Rahmen der Debatte des Nachtragshaushaltes ganz bewusst auch anführen. Ich erwarte mir diesbezüglich von der Landesregierung die notwendige Unterstützung.

Ich schließe ab. Wir verteilen im Nachtragshaushalt 200 Millionen Euro, was nicht wenig ist. Einige Schwerpunkte wie Forschung und Entwicklung sind richtig gesetzt, damit kann man sich einverstanden erklären, aber dieses Geld kommt vom Steuerzahler. Ich habe Ihre Aussage, Herr Landesrat, nicht verstanden, als Sie gesagt haben, dass es mit den Mehreinnahmen des Staates nichts zu tun habe. Natürlich hat es damit zu tun! Wir sind mit 90 Prozent an den Einnahmen des Staates beteiligt. 90 Prozent aller Steuern, die der Staat in Südtirol einhebt, kommen dem Südtiroler Landeshaushalt zugute, das heißt, das Geld, das wir heute verteilen, haben die Bürger vorher schon bezahlt. Geben wir es so aus, als ob es unser eigenes wäre!

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

**Dott. RICCARDO DELLO SBARBA**

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Pasquali.

**PASQUALI (Forza Italia):** Sull'ordine dei lavori. Come avevo preannunciato volevo chiedere una breve sospensione per un brindisi, dato che festeggio il mio compleanno, data abbastanza importante, perché è un'età ben precisa, e visto che manca poco più di un quarto d'ora al termine della seduta antimeridiana, chiedo se possiamo rinviare la seduta ad oggi pomeriggio.

**PRESIDENTE:** Intanto Le faccio tanti auguri a nome di tutti i colleghi. Devo però dirLe che non possiamo interrompere il Consiglio per ogni compleanno,

anche se questo è importante, però Le domando una cosa. Lei è iscritto a parlare, ha diritto di parlare un'ora, intende usufruire di tutto il tempo? Altrimenti possiamo accettare il Suo invito quando ha finito l'intervento.

**PASQUALI (Forza Italia):** Non sono in grado di dirlo, perché non ho preparato l'intervento, quindi non ho misurato il tempo. Posso parlare fino alle 12.45 e poi interrompiamo la seduta.

**PRESIDENTE:** Accolgo la sua richiesta.

Ich möchte den ersten Vizepräsidenten des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Herrn Edgar Moron, herzlich begrüßen. Wir bedanken uns für seinen Besuch.

La parola al consigliere Pasquali, ne ha facoltà.

**PASQUALI (Forza Italia):** Nell'esaminare il disegno di legge "Disposizioni in connessione con l'assestamento del bilancio di previsione per l'anno 2007 e per il triennio 2007-2009" consentitemi di fare un bilancio, un'analisi complessiva della politica locale allo stato attuale nella nostra provincia.

C'è da chiedersi anzitutto se il modello "Alto Adige-Südtirol" come è stato pubblicizzato, esaltato dalla maggioranza, e che ha avuto un riscontro positivo da parte delle forze politiche nazionali e internazionali sia un modello ancora valido, da celebrare. Questa provincia storicamente è sempre stata una terra di confine, una terra abitata da popolazioni di etnie diverse, pensiamo alla terra dei Reti, alla conquista di Druso, alla dominazione romana prima dell'avvento delle varie popolazioni provenienti dal nord - Goti, Longobardi, Franchi, Baiuvari - pensiamo all'epoca dei conti di Tirolo Gorizia, all'epopea di Mainardo II e di Margareth Maultasch, all'avvento degli Asburgo, al periodo illuminato di Claudia De' Medici, alla conquista napoleonica, al ritorno all'Austria fino all'annessione nel 1918 della provincia all'Italia. Da quel momento sono passati 90 anni, si è creata una contrapposizione etnico-linguistica che purtroppo perdura tutt'ora. La popolazione residente, allora in netta maggioranza tedesca, si ritenne defraudata dalla sconfitta ma soprattutto dalla perdita del territorio a favore dell'Italia per volontà di altre nazioni. Dall'altra parte c'è stata una fortissima immigrazione italiana favorita soprattutto dal fascismo che voleva italianizzare la provincia. Si è creata una situazione che nel 1946 ha portato poi al noto accordo "De Gasperi-Gruber" e all'avvento del primo statuto di autonomia, dopodiché ci furono il famoso "Los von Trient", gli attentati dinamitardi, e infine al varo del secondo statuto di autonomia.

A suo tempo avevo criticato aspramente lo statuto di autonomia, in quanto portava ad una divisione non solo sostanziale ma anche giuridica della popolazione fra italiani, tedeschi e ladini che ha creato automaticamente una contrapposizione

etnica o quanto meno l'ha rinvigorita, perché la contrapposizione etnica era già in luce ed era quindi foriera anche di odio etnico. Avevo particolarmente criticato la proporzionale che era un istituto antiliberali, in virtù della quale i ruoli della pubblica amministrazione erano assegnati non tanto in funzione della meritocrazia quanto all'appartenenza ad un gruppo linguistico. Voi ricorderete quante battaglie ci sono state anche sotto il profilo giudiziario, mentre resiste ancora oggi, ad onta del fatto che siano passati 35 anni dal varo dello statuto di autonomia.

Avevo criticato particolarmente il censimento etnico come fonte di divisione nella spartizione di una divisione di tutta la popolazione in tre gruppi etnici. Queste critiche rimangono tutt'ora, però mi sono anche reso conto che in quel momento storico, era il 1972, le vituperate norme dello statuto di autonomia forse sono servite ad evitare il peggio, ci hanno salvato da guai maggiori. Da allora sono passati 35 anni, sicuramente la contrapposizione etnica si è attutita, anche se permangono le norme di divisione. C'è una maggiore consapevolezza da parte di tutti i cittadini della necessità di un'autonomia di questa provincia. Voi ricordate che all'inizio soprattutto il gruppo linguistico italiano era assolutamente contrario a questa autonomia che sembrava uno strappo all'identità nazionale. Oggi più o meno tutti i cittadini di lingua italiana sono convinti della necessità di un'ampia autonomia, perché ci sono stati anche elementi nuovi. C'è stata una fortissima immigrazione di lavoratori extracomunitari, che ha stravolto la composizione strutturale della popolazione residente nel giro di pochi anni. Oggi ufficialmente sono più di 30 mila, diventeranno il doppio e può darsi anche il triplo. Diventa oggi risibile la divisione giuridica in italiani, tedeschi e ladini quando in questo momento vi sono 30 mila immigrati extracomunitari che costituiscono già il doppio del gruppo linguistico ladino, e circa 30 mila mistilingui, figli di gente nata da matrimoni misti o di varie combinazioni fra i gruppi italiano, tedesco e ladino. È risibile conseguentemente la proporzionale che fra il resto avrebbe dovuto cessare nel 2002, secondo il dettato del pacchetto, laddove si diceva che la proporzionale sarebbe durata 30 anni per riequilibrare la situazione nella pubblica amministrazione a discapito del gruppo linguistico tedesco. Appare risibile il censimento che obbliga tutta la popolazione a dichiararsi falsamente appartenente ad uno dei gruppi riconosciuti dando uno schiaffo alla verità. Se pensiamo agli albanesi residenti in provincia, che devono dichiararsi italiani o tedeschi, la cosa appare veramente ridicola. Se la popolazione ha raggiunto un grado di maturità tale da capire che è necessaria un'autonomia, cerchiamo di rinforzare il bilinguismo e lasciamo perdere censimento e proporzionale, pensiamo ad un maggior bilinguismo, e qui la scuola deve veramente fare un salto di qualità. Tutti vorremmo che i cittadini residenti in questa provincia conoscessero l'italiano e il tedesco. Questo è il futuro. Da qualche anno siamo inseriti nell'Europa unita dove c'è un coacervo di etnie e di lingue. L'Alto Adige-Südtirol avrebbe tutte le carte in

regola per fare la provincia simbolo dell'Europa unita. Lo potrebbe fare perché ha una situazione di base, sia geografica sia etnico-linguistica, al centro dell'Europa, che le consentirebbe di dire che questa è la vera Europa, però bisogna abbandonare, se si vuole raggiungere questo risultato, le battaglie di retroguardia, le vecchie idee e i bagagli inutili del revanscismo etnico. Siamo una provincia ricca, attiva sotto il profilo lavorativo, facciamo finalmente un salto di qualità avendo alla base tutti i presupposti perché ciò possa avvenire e possiamo vantarci di essere europei! Questo senso di identità europeo deve cercare di penetrare sempre di più nella coscienza dei cittadini residenti in questa provincia.

Affrontiamo alcuni argomenti particolari. Il collega Heiss nel suo intervento ha criticato la Giunta provinciale per quello che riguarda la mancanza di una vera politica riformistica che ci si aspettava e che invece si è un po' barcamenata nell'attendere scenari nuovi. Negli scorsi anni si sono raggiunti degli importanti traguardi sotto il profilo dello sviluppo economico, culturale e turistico della nostra provincia. Faccio riferimento soprattutto alla superstrada della Mebo, all'università trilingue e all'aeroporto. Il mio partito, Forza Italia, che è il più grande partito italiano, che ha avversato sotto il profilo istituzionale la politica della Giunta provinciale incentrata soprattutto sulla politica del partito dominante della SVP, stranamente concorda con quella che è la politica economica che ha fatto la Provincia. Si richiama soprattutto a queste tre istituzioni che ho detto prima, che hanno costituito un salto di qualità nella vita dei cittadini della provincia, e invece siamo praticamente d'accordo su queste iniziative di carattere economico, anche sul tunnel del Brennero sul quale parlerò specificamente.

Stupisce molto la marcia indietro che ha fatto la Giunta provinciale per quello che riguarda l'aeroporto. Forse non ci si rende conto anzitutto che un aeroporto esiste già e quindi occorre semplicemente aumentarne le possibilità arrivando all'allungamento della pista. Si sa che bisogna pagare lo scotto per alcuni anni, ma costituisce una sicura fonte di ricchezza per il futuro. Forse non ci si rende conto che un ammodernamento dell'aeroporto potrebbe portare ad un grande aumento di turisti da tutte le parti del mondo grazie ai voli dalle più importanti città italiane, austriache, tedesche e soprattutto in virtù dei voli charter. Questo potrebbe portare ad una ricchezza enorme del turismo e soprattutto ad un'abitudine da parte dei cittadini residenti in provincia ad usufruire di questo servizio sui quali ancora molti sono titubanti, perché non vedono con chiarezza quanto durerà questo sistema attuale. Forse è necessario un sacrificio ma bisogna andare avanti per quello che riguarda questa iniziativa economica.

Sono d'accordo con il prospettato tunnel del Brennero, per cui ci sono molte riserve e perplessità; anche di carattere economico. Oggi la situazione dell'Autobrennero è al collasso. Chiunque abbia avuto modo di viaggiare in questi

giorni sull'Autobrennero ha visto che è una situazione veramente scoraggiante. C'è una lunga fila di camion, autocarri e autotreni che praticamente occupano le carreggiate e impediscono un normale traffico. Questo peso che grava sull'autostrada è destinato ad aumentare, proprio finché non si troverà il modo di utilizzare la rotaia, la ferrovia. Ben venga questo tunnel del Brennero, ma quando sarà pronto? Questa è la domanda. Se c'è ancora incertezza oggi su quando partire, immaginiamoci quanti anni ci vorranno per la sua realizzazione! Se tutto va bene, ma è molto ottimistico, fra dieci anni avremo il tunnel del Brennero. E nel frattempo che cosa accade? Assisteremo con le mani conserte a questo aumento del traffico sulla A22? Non sono riuscito a capire questo da parte della Giunta provinciale. Da una parte c'è la volontà di dar vita al tunnel del Brennero, che verrà realizzato fra dieci anni, dall'altra si è contrari ad una terza corsia e anche alla realizzazione finale dell'Alemagna che sgraverebbe di molto il traffico che esiste nella nostra provincia. Tra il resto la nostra provincia sarebbe interessata per pochissimi km<sup>2</sup> che passerebbe solo nella zona finale, da Carbonin al confine. Mi piacerebbe sapere dalla Giunta provinciale come pensa di ovviare in questi dieci anni che passeranno finché sarà realizzato il tunnel del Brennero. Non credo che troveremo altre strade da far percorrere agli autotreni.

Ci sono altri argomenti sui quali vorrei soffermarmi. Uno è la scuola che deve arrivare a questo risultato già a livello della scuola materna ed elementare di insegnare il tedesco nelle scuole italiane e l'italiano nelle scuole tedesche. Questo tentativo di raggiungere il bilinguismo non è ancora stato realizzato. È necessario che la scuola si impegni di più soprattutto nel momento magico dell'apprendimento da parte dell'alunno nelle scuole elementari. Quindi maggiore impegno da parte della scuola, se non bastano le ore ne faremo anche il doppio, ma importante è che si raggiunga il risultato, perché il viatico per il futuro deve essere il bilinguismo.

Per quello che riguarda la cultura occorrono maggiori investimenti e maggiori manifestazioni culturali interetniche e interlinguistiche, però è vero che la cultura in parte divide, perché ciascuno è geloso della propria cultura, di lingua tedesca e di lingua italiana, però intanto la cultura è molto importante per la crescita della popolazione, ma poi si possono fare anche delle iniziative comuni che esistono già nel campo della musica, che non ha bisogno di lingue, ma si possono fare anche nel settore teatrale per esempio.

Per quello che riguarda lo sport non ho mai capito perché lo sport che deve servire per affratellare i popoli, deve essere diviso in associazioni di lingua italiana e tedesca. Se questo è giustificabile sotto il profilo culturale, perché ciascuno ha la propria cultura, sicuramente non lo è sotto il profilo dello sport, per cui occorre una unificazione delle associazioni sportive sotto una unica egida, perché lo sport non ha bisogno di lingue diverse. Tutti praticano lo sport e lo sport deve servire proprio ad

affratellare. Quindi maggiori investimenti anche nel campo delle palestre, degli impianti pubblici ecc.!

Abbiamo poi incarichi esterni. C'è una commissione di inchiesta ad hoc e qualunque sia il risultato, occorre che la Provincia che ha una grossa organizzazione, quindi una marea di dipendenti, si doti di personale qualificato. Se il personale fosse più preparato e qualificato non occorrerebbe ricorrere ad incarichi esterni costosissimi. Buona parte dei soldi della Provincia che potrebbero essere risparmiati se ne vanno in consulenze e incarichi esterni.

La sanità è molto efficiente in provincia di Bolzano, a prescindere dai famosi problemi legati alla proporzionale ed ai primariati, che dovrebbero essere superati completamente, ma chiederei all'assessore di puntualizzare quali sono i nostri problemi soprattutto per quanto riguarda i giovani. Uno è la droga, ma ancora peggio, come fenomeno generale, è l'alcolismo. Io frequento abbastanza le valli limitrofe e mi rendo conto che molti giovani che potrebbero svolgere un'attività ricreativa o sportiva sana si dedicano all'alcol. Questa è una piaga che dobbiamo cercare di eliminare totalmente dalla nostra provincia.

C'è il problema degli extracomunitari, i quali costituiscono una grande ricchezza di lavoro nella nostra provincia. È gente che viene da paesi poveri per prestare la propria attività lavorativa e sicuramente serve alla nostra provincia, ma crea grossi problemi per la diversità di cultura, educazione e religione. Si è molto criticata soprattutto la possibilità degli extracomunitari di avere le case popolari sorpassando alcuni dei vecchi cittadini autoctoni della nostra provincia. Quello che ha detto il collega Seppi qualche giorno fa forse andrebbe bene. Bisognerebbe che i datori di lavoro che assumono queste persone si facessero carico almeno parzialmente del problema delle loro abitazioni. Altrimenti questo fenomeno è destinato a crescere e a creare ulteriori problemi nella nostra provincia.

Si è parlato dell'IRAP, di cui si era chiesto l'abbassamento di un punto e si è arrivati al 50%. Sicuramente questa grava sulle imprese che però hanno problemi non solo con l'IRAP ma anche per la concorrenza che fa la stessa Provincia come imprenditrice. Questa ultima legge urbanistica che ha creato la Business Location Alto Adige è una forma di concorrenza indiretta alle imprese che agiscono nella nostra provincia.

Non occorre che prosegua nel pomeriggio. Chiudo qui il mio intervento e Le chiedo, presidente, di sospendere la riunione, come d'accordo.

**PRESIDENTE:** Il collega Sigismondi si è iscritto a parlare, ma ha chiesto di poter parlare oggi pomeriggio in maniera da non doversi interrompere. Sospendo quindi la seduta fino alle ore 15.



ORE 12.39 UHR

-----

ORE 15.05 UHR

*(Appello nominale - Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta è riaperta.

Proseguiamo con la discussione generale, interrotta per la pausa pranzo, sui disegni di legge n. 134/07 e n. 135/07.

La parola al consigliere Sigismondi, ne ha facoltà.

**SIGISMONDI (AN):** Fortuna che questa è una finanziaria breve e che dice poco. Se fosse stata una finanziaria corposa chissà fin dove saremmo arrivati, anche perché ho visto che, come al solito, ma specialmente oggi, tutta l'opposizione è intervenuta ed ha utilizzato tutto il tempo che aveva a disposizione. Vuol dire che fra i meandri di una finanziaria, seppur abbastanza breve, qualcosa di interessante c'è di mezzo. Una manovra che si assesta su quasi 203, poi ho sentito 210, poi 212 milioni di euro, 142 milioni che fanno parte dell'avanzo di amministrazione del 2006, non iscritto nel bilancio di previsione del 2007, 50 milioni per maggiori entrate tributarie per l'esercizio 2007, 6,7 milioni per i trasferimenti statali su leggi di settore, e poi abbiamo 1 milione e mezzo e 3,3 milioni una parte dalla Regione e l'altra come proventi speciali dove si dice che non possono essere liberamente distribuiti. Insomma, un bel pacchetto a disposizione al punto che qualcuno che fa parte della maggioranza si è spinto ad affermare che quest'anno abbiamo a disposizione più denaro di quello che effettivamente si possa spendere. Una sorta di "tesoretto" locale dal quale si è attinto con grande soddisfazione da parte di alcuni, e dove c'è meno soddisfazione per altri comparti. Poco meno della metà di questo tesoretto è vincolato per determinati settori di spesa. Quali sono? Due settori importantissimi, uno che riguarda la finanza locale e quindi il finanziamento ai comuni con quasi 60 milioni di euro, e il secondo settore di spesa con una definizione davvero un po' curiosa e forzata. Si dice: 20 milioni di euro stanziati per la partecipazione della Provincia al riequilibrio della finanza pubblica. Più curioso ancora è il fine ultimo di questo stanziamento di 20 milioni di euro, perché si dice che *"con tale importo potrebbero essere coperte le maggiori spese, qualora dovessero essere assunte nuove competenze dalla Provincia."* Analizziamo un po' questa frase. Si utilizzano due congiuntivi per 20 milioni di euro, che ci sono. È una realtà e non un congiuntivo, e sono il frutto di un'attività che da mesi, a turno, questa maggioranza ha svolto in quel di Roma, è quella che generalmente passa sotto il nome di "federalismo fiscale", è quella contrattazione che sfocia nell'intesa con le regioni a statuto

ordinario sulle differenti modalità di compartecipazione delle regioni e province autonome al risanamento del debito pubblico. È un eufemismo io credo quello di dire che l'Alto Adige non si chiama fuori, anzi è consapevole della necessità del risanamento delle finanze statali. Questi 20 milioni sarebbero il contributo che la Provincia autonoma dà per il risanamento delle finanze statali, solo che vuole contribuirvi senza che venga intaccato il sistema dei finanziamenti dello Stato inserito nel dettato costituzionale. Intanto però a livello tecnico il dato certo è che la Provincia non partecipa al fondo perequativo nazionale, secondo, non subisce alcuna riduzione dei flussi di finanziamento e riesce ad esentare un buon 20% del suo bilancio dall'inasprimento dei vincoli del patto di stabilità interno. È tutto lecito, però allora è sbagliata la frase per cui si dice che vuole essere compartecipe, con il buco che esiste, a livello delle casse statali. Ciò che stride sono proprio quei 20 milioni accantonati a scopo preventivo in vista di nuove competenze che lo Stato dovrebbe trasferire, perché questo si è riusciti a fare con gli incontri romani: si camuffa la possibilità di partecipare alle esigenze delle casse statali, avendo però 20 milioni di euro accantonati in non si sa in quale voce di bilancio. Oltretutto non si conosce l'entità dei trasferimenti perché bisognerà vedere quante sono le deleghe e quanto sarà la delega finanziaria, non si conosce il periodo in cui questi trasferimenti dallo Stato arriveranno in Provincia e non si sa nel frattempo quale sarà il ruolo che avranno i 20 milioni di euro.

Ha ragione il collega Heiss che nella sua relazione di minoranza paventa un possibile futuro utilizzo discrezionale dei 20 milioni di euro da parte della Giunta, con una evidente difficoltà di controllo da parte del Consiglio provinciale. E tutto questo stride nella definizione del concorso per il riequilibrio della finanza pubblica statale. È un atteggiamento lecito, fa parte di una constatazione che la Provincia autonoma ha avuto con lo Stato, ma che non si dica che questo è il concorso della Provincia al riequilibrio delle finanze pubbliche, questo accantonamento dei 20 milioni di euro!

L'altro settore di spesa vincolato fa riferimento alla finanza locale, il finanziamento dei comuni con quasi 60 milioni di euro. Anche su questo settore c'è bisogno di chiarezza. Secondo la legge spetta alla Provincia l'onere del finanziamento dei comuni. Sempre la legge dice che la Provincia assegna ai comuni idonei finanziamenti alla stregua di quanto previsto dallo Statuto. Il legislatore, assessore, parla di "idonei finanziamenti", quindi significa che essi non vengono predeterminati in modo preciso, ma la dotazione di questi finanziamenti, la ripartizione di questi fondi avviene a seguito di trattative fra il presidente della Giunta provinciale e una delegazione dei comuni, la legge dice "adeguata alla consistenza dei gruppi linguistici, visto l'ultimo censimento provinciale". I fondi di finanziamento stabiliti per legge sono quattro: il fondo ordinario per le spese correnti

- quindi una quota pro capite moltiplicato per il numero dei residenti - il fondo per investimenti, quindi opere e servizi pubblici, il fondo ammortamento mutui e il fondo perequativo, quello che serve per attenuare o rimuovere squilibri di finanziamento della spesa corrente. La legge però non detta i sistemi per la determinazione e la distribuzione dei fondi, per cui la Provincia agisce con grande discrezionalità.

Esistono poi tutta una serie di norme minori che regolano ulteriori trasferimenti ai comuni. Allargando l'analisi a 360 gradi, alla voce "trasferimenti in generale" si trova un'ulteriore difficoltà. Constatato che la stragrande maggioranza dei trasferimenti ai comuni proviene dalla Provincia, se qualcuno volesse osservare l'incidenza di questo onere sul bilancio provinciale, sarebbe di grande complessità, poiché non tutti i trasferimenti ai comuni sono immediatamente desumibili dal bilancio stesso. Il bilancio in effetti prevede una specifica sezione per le spese destinate alla finanza locale, ma gli altri trasferimenti ai Comuni, sia correnti che in conto capitale, vengono iscritti in altre sezioni di spesa del bilancio provinciale, riguardano l'istruzione, la cultura, i contributi nel campo sociale, difesa e sicurezza pubblica, protezione civile, lavori pubblici. Chiedo se anche all'assessore risulta questo tipo di procedimento sui trasferimenti in senso generale. Tutto ciò peraltro fa parte di analisi svolte qualche tempo fa e che hanno effettivamente dimostrato queste difficoltà.

Limitando l'analisi alla sezione "finanza locale" vorremmo chiedere se l'assessore è in grado di dirci qual è il trend degli ultimi anni, come si è svolto il procedimento ai comuni, che linea di tendenza c'è, se l'impegno a carico del bilancio provinciale nei confronti degli enti locali aumenta o diminuisce e in quali proporzioni. Un'altra delle questioni poste in merito ai trasferimenti dei comuni, specie in questo studio che ho menzionato prima, è quella di capire se essi vengono effettuati in base a criteri effettivi e trasparenti, oppure se le valutazioni non possono subire qualche influsso particolare, perché c'è davvero il rischio che mancando criteri non solo nella disponibilità ma anche nell'elargire trasferimenti, è evidente che la paura di un posizionamento politico nell'elargire finanziamenti è lampante. Uno dei parametri è quello che si basa sul numero di abitanti, quindi comuni con lo stesso numero di abitanti dovrebbero ricevere trasferimenti di importo simile, ma pare che così non sia. Allora la domanda è: quali sono, se ci sono, le variabili dei singoli comuni affinché si definisca l'importo di trasferimento? Per intenderci, se Renon, come numero di abitanti, come morfologia è pari a quella di Fortezza, cosa fa sì che Renon prenda di più o di meno nei confronti di Fortezza? Da informazioni in nostro possesso sembra che comuni simili, di dimensioni abitative simili, di livello qualitativo simile, di struttura economica e sociale simile si differenzino tra loro anche nell'ordine del 60-70% per quanto riguarda i trasferimenti. In cinque comuni uguali fra loro o simili i trasferimenti sono totalmente diversi. Dipenderà da

qualcosa! Esiste un elemento di consultazione da cui trarre una sorta di logica dei trasferimenti? I trasferimenti dati ai comuni seguono dei parametri precisi? È vero che non esistono differenze nel momento in cui si fanno trasferimenti per investimenti o per altri motivi? Eppure da questo studio vediamo una differenza abbastanza evidente da comune a comune! Questi sono i due settori più rilevanti di spesa vincolati.

Rimangono liberi 114 milioni di euro e, da quanto abbiamo potuto rilevare, quasi 23 milioni sono stanziati per la formazione, 5 milioni per la promozione della ricerca, 13 milioni circa per un convitto universitario, 4 milioni per le scuole professionali, 20 milioni per sanità e sociale, 18,5 milioni per trasporti, 10 milioni per strade e infrastrutture, 6,4 per la cultura - una parte per le commemorazioni del 2009 -infine alcuni storni compensativi di spesa.

A questo proposito vi sono delle considerazioni da fare, che citerò velocemente. Questione delle risorse umane: 1.225 mila euro in più del 2006. Ci sono 698 mila euro in più della previsione fatta sei mesi fa. “Funzionamento della formazione della scuola in lingua tedesca”: 1.778 mila euro in più del 2006, più 1 milione e 85 mila euro della previsione fatta 6 mesi fa. “Studi, università e ricerca scientifica”: 300 mila euro in più del 2006, più altri 150 mila euro rispetto a sei mesi fa per lo studio teologico di Bressanone. Ma che studiano questi per avere un miliardo in più quasi nel giro di sei mesi? “Diritto allo studio”: quasi 2 milioni in più rispetto al 2006 e 921 mila euro in più rispetto a sei mesi fa, differenza enorme. “Assistenza scolastica in lingua tedesca e ladina” 4.150 mila euro più del 2006, nessuna voce nel 2006 ma altri 500 mila in variazione in confronto a sei mesi fa. Subito dopo – ma questo lo dico tanto per dire – diminuzione nella scuola italiana. Ancora “strutture e attrezzature della scuola tedesca” tolti a previsione di spesa nel 2007, in sei mesi tornano 400 mila euro. “Strutture per alloggi e convitti” previsione di spesa 9 milioni 300 mila, in sei mesi 12 milioni e 300 in più, perché probabilmente ci sarà un convitto da costruire, ma non so dove e come. “Ricerca scientifica universitaria” nulla a previsione, ora ci sono 5 milioni di euro in differenza di sei mesi. “Apprendistato e qualificazione professionale” tolti 315 mila euro, tolti anche all’”Attività culturale biblioteca audiovisivi in lingua italiana” 115 mila euro, e invece su due voci per strutture per servizi giovani in lingua tedesca più 1 milione e 600 mila, anche qui un buon ripensamento dopo sei mesi, quasi quattro miliardi di vecchie lire in più. “Previdenze per gli invalidi”: meno 300 mila euro in confronto alla previsione di sei mesi fa, infine 100 mila euro in meno nel settore “Strutture per formazione delle famiglie”. In queste sintetiche note colpisce questo incontenibile sbalzo fra la previsione di spesa del 2007 fatta a dicembre e dopo poco tempo la variazione susseguente, quindi numeri alla mano questa grande differenza salta all’occhio nella disponibilità della distribuzione di fondi. Il ragionamento che segue

porta a due considerazioni di fondo: o le previsioni di sei mesi fa erano profondamente scollegate rispetto alle esigenze effettive che avete riscontrato dopo sei mesi, oppure il “tesoretto” locale a disposizione è stato davvero un regalo inaspettato, quindi coloro che affermavano che si è avuto più denaro a disposizione di quello che si poteva spendere non hanno sbagliato di molto. Sembra quasi che ricevuto in eredità questo gruzzolo consistente, ci si sia trovati nella necessità di doverlo sistemare in qualche modo e in qualche capitolo, magari anche laddove non era necessario, perché obbligatorio era collocare questa retribuzione in parte inaspettata. Forse sono solo supposizioni, certo che i numeri non ingannano, e quello che è scritto è chiaro.

Ci sono altre voci che avrebbero bisogno di ulteriori approfondimenti, ad esempio i quasi quattro milioni di euro per interventi montani, i 26 milioni di euro circa fra opere immobiliari, commercio e servizi, turismo ed interventi per l'economia. Per quest'ultima voce abbiamo perso il conto, perché passa tutto e il contrario di tutto! Ma ciò vale non solo per gli interventi sull'economia, ma anche per l'innovazione, per la ricerca. E a tale proposito, sempre nell'ottica dello sviluppo dell'economia locale, si è posto il grosso nodo del modello che ha assunto l'Amministrazione provinciale negli ultimi anni: oltre 50 società od enti sono completamente o parzialmente in mano alla Provincia, che è proprietaria di un hotel, comproprietaria di una banca, sviluppa interessi nel settore Internet, telefonia, produce utili nel settore elettrico e in quello del gas. A questo proposito vorremmo alcune delucidazioni sul disegno di legge attuale. Nel settore “Servizi finanziari e riserve” sono stati stanziati quasi 23 milioni, comprendenti anche i debiti per i prestiti della SEL. Ma perché questa non doveva essere una competenza della SEL? Perché se la SEL fosse una società che non produce degli utili, forse avrebbe ragione la Provincia, ma essendo la SEL una S.p.A. a tutti gli effetti, che lavora su un mercato concorrenziale e che comunque subisce una sorta di appoggio incondizionato, per rimanere in piedi e vivere in un mercato concorrenziale come l'energia, dovrebbe tentare per lo meno una sorta di autogestione.

Un'altra curiosità, assessore, che ho letto sui quotidiani qualche giorno fa: progetto V.o.l.p.e. Il progetto di costruzione di un'auto con la partecipazione della Provincia, dai caratteri rivoluzionari sullo stile della Smart. A parte che già circolano tali mezzi, vorremmo sapere perché tale iniziativa da parte della Provincia, tanto più che mi sembra che l'esperienza Smart non sia stata così entusiasmante. La casa automobilistica infatti, su quattro linee di produzione ne ha chiuse tre. Allora qual è il significato di tale progetto, di un progetto “V.o.l.p.e.” con allegata società, alla quale la Provincia partecipa oggi con 5 mila euro, alla quale dovrebbe intervenire però con una prima trince di 10 milioni di euro, che forse arriveranno a 20 milioni. Costruire in Cina, assemblare in Veneto e poi incominciare la vendita e la

distribuzione vera e propria magari in tutto il territorio nazionale, questo stride un po' nei confronti di una richiesta delle imprese locali, stride anche nell'atteggiamento di un ente pubblico, che è spudoratamente commerciale, seppur legittimo! Però in un'aula costituzionale dove il bene è considerato pubblico, queste domande all'assessore sono legittime.

Tornando alla Provincia come modello imprenditoriale, da ricordare ci sono l'Agenzia "Casa Clima" che vende in tutto il territorio nazionale il proprio know out, il settore immobiliare dove opera una società controllata dalla Provincia stessa. C'è il rischio che noi come Alleanza Nazionale avevamo intravisto, che queste società diventino troppo indipendenti e quindi difficili da controllare, ma non solo per una parte di cittadini, in questo caso i consiglieri provinciali di opposizione, ma difficili da controllare per tutti, perché credo che questo tipo di atteggiamento possa dare uno spazio infinito a questo tipo di imprese "pubbliche".

Molto spesso inoltre diverse di queste società si sono discostate dai loro obiettivi primari. Poi esiste tutta quella giungla di società controllate, per esempio la SEL che a sua volta partecipa in 18 società controllate, la STA, Strutture Trasporto, che oltre a partecipazioni ha anche quote capitali in Air Alps. Infine i costi altissimi dei vari consigli di amministrazione. Anche qui ho voluto essere abbastanza veloce e sintetico, ed era uno degli altri motivi per cui ieri tutta l'opposizione ha fatto una serie di richieste per le società provinciali, dove il capitale della Provincia è maggioritario, per quelle società in cui la Provincia vi partecipa seppur con un capitale che non supera il 50%. È una garanzia che non va solo a favore dei consiglieri di opposizione che sono lì apposta ad aspettare che la maggioranza metta un piede in fallo, la nostra paura è che scappi di mano a tutti il controllo trasparente di queste società e la possibilità di una gestione seppure, secondo noi, un po' troppo spinta sotto la forma pubblica, ma che comunque ci sia il pericolo che anche da parte del pubblico questo controllo inizi a diventare difficoltoso per tutta la cittadinanza. È chiaro che si pone il problema dell'utilizzo del denaro pubblico dei contribuenti, del vantaggio che possono portare tali società non solo sul versante economico, ma anche per quanto riguarda le ripercussioni sul tessuto sociale, civile della popolazione tutta dell'Alto Adige. Oppure il problema della considerazione dell'opportunità della Provincia imprenditrice, forse anche concorrenziale, magari con percorsi preferenziali nei confronti di un'economia rappresentata da aziende non sponsorizzate, o per lo meno non così tanto come lo sono quelle pubbliche. Si pone il problema dei vari organi sociali, dei costi in aumento, dell'Irap, della produzione, dell'insediamento di imprese che devono convivere in un mercato che per loro è davvero concorrenziale e non sostenuto a priori, con un ulteriore problema a monte. Nel bilancio di previsione del 2007 l'assessore faceva riferimento ad alcune difficoltà, e le elenca: una diminuzione dei fondi europei, il contenimento della spesa

pubblica, una diminuzione nelle assegnazioni dello Stato, gli obblighi del patto di stabilità, il documento di programmazione economica-finanziaria, il cuneo fiscale, la finanziaria statale e le sue incertezze. Nel bilancio preventivo si fece un quadro globale di “preallarme” dicemmo noi, ma subito affermammo che si trattava forse più che altro di un elemento giustificativo, di sfogo, laddove il bilancio preventivo potesse apparire impopolare. E poi quella frase bizzarra: bilancio preventivo 2007. Si registra un positivo incremento per le previsioni delle entrate tributarie. Ricordo che nel capitolo entrate nel bilancio di previsione 2007 si affidava alle entrate tributarie ben il 72% dell'intero importo. Questo positivo incremento di entrate tributarie è stato ribadito anche adesso. Sarà certamente positivo per l'ente Provincia, ma esiste anche l'altra faccia della medaglia. Bisognerebbe poi chiedere ai cittadini, visto il maggior carico fiscale, o le imprese, e i riferimenti relativi alle difficoltà delle imprese c'erano allora come c'è anche oggi. Lo stato di sofferenza delle imprese non è cambiato. E qui ritorna il vecchio ritornello dell'Irap. Da anni le imprese altoatesine chiedono una riduzione dell'imposta. Si parlava della riduzione di un punto, circa 90 milioni di euro in meno di incasso per la Provincia, un punto in meno si diceva per evitare il rischio di una delocalizzazione fiscale, ma questo pericolo è reale ancora adesso. La tassazione sulle società in Italia non solo era fuori misura prima, ma si è addirittura inasprita. La situazione economica che vive autogestita, non quella sponsorizzata dal pubblico o addirittura appartenente in gran parte al pubblico, quella che si fa da sé, è in un grosso stato di sofferenza. Guardiamo solo le polemiche ultime che ci sono state, nazionali, sugli stili di settore e la rivolta delle aziende, al di là del fatto che questo è un percorso tipico del Governo di centrosinistra che peraltro non se la prende solo con le aziende, ma anche con i dipendenti e i pensionati Inpdap facendo quello scherzo che conoscete tutti del prelievo dalla busta paga o dalla pensione senza che sia stato poi trasmesso ai dipendenti o ai pensionati Inpdap. Da una pubblicazione proprio della Provincia ho letto poco tempo fa che la pressione fiscale in Austria è minore, quindi gli imprenditori davvero ripiegano verso un territorio con imposizione fiscale più bassa. Ci si sposta dove conviene, qualche nome lo abbiamo: Loaker, Durst, Rubner, Microtek, quindi un certo ragionamento va fatto. Ecco perché ho menzionato quel progetto “V.o.l.p.e.”, perché stridono se è vero, assessore, questi 10 milioni di euro, che forse arriveranno a 20 milioni, nei confronti delle opportunità che questa Provincia potrebbe suggerire. Probabilmente Lei mi risponderà che gli aiuti alle imprese ci sono sempre stati e ci saranno ancora, ma forse quei 20 milioni di euro del progetto V.o.l.p.e. servirebbero più qui, seppur siamo in una fase contributiva al massimo.

Questo malessere degli imprenditori è sempre bene esposto, forse anche e non solo per il peso imprenditoriale della stessa Provincia nel variegato panorama

economico locale. Forse è proprio vero: troppa mano pubblica nel mondo economico, con le inevitabili ricadute in termini di aumento con le spese di bilancio. Ecco allora che in questi tempi di “secche”, e non diciamo solo noi - ho letto tutti i comunicati che la Provincia pubblica quando fate gli incontri romani, leggo anche gli incontri a Vienna e in tutto il resto degli Stati europei - per le attività private la riduzione di mezzo punto dell'Irap appare davvero insufficiente, proprio alla luce delle mancate entrate in virtù dell'appesantimento del gettito fiscale! Allora noi abbiamo pensato che nel momento in cui c'è un'entrata aumentata del gettito fiscale, dove sta il problema della riduzione di un punto intero dell'Irap? Noi ribadiamo con fermezza la necessità di una riduzione di un punto intero. Lo chiedemmo nel bilancio di previsione e lo chiediamo oggi, assieme ad un'altra richiesta che riguarda la pianificazione del territorio attraverso una particolare e precisa legislazione urbanistica che è stata fatta ma che non ci ha trovati d'accordo, attraverso una sana e perché no, chiedemmo noi a quel tempo, rigida regolamentazione contributiva, attraverso interventi che creassero davvero nuovi terreni competitivi e attrattivi per le imprese. Curioso - anche qui ci sono una serie di manifestazioni verbali e non riesco a capire se magari non sia io fuori strada - è vedere come si è arrivati alla sia pur parziale riduzione dell'Irap. In sintesi il discorso è stato: si riduce l'Irap solo se questa riduzione è collegata ad un pacchetto socio-sanitario. Ma cosa c'entra la riduzione dell'Irap per le imprese con il pacchetto socio-sanitario? Qual è il collegamento fra i due comparti? Il costante aumento del fabbisogno assistenziale, più precisamente l'assistenza ai non autosufficienti in seno alle famiglie stesse. Si è capito che vi è stata una sorta di trasferimento dal carattere, dal significato prettamente politico, da un comparto ad un altro che per definizione non hanno assolutamente niente in comune. In breve: si abbassa l'Irap se ciò può contribuire a compensare parte della spesa per l'assicurazione contro i rischi della non autosufficienza. Questo è quello che è parso a me durante gli incontri che abbiamo avuto. Fatti due conti, specie quelli sull'opportunità o meno di tassare ulteriormente i cittadini, perché quella tassa io vorrei ricordare che era suddivisa in tre fasce: 90 euro, 180 e 270 euro, a seconda del reddito. Una famiglia media altoatesina - marito, moglie e due figli - avrebbe dovuto pagare circa 800 euro all'anno, che sono quasi il 70% di uno stipendio medio. A quel punto succedeva - ecco dove non andava bene questo tipo di assicurazione contro i rischi della non autosufficienza - che avrebbe dovuto pagare 800 euro quella famiglia chiamata ad esempio, avendo in casa magari il pensionato o la persona non autosufficiente, il quale veniva comunque a sua volta tassato, ma doveva anche curarselo, dato che era in casa. Perché si è deciso questo articolato meccanismo del tipo: io do qualcosa a te e tu dai qualcosa a me, dove sta il trade union tra i due comparti? Questo ragionamento mi sembra un po' spericolato. È come se dovessi decidere di andare a contrattazione su tutto ciò che è il sociale, su



tutto ciò che fa parte di un welfare, ambiente, sanità, che secondo me sono i comparti che dovrebbero stare per conto loro, dove, seppur con un certo discorso i profitti e perdite, il ragionamento non deve essere essenzialmente economico nel senso: quanto mi rendono e quanto mi costano, e basta. Credo che sia un meccanismo per cui la politica forse, in senso amministrativo e di governo del territorio, è così, sta di fatto che io personalmente ero un po' imbarazzato, quindi volevo chiedere come è andata questa cosa. Viste le disponibilità provinciali, le entrate tributarie consolidate, visto lo scampato pericolo della riduzione dei flussi nazionali, anche lì questi 20 milioni di euro dove verranno parcheggiati? Quando voi sarete sicuri di ricevere queste competenze che Roma vi delegherà? Che tipo di competenze riuscirete a spuntare? Che tipo di delega finanziaria avrete per esempio sulle Poste o sul personale delle Poste? Quanto poi potrà incidere realmente sui bilanci provinciali? Non vorrei che accadesse che al di là di una certa contrattazione e stabilito quanto è il trasferimento e la delega finanziaria, la gestione in loco si rivelasse molto più onerosa che non quella ottenuta con la delega romana.

C'è un passaggio in cui non riusciamo a capire dove sono parcheggiati questi contributi europei e quanti sono, e per cosa potranno servire. Credo che un po' più di coraggio istituzionale non sarebbe stato vano. Forse non solo in questo campo, ma anche in altri, manovre di sostegno più consone ai principi riformisti espressi anche nella relazione del presidente della Giunta provinciale a dicembre avrebbero giovato di più. Con questa manovra finanziaria vi è stata una sorta di blindatura metodologica. Gli unici rilievi che possiamo fare sono questi dei 20 milioni di euro, gli altri sono quelli che abbiamo menzionato e che riguardano il territorio montano, gli investimenti sulla cultura, gli investimenti sui nuovi convitti. È difficile riuscire poi ad entrare completamente nello specifico. Certo è che compreso il grosso problema che esiste sulle società della Provincia, sulla Provincia imprenditrice, quando andiamo poi a leggere i numeri si vede che un conto sono le dichiarazioni che vengono fatte prima della stesura del bilancio, un conto sono i propositi di riformismo che vengono fatti all'interno della Giunta provinciale, un altro conto sono poi i reali problemi che andiamo a trovare all'interno del bilancio stesso.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

**ROSA THALER ZELGER**

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENTIN:** Das Wort hat der Abgeordnete Seppi, bitte.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Ieri sono intervenuto per una ventina di minuti. Volevo chiedere al presidente della Giunta provinciale una cosa. Lei conosce bene, meglio di noi la conosce il presidente del Consiglio che in questo momento è assente, la storia di Pinocchio, ma è internazionale, non occorre essere toscani per conoscere le fiabe di Collodo. Lei sa benissimo che c'era il gatto e la V.o.l.p.e. che si fecero dare i soldi da Pinocchio, li seppellirono sotto terra raccontando la favola che poi sarebbe cresciuto un albero che faceva soldi. Qua la V.o.l.p.e. c'è, c'è una società che si chiama "V.o.l.p.e." con 5000 euro di S.r.l. il gatto non facciamo fatica a trovarlo, perché Lei di gatti selvatici se ne intende molto bene, bisogna capire chi è Pinocchio, perché dalla lunghezza del naso non riusciamo ad identificarlo. Potremmo cercare di interpretare, ma di Pinocchio nella favola ce n'era uno solo, non 35. Adesso la collega Kury non deve pensare di essere la fata dai capelli turchini, io farò il massimo sforzo per considerarla così, ma faccio fatica. Ma neanche Lei con la sua bacchetta magica riuscirà a tirarci fuori da questa situazione. Presidente, esiste in ognuno di noi una certa indole. Capisco che Lei fa politica e avrebbe potuto fare tranquillamente l'imprenditore, capisco che se Lei fosse alla Fiat avrebbe volentieri presentato la nuova Fiat 500 al posto del presidente della Fiat stessa e colui che l'ha progettata, ma vedere questi 10 milioni sepolti sotto terra e raccontati a Pinocchio come gli alberi che faranno frutti, non ci vedo una grande possibilità. Certamente Pinocchio la vedeva, ed è finito insieme agli asini a giocare al circo. Allora il problema vorrei inquadrarlo in questo modo. Pensavo che facendo politica avrei trovato dei politici che stanno attenti al sociale, che stanno attenti ai problemi, che non intervengono su troppe case agli extracomunitari solo quando ormai abbiamo sollecitato perfino le montagne per farglielo capire, invece mi trovo di fronte ad un consiglio di amministrazione della Fiat. Ne prendo atto, c'è anche l'appoggio del sindacalista! Meglio di così non possiamo trovarci. Signor presidente, io penso che 10 milioni di raccolta tributaria spesi per costruire una macchina in Cina e per farla assemblare in Friuli non sia una cosa a cui possiamo dare il nostro consenso! Io sono all'opposizione, devo fare il mio lavoro, se mi metto in lista alle prossime comunali con la SVP, date anche a me dieci milioni di euro? Perché allora una società da 5 mila euro me la invento anch'io, mi invento pure i cioccolatini della Nestlé che andremo a produrre in Cina e magari li confezioniamo a Gorizia! Le va bene? Signor presidente, noi dobbiamo essere un po' più attenti a queste cose, perché io l'ho detta scherzando, però ritengo che sia pesante questa Sua decisione, perché noi non vogliamo una Provincia che produca macchine e che sia compartecipe ad utili lontani nel tempo e forse mai possibili. Non possiamo prendere 10 milioni dei contribuenti e spenderli per andare a dare lavoro ai cinesi o ai veneti che devono assemblarle. Ritengo che questa sia una decisione davvero pesante, alla quale non sono solo io contrario, ma lo è il collega Sigismondi che l'ha appena detto, lo è il

collega Pasquali, la collega Kury sicuramente, ma ancora di più lo sono ambienti anche della SVP. Quando parliamo di energia della SEL abbiamo già una situazione poco chiara, ma abbiamo una diretta, intelligente presa di posizione politica autarchica che vuole addivenire alla possibilità di essere produttrice di materia prima quale è l'energia elettrica e di crearsi l'autosufficienza autarchica che è di ventennale memoria. Questo non mi trova del tutto contrario, anche se quella volta i confini dell'autarchia arrivavano da Pantelleria al Brennero e adesso Lei li comprende da Salorno al Brennero, però anche il peso politico è in proporzione all'area agevolata. Quella della SEL è una decisione difficile, però in qualche modo gliela abbiamo lasciata passare, ma che noi dobbiamo andare a produrre automobili elettriche in Cina quando non sappiamo quale sarà in futuro di questa situazione, comportandoci con soldi pubblici come un investitore privato, non ci sto. Ritengo che questa decisione non sia nemmeno legittima dal punto di vista giuridico, perché la Provincia non può assolutamente entrare in società con un privato che intende produrre al di fuori della provincia di Bolzano delle automobili. Allora mettiamoci in società con le Acciaierie, con la Iveco, facciamolo con aziende che comunque il fatturato ce l'hanno consolidato, se vogliamo trasformare la Provincia con i soldi dei cittadini contribuenti in una S.p.a., in una S.r.l. o comunque in una società che ci dia la possibilità di proiettarci nel futuro in maniera autarchica.

Finito il progetto "V.o.l.p.e.", ancora da chiarire è chi è il gatto e chi è Pinocchio, perché dalla lunghezza del naso non identificabile, vorrei passare ad un altro argomento. Vorrei parlarLe di una cosa, Presidente, e lo faccio ufficialmente perché, a meno che non glielo abbia detto il collega Baumgartner, Lei non ne è a conoscenza. Noi abbiamo permesso con l'assessorato all'edilizia sociale, senza avvertirLa mai, che la Questura concedesse il ricongiungimento delle famiglie di extracomunitari che qui lavorano, sulla base di superfici di appartamento dichiarate, che se erano ritenute consone dalla Questura, non lo erano per l'Ipes, creando una condizione immediata di sovraffollamento per la famiglia dei ricongiunti e del richiedente. Questo perché essendo la legge applicata dalla Questura una legge del Ministero, che stabilisce testualmente che *"l'appartamento ritenuto consono al ricongiungimento con i familiari dell'extracomunitario deve essere considerato consono dalla Regione - e quindi dalla Provincia nel nostro caso - in cui questo viene applicato* - perché giustamente il Governo si è accorto che ciò che è superficie consona in Calabria non è detto che lo sia in Friuli o in Lazio. Di conseguenza lascia spazio alle Questure di muoversi entro un determinato spazio che la legge regionale prevede. E mi spiego: se un extracomunitario dichiarava di avere una moglie a casa in Marocco e due figli, e se uno di questi figli era minore di 18 anni, venivano sì applicate le stesse tabelle dell'edilizia sociale, ma con un bonus di 10 m<sup>2</sup> in meno. Per farla breve: per due persone sono previsti 38 metri, per le prossime persone sono

previsti dieci metri in più, quindi se per l'Ipes era necessaria una superficie di 58 m<sup>2</sup> per avere un alloggio considerato consono, per la Questura ne bastavano 48, sempre che uno dei figli avesse meno di 18 anni. Normalmente ne hanno meno tutti e due, però il bonus è riferito solo ad un figlio. La Questura quindi dice che le sta bene l'appartamento di metri 48 che l'extracomunitario ha preso in affitto l'altro ieri per il ricongiungimento, l'Ipes dice che quell'alloggio è sovraffollato. Così facendo noi abbiamo, con tutti i ricongiungimenti familiari ottenuti dagli extracomunitari, ed è un danno pazzesco, acconsentito che la Questura concedesse il ricongiungimento, creando le condizioni per cui questa famiglia venuta in Italia in quell'alloggio si trovasse già in una situazione di sovraffollamento. Passati tre anni aveva la possibilità di ottenere addirittura altri punti in più rispetto alla nostra popolazione per avere un alloggio sociale. Sono andato io in Questura a vedere qual è l'iter, quali tabelle sono applicate e quando ho telefonato ai competenti assessorati, mi è stato risposto: va bene, faremo un vertice con la Questura. No, presidente, così non si può procedere! Noi abbiamo nostre famiglie che sono sulla strada, che sono in cerca di una casa da anni, e non si tratta di italiani, tedeschi o ladini, si tratta di popolazione dell'Alto Adige che lavora nelle fabbriche, che fa il muratore, che fa l'operaio, ciò che fa chiunque operi all'interno della società, ciò che fa una persona che sa cosa vuol dire togliersi il sudore dalla fronte. Ebbene queste persone si sono viste sorpassare in classifica sulla base di questa incongruenza che dura da anni e di cui nessuno si è accorto fino a quando io non sono andato in Questura a chiedere spiegazioni! È possibile gestire decine di milioni di euro di alloggi sociali in questa maniera, non avendo nemmeno un semplice binario di accordo, una semplice telefonata dopo anni e anni in cui la Questura concede il ricongiungimento e l'edilizia sociale?

Signor presidente, un altro problema. Su qualsiasi modulo che prevede la richiesta di un permesso di soggiorno per un extracomunitario, che noi rispettiamo fino in fondo fino a quando lavora, c'è scritto chiaramente che il datore di lavoro si impegna ad assumerlo con queste mansioni, a dargli uno stipendio con queste cifre, a porlo nelle condizioni di operare in quella specifica officina, fabbrica o frutteto, e poi c'è scritto dove lo deve sistemare, perché l'alloggio per legge è a carico del datore di lavoro. Senza alloggio non è consentito il permesso di soggiorno! Noi in provincia di Bolzano tramite l'Istituto edilizia sociale abbiamo costruito circa 500 camere in case albergo. Ce ne sono al Bivio di Merano, all'ex albergo "Tre Gobbi", a Merano. Ci sono circa 500/600, ce ne possono essere anche in numero maggiore, perché alcuni sono mini appartamenti, altri sono stanze con due letti, posti letto per lavoratori. Mi sono fatto dare il modulo che deve compilare l'extracomunitario che deve avere il posto in una casa albergo, e lì c'è scritto dove lavora, perché senza lavoro l'Ipes non dà l'alloggio nella casa albergo. Quindi si chiede nome e cognome

del datore di lavoro. Ma se la legge prevede che l'alloggio deve darglielo il datore di lavoro, l'Ipes deve solo dire al richiedente che non può dargli l'alloggio, che glielo deve dare colui che l'ha assunto, non l'Ipes che deve risolvere non i problemi dei datori di lavoro, ma della società nel suo insieme, e se c'è qualcuno che deve risolvere i suoi problemi, non se ne deve accollare l'Ipes! Nelle condizioni dove infermieri, guardie carcerarie, poliziotti per non dire vigili del fuoco, dove operai che giungono dalla Germania o dall'Italia e da qualsiasi altro paese comunitario, non hanno diritto ad avere una stanza dall'Ipes, l'extracomunitario ha diritto! Ma non è vero, l'extracomunitario ha diritto di avere un alloggio, ed è giusto, ma non deve essere l'Ipes a darglielo, deve essere il datore di lavoro! Ma vogliamo affrontarli questi problemi? Abbiamo gente che lavora a Bolzano nella scuola, nel campo della sanità, della pubblica sicurezza, che è senza una camera, e dobbiamo andare a dare una camera a chi dovrebbe farsela dare da qualcun altro? Non ce l'ho con l'extracomunitario! Ha gli stessi diritti degli altri quando lavora, ma se deve avere la stanza dal datore di lavoro, non ho capito perché debba dargliela l'Ipes. Queste domande sono rimaste per anni senza risposta, e noi vogliamo una risposta, perché alle guardie carcerarie, a chi lavora nella scuola, agli infermieri, che giungano da Monaco come da Vercelli, dobbiamo dare una risposta! Abbiamo assegnato case, case-albergo e posti letto a chi aveva il dovere di farseli dare da qualcun altro. Certo che loro la chiedono, la chiederei anch'io al posto loro, ma nel momento in cui, se io avessi un padre impresario edile con 100 appartamenti e l'Ipes mi dicesse che in base al mio reddito sarei in diritto di averlo, ma siccome mio padre è un impresario non ne ho diritto, devo farmelo dare da lui, nello stesso identico modo non ho capito perché a questa gente non gli si dice: fattelo dare dal datore di lavoro. Non esiste una sola lettera raccomandata in cui l'Ipes scrive a quel datore di lavoro che è stato dichiarato tale dal richiedente quell'alloggio, nella quale si dice: "Amico mio, l'alloggio devi darglielo tu, non possiamo darglielo noi."

Penso che questo non sia il modo di gestire la cosa pubblica, ma nemmeno la cosa sociale, perché noi siamo nella condizione di dire che tutti devono godere dei propri diritti, ma i diritti che ognuno di noi ha devono essere corrisposti da chi ha il dovere di corrisponderli. Non possiamo fare patire delle persone che avrebbero diritti ai quali noi dobbiamo rispondere. Non diamo il letto all'infermiera, per non meglio dire alla guardia carceraria o/e qualcun altro, a cui noi dovremmo dare una camera, perché non ha diritto di averla dal datore di lavoro, e mettiamo nelle case che abbiamo costruito persone che avrebbero il dovere di farsele dare da qualcun altro! Io sono rimasto allibito da questo, e sono comunque contento della Sua reazione, perché questa è una posizione che dobbiamo prendere immediatamente. Non possiamo proseguire con una gestione clientelare delle case Ipes!

Noi siamo una delle province con il più alto numero di dipendenti pubblici d'Italia, abbiamo più dipendenti pubblici che operai in fabbrica. Tutte le aziende si lamentano perché non riusciamo ad avere impiegati da assumere nelle nostre aziende. Avevamo promesso, o meglio, la Giunta aveva promesso, io non posso promettere nulla, che ci sarebbe stata nel tempo una diminuzione non drastica, senza licenziare nessuno, che man mano che una persona andava in pensione si sarebbe cercato di non sostituirla. A me non risulta che si sia fatto questo, 17.688,50 unità dipendenti, invece di ridurre aumentiamo l'organico di 90 unità a tempo pieno per coprire l'aumentato fabbisogno di personale amministrativo generale e di personale docente equiparato in ogni scuola di ordine e grado. È vero che abbiamo aumentato le competenze, è altrettanto vero che ci siamo assunti tutti i dipendenti della Regione che facevano quelle competenze delegate a cui oggi dobbiamo fare riferimento, i dipendenti del Tavolare e del Catasto sono dipendenti provinciali, non credo si riferisca più ai dipendenti dell'Anas, ma noi abbiamo bisogno di assumere altre 90 persone per far cosa? 17.718,50 sono le persone poste in previsione con il primo settembre, quindi avremo 17.719 dipendenti provinciali! In un clima di questa natura, gli uffici della Provincia li giriamo tutti e devo dire che se fossero tutti come in questo palazzo avremmo da essere tutti felici, ma non è così, come dappertutto c'è chi fa tanto e c'è chi fa poco, ma siamo convinti che un pochino di razionalità in più, di migliore organizzazione potrebbe portare ad una diminuzione lenta ma inesorabile dell'organico senza per questo far patire nessun problema al cittadino. Anch'io rimango quindi allibito sulla questione del personale.

Signor presidente, entro settembre dovrebbe rispondere all'Associazione Nazionale Alpini se vuole farci fare o meno questa manifestazione a Bolzano. Quel tentativo di porla in contrasto con bicentenario di Andreas Hofer è solo strumentale. So che i cittadini di Bolzano non si sentono, quando sono italiani, così chiamati a raccolta, così idealmente congiunti in spiritualità per i 200 anni di Andreas Hofer, però non hanno nulla contro Andreas Hofer che ha dimostrato di essere un grande eroe combattendo contro Napoleone, non contro gli italiani, ma non ho capito perché dovrebbe esserci una ragione di contrasto tra le due manifestazioni. Penso che Andreas Hofer vada celebrato nei modi e nei termini in cui la cittadinanza di madrelingua tedesca ritiene di doverlo fare nel migliore dei modi e con la massima solidarietà se non partecipazione - adesso non chiedetemi troppo - da parte del gruppo linguistico italiano, ma non ho capito perché per la stessa ragione a mesi di distanza non possa esserci l'adunata degli Alpini. Su questo avrei veramente delle considerazioni da fare, perché non c'è stato un momento della mia vita, sono nato e vissuto a Bolzano, in cui ho visto una collaborazione, un senso di unità di spiriti come quando ero ufficiale degli alpini e avevo con me italiani, tedeschi e ladini e andavamo d'accordo tutti. Ci volevamo bene. C'era l'alpino di Bergamo che faceva

una fatica pazzesca a dire quattro bestemmie in tedesco e l'alpino di madrelingua tedesca che sapeva bestemmiare solo in lingua italiana. Però si capivano, si volevano bene, è un momento interessante questo, gli alpini l'hanno dimostrato. Non voglio fare l'apologia degli alpini, ma non hanno mai fatto separazione etnica, gli alpini chiedono solo di fare un'adunata a Bolzano nel senso più pacifico del termine, nel senso di quella solidarietà umana che sono stati capaci di dimostrare, come Associazione Nazionale Alpini, in tutti i disastri che hanno colpito l'Italia e non solo, perché quando abbiamo ricostruito quel poco che ho potuto fare nei tre mesi che ho tolto al mio lavoro, in Friuli quando ci fu il terremoto, fu un incontro di spirito pazzesco, fu una solidarietà umana che raggiungeva delle quote che non ho mai visto nemmeno in occasioni di fonte religiosa. Penso che nessun uomo che ha portato la penna nera possa avere da dire qualcosa per ragioni etniche, ha solo da dire qualcosa per ragioni umane, perché solo in questioni umane si è distinto in questi ultimi anni, a parte quelle magari della goliardia, della bicchierata, ma questo non riguarda solo gli alpini. Ma non ho mai visto gli alpini cercare contrapposizioni etniche. A Bressanone eravamo, assieme a Pürgstaller, in una condizione di totale affratellamento fra le persone.

Dire di no, posso capirLa dal punto di vista politico, posso capire che i Freiheitlichen, che però considero di buona fede, potrebbero dire: "Anche gli alpini ci avete fatto venire a Bolzano!" Ma deve avere il coraggio della verità, presidente, perché questa gente ha fatto del bene! Lasciamoli stare in tempo di guerra, perché la guerra è stata guerra per tutti, ma dopo la guerra hanno fatto solo del bene. Io li ho visti lavorare in Friuli come in Irpinia, anche se in Irpinia ci sono stato solo quattro giorni e poi sono tornato, perché non dovevamo fare tutto noi, doveva aiutarci anche la popolazione locale! In Friuli si disperavano per aiutare gli alpini, in Irpinia aspettavano che gli alpini ricostruissero le case da soli e in qualche modo la cosa ci ha un po' dato fastidio, e lo dico serenamente. Però hanno portato sempre del bene, e ce n'erano tantissimi di madrelingua tedesca. Me ne ricordo quattro proprio della Sua valle, che erano con me in Friuli per tre mesi! Signor presidente, non inventiamoceli i contrasti! Noi vogliamo che venga la manifestazione del bicentenario di Andreas Hofer, perché riconosciamo che se voi volete farlo, avete diritto di farlo. Non ci sono problemi, ma lasciateci i nostri diritti! Non sarebbe bello che arrivasse una telefonata all'ANA magari dal Governo nazionale che voi sostenete così bene, che dice di aver scelto un'altra città per una ragione del tipo che siccome al nord ne abbiamo già fatte troppe, dobbiamo farne una a metà Italia, a Latina, così il problema l'abbiamo risolto. Non sarebbe nel Suo stile, presidente, sarebbe veramente un'operazione poco consona alla Sua serietà politica, morale e in questo caso anche umana. Lo verremmo a sapere, e sarebbe molto scomodo se dichiarato pubblicamente. Se decideranno di non farla qui, lo decideranno non perché Lei o

qualcuno della Giunta ha detto di no, ma perché l'ANA nella sua totale libertà decisionale ha pensato bene a Latina. A questo scopo assieme i colleghi Pasquali, Sigismondi ed io presentiamo anche un ordine del giorno che avremo modo di discutere in questa sede.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Alljährlich haben wir uns zweimal mit den vielen Millionen des Landes auseinanderzusetzen. Kollege Heiss hat bereits gestern unsere allgemeine Bewertung der politischen Situation dargelegt. Kollege Dello Sbarba hat dann noch ausführlich zur Problematik Brennerbasistunnel Stellung genommen. Aus Gründen der Aktualität möchte ich dazu nur einiges anfügen bzw. mich dann vor allem mit den Gesellschaften mit Landesbeteiligung befassen.

Der Landeshauptmann ist gestern rasant schnell von Wien retour gewesen. Wir haben darüber gestaunt, wie schnell Sie, Herr Landeshauptmann, wieder im Lande waren. Damit bieten Sie uns auch die Gelegenheit, einige Fragen zu stellen, die bei der entsprechenden Berichterstattung offen geblieben sind. Aus der Presse war zum Beispiel zu entnehmen, dass gestern, nach dem Spatenstich vor einem Jahr, wieder der Wunsch an die EU gerichtet war, dass sie bitte eifrig mitzahlen solle. Das habe ich als Botschaft verstanden. Dann sind bestimmte Aufteilungen der Kosten durch die Presse bekannt geworden. Österreich, Italien und die EU sollen jeweils ein Drittel bezahlen. So weit, so gut als Wunsch an die EU. Wenn wir aber die Zahlen anschauen, dann habe ich ein bisschen Probleme, die Rechnungen nachzuvollziehen, Herr Landeshauptmann. Wenn gestern zum Beispiel davon die Rede war, dass wir uns von der EU 800 Millionen Euro erwarten, soll dies dann ein Drittel sein? Gut! Dann gehen wir einmal auf dieses Spielchen ein. Wir wissen, dass der Tunnel 6 Milliarden Euro kostet, und zusätzliche 2 oder 3 Milliarden machen die Finanzierungskosten aus. Diese wird man schon mitrechnen müssen. Dann kommen wir auf 8 und 9 Milliarden Euro, auch das ist noch unterbewertet. Wo ist das Problem, Herr Landeshauptmann? 6 plus 2 macht 8. Sind Sie damit einverstanden?

**DURNWALDER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Super! Dann sind wir damit einverstanden! 6 plus 3 macht 9 und zwischendrin liegt die offizielle Schätzung für den Tunnel. Ein Drittel von 9 Milliarden sind 3 Milliarden. Dann, denke ich, wünscht man sich 800 Millionen für die nächsten sieben Jahre vom Europaparlament, von der nächsten Institution, deren Mitglieder nicht entscheiden können, weil sie nicht entscheidungsberechtigt sind. Wenn ich das Spielchen nachvollziehe, dann ergibt die Zahl  $800 \times 2$ , nach Adam Riese, 1,6 und nicht die



notwendigen 2,6 Milliarden. Da stimmt etwas nicht in der Ausgangsrechnung und damit haben wir unsere Probleme. Wenn die EU jetzt 800 Millionen Euro, wenn wir großzügig sind, 900 Millionen zur Verfügung stellt, dann sind das genau die 20 Prozent auf die ursprünglich veranschlagten 4,5 Milliarden Euro, was wir immer behauptet haben. Dies ist eigentlich nicht ernst zu nehmen. Man kann auch sagen, dass die EU 30 Prozent zahlt. Wenn man in Wirklichkeit aber nur 20 Prozent des sehr eng bemessenen oder unterbemessenen Betrages bekommt, dann hilft uns das nicht weiter.

Schauen wir aber kurz, wie sich der Staat Italien verhält. Das könnte Sie vielleicht interessieren, denn Di Pietro hat offensichtlich nicht die ganze Wahrheit gesagt, wie sich Italien zu dieser Geschichte verhält. Es gibt nämlich den sogenannten "allegato al Dpf", welcher vom CIPE und dann vom Ministerrat beschlossen wurde, und was steht denn da so drinnen? Nämlich das, was vom Ministerrat beschlossen wurde und nicht, was erzählt wird. Wenn wir uns diese Unterlagen ansehen, Herr Landeshauptmann, dann bekommen wir ziemlich kalte Füße. In der sogenannten Anlage für die Provinz Bozen steht zum Beispiel drinnen, dass die Kosten für den Tunnel mit 3 Milliarden beziffert sind, wovon 2,7 Milliarden "da reperire" sind. Das, was genehmigt ist, ist der Projektstollen! Der Rest ist zu suchen. Gut! Dann schauen wir uns an, was im Dpf bezüglich der Zulaufstrecken drinnen steht. In der Anlage, welche vom Ministerrat beschlossen wurde - ich kann die Unterlagen auch aushändigen, wenn sie jemand im Internet nicht findet, denn es ist ziemlich schwierig, diese ausfindig zu machen - sehen wir die 3,8 Milliarden, die für die Zulaufstrecken veranschlagt und in vier prioritäre Teile eingeteilt werden. Das Unterland ist dort ganz einfach nicht erwähnt, aber von diesen 3,8 Milliarden, die notwendig sind, sind 100 Prozent "da reperire". Dann, denke ich, sucht mal schön, um sowohl die Gelder für den Tunnel als auch die Gelder für die Zulaufstrecken aufzutreiben! So steht es im Dpf.

Im Begleittext - auch das ist interessant -, sehen wir, dass der gute Herr Di Pietro - es ist nicht erlogen - immer wieder von den Geldern der Brennerautobahn spricht. Ich zitiere: *"Il tunnel stimato per un costo complessivo di 4,5 miliardi, di cui 2,5 per la tratta italiana ..."*. Wie will man diesen bezahlen? *"Si prevede di reperire complessivamente 2,50 miliardi, di cui 550 milioni, con gli accantonamenti dell'autostrada A 2 e 1.500 a seguito fino all'anno 2045"*. Hier vernascht, marendet der Herr Di Pietro sozusagen die gesamten Eingänge der Brennerautobahn bis zum Jahre 2045. Gut! Ich lese aber, wie er die Zulaufstrecken bezahlt, nämlich *"3,8 miliardi per le entrate prioritarie da realizzare in concomitanza con il tunnel"*. Wie bezahlt er denn diese? Ich zitiere: *"E' previsto un concorso del capitale privato al finanziamento dell'opera attraverso un sistema tariffario dell'autostrada del Brennero, di intervenire significativamente nel finanziamento delle predette tratte"*.

Die Autobahn stellt also bis zum Jahre 2045 insgesamt mit den 550 Millionen, die bis 2007 auf die Seite gelegt werden können, 2 Milliarden zur Verfügung und gleichzeitig verwendet man für die Zulaufstrecken – *intervenire significativamente nel finanziamento* - einen beträchtlichen Zuschuss. Wenn man die Gelder dort hineinsteckt und noch einmal hineinsteckt und im Dpf die Worte "tutti da reperire" stehen, dann hätte ich einige Probleme, der Presse mitzuteilen, dass die Finanzierung gesichert ist. So ist die Situation, und zwar laut letztem Beschluss, welcher ungefähr acht Tage alt sein dürfte.

Jetzt kommt noch etwas dazu. Gestern müsste es Ihnen, Herr Landeshauptmann, kalt über den Rücken gelaufen sein, weil nämlich Herr Di Pietro sagt, was in allen Aussendungen nachzulesen ist – ich dachte zuerst, dass es ein Missverständnis sei -, dass von den Geldern der Autobahn 25 Prozent der betroffenen Region zur Verfügung gestellt werden. Zuerst vernascht er also 100 Prozent der Gelder bis zum Jahre 2045 und danach verkündigt er offiziell, dass 25 Prozent der Einkünfte der Brennerautobahn für die betroffene Region zur Verfügung gestellt werden. Diesbezüglich kann etwas nicht stimmen. So sieht es mit der Finanzierung aus. Nicht nur, dass Europa offensichtlich weniger bezahlt als man geglaubt hat, sondern Italien verkauft Gelder in Wien, die jedenfalls in römischen Beschlüssen nur als "da reperire" aufscheinen, und zudem wird draußen noch gesagt, dass nur 25 Prozent der Autobahngelder überhaupt zur Verfügung gestellt werden.

Ich wiederhole noch einmal, dass von den Zulaufstrecken wirklich nicht die Rede ist, außer dass drinnen steht, es bräuchte 8 Milliarden, prioritär 3,8 und in der Anlage des Dpf 2,5, und diese sind "da reperire". So schaut es aus! Es ist ziemlich traurig und für dieses finanzielle Abenteuer, in das man sich hineinziehen lässt, möchte ich nicht die Verantwortung übernehmen. Es liegt ja auch nicht in Ihrer Hand zu entscheiden! Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass eigentlich fast alles offen ist bzw. jeder zusätzliche weitere Spatenstich gefährlich ist. Wenn man einmal zu viel aufgebrochen hat, dann muss man weiter bauen, wobei man nicht weiß, wie man das bezahlen soll.

Herr Landeshauptmann, ich wollte mit Ihnen noch etwas besprechen. Ich habe Sie gestern recht zuversichtlich im "Morgentelefon" mit folgendem Satz gehört:; "Jeder Zug ist ein Zug zu viel, der drauf kommt. Die Umweltschützer fordern, dass die Linie ausgebaut wird, aber ich sage, jeder Zug ist einer zu viel, der auf der bestehenden Strecke zusätzlich eingesetzt wird". Das sagen Sie im "Morgentelefon", aber was sagen Sie in den "Abendnachrichten"? Wissen Sie noch, was Sie gesagt haben? Sie sagen, dass wir die bestehende Linie endlich besser optimieren, ausnützen und komplementieren müssen. Das waren so ungefähr Ihre Worte. Ich denke, dass dies von der Früh bis am Abend doch ein beträchtlicher Sinneswandel ist. Ich möchte es deshalb so ausführlich zitieren, weil es immer ein

Konfliktpunkt zwischen uns und Ihnen ist. Wir sagen, Ihr habt in der nächsten Zeit mehr Züge, nämlich 100 Züge mehr geplant, setzt die Voraussetzungen, dass die Menschen neben diesen Zügen, die unweigerlich, ob der Tunnel kommt oder nicht kommt, auf der bestehenden Linie kommen werden, leben können. Deshalb finden wir es einfach eine billige Propaganda. Hier kann ich wirklich von Populismus und billiger Propaganda sprechen, wenn nicht nur von Ihrer Seite, sondern auch von Seiten des Abgeordneten Baumgartner immer wieder gesagt wird, dass jeder Zug einer zu viel sei. Sie sagen es im "Morgentelefon", in den "Abendnachrichten" und in Wien sind Sie offensichtlich genötigt, unsere Version kundzutun, nämlich dass die bestehende Linie besser ausgelastet werden muss. Wir fügen die Worte "mit den entsprechenden Begleitmaßnahmen" hinzu. Sonst ist es tatsächlich unverantwortlich. So weit zum Tunnel, weil gestern dieses Thema wichtig gewesen ist. Herr Landeshauptmann! Genau dasselbe habe ich mir auch gedacht. Wenn man sich selbst im "Morgentelefon" und in den "Abendnachrichten" widerspricht, dann kann man eigentlich nur sagen, si taquisses!

Jetzt komme ich kurz zu den Kapitalgesellschaften, die für die Opposition in diesem Nachtragshaushalt eine große Rolle spielen, weil wir letztes Jahr nach längeren Streitigkeiten vereinbart haben, dass wir einen ausführlichen Bericht geliefert bekommen - dieser Bericht ist nicht von allen Landesräten geliefert worden - und wir deshalb auf Auskunft beharren. Schade, dass der Landeshauptmann nicht mehr da ist. Diesbezüglich hätten wir sicherlich die eine und andere unterschiedliche Version gehört.

Ich beginne mit den Thermen von Meran. Die Landesräte Widmann und Frick werden in der Replik sicherlich ausgiebig darauf eingehen. Wie schaut es mit den Thermen von Meran aus? Dieses Thema gab es bereits letztes Jahr. Heuer möchte ich die Thermen wieder zum Thema machen, weil wir glauben - ich sage nicht, dass das Geld verschleudert worden ist -, dass man sich in eine auswegslose Situation hineinmanovriert hat, und das ist das Problem. Wir möchten jetzt von den verantwortlichen Politikern ganz einfach wissen, wie man da wieder herauskommt, leicht ist es sicher nicht. Wie ist die Situation laut Bilanz 2006, Herr Landesrat Widmann? Sie haben uns die Zahlen der Bilanz vom Jahre 2005 geliefert, die nicht mehr aktuell sind. Inzwischen liegt der erste Rechnungsabschluss über das gesamte erste operative Jahr 2006 vor, und dieser Rechnungsabschluss endet mit einem Jahresverlust von 9.372.000 Euro.

Wenn man die Bilanz ein bisschen genauer unter die Lupe nimmt, dann merkt man, dass in der Bilanz alle Make-up-Tricks angewendet wurden, wie zum Beispiel geringe Abschreibungssätze, 2 oder 4 Prozent für das Hotel, wobei wir alle wissen, dass ein Hotel dieser Kategorie nach zehn Jahren völlig erneuert werden muss, oder Aufwandsaktivierungen, die, sagen wir, ziemlich abenteuerlich sind.

Trotz dieses Make-ups und obwohl in diesem Betriebsgewinn auch die Eingänge der Tiefgarage enthalten sind, wofür 1.300.000 Euro erwirtschaftet wurden, haben wir ein Defizit von 9.372.000 Euro. In diesem Betrag ist das Betriebsdefizit der Hotel Therme GmbH nicht eingerechnet, wofür selbstverständlich die Muttergesellschaft Therme AG aufkommen muss. Also müssen wir zu diesen 9,4 Millionen auch noch 450.000 Euro der Hotel Therme GmbH dazurechnen. Wenn wir zu diesem Minus von 9,4 Millionen des Jahres 2006 auch noch die Betriebsverluste der vorhergehenden Jahre dazurechnen, dann kommen wir auf einen Betriebsverlust von 17.330.000 Euro. Zu den 8 Millionen kommen noch die 9 Millionen vom Jahre 2006 dazu. Es gibt also einen Betriebsverlust von 17 Millionen Euro. Wenn wir denken, dass am Ende 2006 das Land 57 Millionen Euro an Kapital eingezahlt hat - das ist, wie Sie wissen, das Ergebnis unserer dauernden Beschlüsse im Landtag -, dann ist von diesen Kapitaleinträgen, die wir als Land geleistet haben, bereits ein Drittel von den Betriebsverlusten aufgefressen worden.

Ich möchte kurz noch einmal erklären, wie sich ein Verlust von 9,4 Millionen Euro zusammensetzt. Es wäre nämlich interessant zu wissen, ob wir in Zukunft aus dieser Situation herauskommen. Wir sehen, dass die Gesamtleistung plus Tiefgarage, also das, was erwirtschaftet worden ist, 6,6 Millionen ausmacht. Die betrieblichen Aufwände sind aber doppelt so hoch, nämlich 13 Millionen, und dazu kommen noch die Zinsen, die zu bezahlen sind. Für einen Bankkredit der Therme AG, eigenartigerweise von Seiten der Sparkasse, der sich Ende 2006 auf 83 Millionen Euro belief - die Summe sollte man sich bitte merken -, ohne irgendeine Garantieeinforderung, zahlen wir 2,6 Millionen Euro an Zinsen pro Jahr. Damit kommen wir auf den Jahresverlust. Von 13 Millionen an Aufwänden, 2,6 Millionen an Zinsen, abgezogen davon die 6,6 Millionen an Gesamtleistung, kommen wir auf 9 Millionen Euro. Wie kann man in Zukunft dieses Betriebsdefizit reduzieren? Ich höre bereits den Landeshauptmann sagen, wir wollen die Besucherzahlen von 315.000 auf 350.000 steigern. Legt bitte die Leute in den Thermen übereinander, dann könnt Ihr auch 500.000 hinein lassen! Wenn wir aber wissen, dass an den Spitzentagen die Thermen geschlossen werden mussten - das Problem besteht unter dem Jahr und nicht an den Spitzentagen -, dann ist eine weitere Steigerung der Besucherzahlen nicht sehr leicht. Nehmen wir aber einmal an, dass der Landeshauptmann Recht hat und man die Besucherzahlen von 315.000 auf 350.000 Besucher, also um 35.000 Besucher steigert, womit man offensichtlich die Besserung verspricht, dann wissen wir, dass damit, wenn die Besucher für drei Stunden durchschnittlich 10 Euro bezahlen, zusätzliche 350.000 Euro in die Kasse fließen. Das wird aber nicht ausreichen, um den Betriebsdefizit von 9 Millionen Euro auszugleichen. Verbesserung ist gut, aber ich ersuche die Landesräte Widmann und Frick und den Landeshauptmann anschließend uns genau zu erklären, wie man mit

diesem Defizit umgehen und zu einer ausgeglichenen Betriebsbilanz kommen will, die der Landeshauptmann heute im Mittagsmagazin versprochen hat.

Unserer Meinung nach ist das Umsatzsteigerungspotential gering, wie bereits schon gesagt, und auch wenn der Umsatz gesteigert wird, fällt dies nur im geringfügigen Maße ins Gewicht. Wir haben hohe fixe Kosten der Kreditrückzahlung und hohe Personalkosten, die man auch nicht so erledigen kann. Der Aufsichtsrat sagt der Meraner Theme AG, dass sie bei den Personalkosten einsparen solle. Im Bericht des ehemaligen Präsidenten, Herrn König, stehen die Worte "Tra i costi incomprimibili ci sono quelli relativi al personale"; also braucht es so viel Personal. Eine Übersicht zum Personal: Wir haben 84 fixe Angestellte und 29 Saisonangestellte, also sind es über 100 Angestellte. Mir scheinen es viele zu sein, aber diesbezüglich ist Präsident König wohl anderer Meinung. Er setzt auf Einsparung bei der Energie, die zirka mit 1 Million zu Buche schlägt. Wir fragen uns aber, ob es tatsächlich absehbar ist, dass Energie, in diesem Fall fossile Energie, in Zukunft billiger wird. Ich denke, es ist ziemlich schwierig, davon auszugehen. Man hat, leider Gottes, die Möglichkeiten der Sonnenenergie viel zu wenig ausgenützt. So weit zu den Betriebskosten.

Ich komme jetzt zur Situation insgesamt. Die Kosten für den Bau der gesamten Anlage belaufen sich, laut Bilanz, auf 122 Millionen Euro. Davon gehen 40 Millionen an das Hotel. Was haben wir als Land von diesen 122 Millionen gezahlt? Bis jetzt haben wir 57 Millionen eingebracht, und weitere 12,5 Millionen sind bereits verbucht. Wir liegen bei knapp 70 Millionen Kapitaleinbringung durch das Land. Wenn wir sämtliche andere Leistungen dazurechnen, die vom Land bezahlt worden sind, wie die Projektierung, das Bohrloch mit 6 Millionen und jetzt neuerdings, leider Gottes, auch die Verbindung der Wasserleitung vom Bohrloch zu den Thermen mit der spitzfindigen Begründung von Seiten des Landesrates Laimer, dass das Wasser zu salzhaltig sei, als dass die Thermen die Leitung selber bezahlen könnten, dann muss man sich das einfach einmal überlegen. Die Leitung vom Bohrloch zu den Thermen bezahlt das Land und nicht, wie ursprünglich immer gesagt wurde, die Thermen, und die Begründung dafür ist, dass das Wasser zu salzhaltig sei. Ein schlagendes Argument! Mit all diesen Dingen kommen wir auf 80 Millionen Euro - Kapitaleinbringung und vom Land direkt bezahlte Leistungen -, und der Park ist dabei ausgespart worden, damit der Landeshauptmann sich nicht wieder aufregt. In der Studie, welche von den Herren König und Unterberger im Jahre 1999 erstellt wurde, betrug die veranschlagten Kosten 38,2 Millionen Euro. Inzwischen haben wir als Land bereits 80 Millionen bezahlt, und die Therme AG hat einen Bankkredit von 83 Millionen. Ich frage mich, wie dieser jemals getilgt werden kann.

Jetzt kommen wir zum Sonderproblem. Das Problem heißt Hotel Therme. Wie alle wissen, schlägt das Hotel in der Bilanz mit 40 Millionen Euro zu Buche.

Wir alle wissen, wie der ursprüngliche Plan gelautet hat, nämlich dass wir ein schönes Hotel bauen und es anschließend verpachten werden. Mit dem Pachtzins zahlen wir Kapital und Zinsen zurück. So hat sich das der kleine Moritz vorgestellt, und das hat ihm der große Moritz oder der große Siegfried eingeredet. Das Hotel ist dann gebaut worden. Jeder, der irgendetwas davon versteht, sagt, dass die Kosten total überzogen waren, denn es wurde viel zu teuer gebaut - das sagt wirklich jeder und das kann man nicht abstreiten, man braucht nur die Vergleiche zu machen -, und aufgrund dieser viel zu teuren Anlage hat sich natürlich kein Pächter gefunden. Alle kontaktierten Gesellschaften, mit Ausnahme des Ehepaares, welches momentan im Gefängnis sitzt, haben das Weite gesucht, weil sie gesagt haben, dass sie nie und nimmer dieses Hotel pachten könnten. Damit musste sich die Therme AG überlegen, wie sie mit dem Hotel umgehen soll. Sie hat beschlossen, eine Tochtergesellschaft zu gründen, nämlich die Hotel Therme GmbH, die zu 100 Prozent in den Händen der Muttergesellschaft liegt, und diese ist dann mit der Führung des Hotels beauftragt worden. An diese ist das Hotel für sage und schreibe 200.000 Euro vermietet worden. Eine prozentmäßige Beteiligung am Umsatz von 5,7 Millionen sollte dann ein Anteil sein. Tatsache ist, dass man beim Umsatz natürlich knapp darunter geblieben ist, sodass das Hotel nichts außer 200.000 Euro bezahlen musste. Das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen, verehrte Landesräte und verehrte Abgeordnete! Wir haben eine Bilanz der Hotel Therme GmbH - Herr Landeshauptmann, sollten Sie es nicht wissen, dann kann ich es Ihnen sagen -, die mit 450.000 Euro negativ abschließt, und das in einer Situation, in der die Hotel Therme GmbH an die Muttergesellschaft sage und schreibe 200.000 Euro an Miete gezahlt hat und in der sämtliche Finanzierungskosten, Abschreibungen bzw. Kreditrückzahlungen zu Lasten der Therme AG gehen. Das Betriebsdefizit des Hotels, welches 200.000 Euro an die Therme AG gezahlt hat, beträgt 450.000 Euro. Für 200.000 Euro hat sie also das ganze Hotel zur Verfügung gestellt bekommen und aus der Bilanz ist alles ausgenommen, was jeder andere Mensch, jeder andere Betrieb in Rechnung stellen muss, nämlich Kreditrückzahlungen, Zinsen, Investitionen und Abschreibungen.

Wo ist das Problem? Das Problem ist, dass aufgrund dieser Vermischung der Bilanzen der Thermen und des Hotels praktisch alle Problemfelder, und zwar alles, was negativ zu Buche schlägt, wie Kreditrückzahlungen, Strukturkosten, Abschreibungen usw. zu Lasten der Therme AG läuft. Wenn sie bei der Führung ein bisschen geschickter wären, dann würde irgendwann einmal ein positives Betriebsergebnis fürs Hotel herauskommen. Nur, verehrte Damen und Herren, aufgrund dieser Vermischung profitiert in dem Augenblick, in dem das Hotel positive Zahlen schreibt, einzig und allein die Firma Steigenberger, und das ist das Problem. Mit dieser Schummelei, mit diesem Durcheinander in der Bilanz, in der

alles zu Lasten der Therme AG geht, auch wenn in diesem Jahr trotzdem noch negative Zahlen geschrieben worden sind, ... Sollte es perfektioniert werden und irgendwann einmal für das Hotel ein positives Ergebnis herauskommen, dann bekommen es nicht wir, die Muttergesellschaft, die in der Therme AG zahlt und blecht wie die "Teppeteten", sondern die Firma Steigenberger, die den sogenannten Management-Vertrag mit der Hotel Therme GmbH hat, welche im Grunde nichts tun braucht, weil sie ja keine operativen Kosten bezahlt. Landesrat Widmann hat mir gestern auf meine Frage hin zur Antwort gegeben, dass die Firma Steigenberger keine operativen Kosten übernimmt. Diese Firma ist da und wenn es gut geht, kassiert sie mit. In diesem Jahr 3 Prozent auf die Umsätze des Hotels und Null auf das Betriebsergebnis, weil das Betriebsergebnis negativ war, und dieses negative Betriebsergebnis wirkt sich auf die Firma Steigenberger negativ aus. Das bezahlt die Muttergesellschaft Therme AG, das heißt zu 99 Prozent die Südtiroler Steuerzahler. Sollte das Betriebsergebnis aber positiv ausfallen, dann kassiert die Firma Steigenberger mit. So ist es.

Wenn wir es dann noch genauer anschauen, wie viel ... Diesbezüglich wende ich mich an den Tourismuslandesrat. Mit den 47.400 Nächtigungen tut man immer groß, obwohl das Hotel erst im März eröffnet worden ist. Super, super, super! Gut! Wenn wir, Herr Widmann, Herr Laimer und auch ich, ein Hotel mit einem Pacht- oder Mietvertrag für 200.000 Euro zur Verfügung gestellt bekommen, uns angeboten wird, sämtliche Werbungen zu Lasten der Therme AG laufen zu lassen, wie aus der Bilanz zu entnehmen ist, und 700.000 Euro an Berateraufträgen für das Hotel bezahlt werden, wenn ich also das Hotel eröffnen und dort Dumpingpreise anbieten kann, dann ist es kein Wunder, dass die Nächtigungszahlen stimmen. Ich frage mich aber, ob wir wollen, dass die Leute in Südtirol nächtigen oder ob wir wollen, dass sie, wenn sie nächtigen, auch wenn das Hotel mit Landesgeldern errichtet wurde, dafür auch entsprechend bezahlen. Wollen wir, das Land Südtirol sozusagen eigenhändig die Preise ruinieren? Sie können den entsprechenden Auftritt im Internet mit einem Angebot von 70 Euro für Halbpension im 4-Sterne-Hotel mit Gratiszugang zu den Meraner Thermen anschauen. Nachdem ich schon das Gesicht von Landesrat Widmann sehe, verweise ich nur auf die Bilanz. Aus der Bilanz geht hervor, dass von diesem Umsatz von 5,6 Millionen, den 47.365 Nächtigungen gegenübergestellt, nur 3,3 Millionen auf die Vermietung der Zimmer zurückzuführen ist. Jeder kann die Division machen, wie viel die Zimmer kosten. Der Rest geht aufs Restaurant, was inbegriffen ist, auf die Bar, auf das Wellnessangebot und auf andere Leistungen zurück. Wir empfinden es tatsächlich als Wettbewerbsverzerrung, wenn das Hotel, das mit Landesgeldern gebaut wird, auch noch mit Dumpingpreisen - anders ist es nicht möglich - die Preise in Meran sozusagen ruiniert bzw. den anderen Hotels das Wasser abgräbt.

Wir haben vereinbart, dass Sie sich die Fragen notieren. Auf folgende Frage hätte ich gerne eine ganz, ganz klare Antwort. Wie kann ein Hotel – uns geht es um das Hotel – mit einem negativen Betriebsergebnis trotz sämtlicher Bilanztricks in Zukunft zumindest jenen Anteil des Kredits von 83 Millionen Euro zurückzahlen, der für das Hotel aufgenommen worden ist? Diese Frage müssen Sie mir hier beantworten, weil es die Öffentlichkeit ziemlich interessiert. Wie kann ein Hotel, das im Jahr ein Defizit aufweist, zugleich den Kredit der Investitionskosten zurückzahlen? Diese Frage ist für alle ziemlich interessant. Ich schließe, weil das die Leute nämlich auch interessiert, mit dem Hinweis, dass aufgrund des Betriebsdefizits eines Jahres für jeden Thermenbesucher zirka 30 Euro zugezahlt werden. Ich muss Ihnen den Satz, den Herr König gesagt hat, vorlesen. Dieser ist eigentlich vielsagend: *"... und das, obwohl die Preise für die Therme von Meran durchschnittlich höher sind als die Preise in anderen vergleichbaren Einrichtungen, wie zum Beispiel bei Acquarena"*. Ich habe die Preisliste, wenn sie jemanden interessiert, da. Die Thermen von Meran verlangen für 3 Stunden 10,50 Euro, Acquarena verlangt 6,70 Euro, im Erlebnisbad von Naturns bezahlt man 6 Euro für die Tageskarte. Das sind die Preise. Ich erzähle es jetzt, weil Herr König auf die Frage, warum wir ein solches Defizit haben, geantwortet hat, nämlich dass wir leider gezwungen wären, politische Preise zu machen, dass wir nicht das verlangen könnten, was ein Privater verlangen kann, weil wir im öffentlichen Interesse arbeiten. Sagen Sie bitte den Thermenleuten, dass wir eigentlich gerne das Doppelte kassieren würden, denn sie sind nicht so sehr überzeugt, dass es spottbillig ist und dass man die Leute aus Menschenliebe und Egoismus in die Thermen lässt. So weit zu den Thermen.

Jetzt kommen wir noch kurz – ich muss mich aus Zeitgründen kürzer fassen – zu einem Thema, das auch ganz interessant ist. Dieses Thema heißt Flughafen ABD. Ich möchte auch dazu ausführlich Stellung nehmen, weil es auch ein Streitpunkt mit Landesrat Widmann war. Laut seinem Bericht sind 97 Prozent der STA in den Händen des Landes und über die STA hält das Land 93 Prozent an der Flughafen-Gesellschaft ABD. Auf unsere Forderung, Einblick in die wirtschaftliche Situation der privaten Gesellschaften mit Landesbeteiligung zu erhalten, sagt Landesrat Widmann zum Flughafen Bozen Folgendes: *"Im Sinne der Holdingfunktion der STA leisten Mitarbeiter tatkräftige Unterstützung in verschiedensten Belangen des Bozner Flughafens. Ob Zertrifizierung der ABD oder Projektsteuerung beim Ausbau des Terminalgebäudes, die Leistungen sind breit gestreut"*. Das ist also die Antwort von Landesrat Widmann auf unsere Frage bezüglich STA bzw. ABD, welche Summen wir als Land in den Flughafen fließen haben lassen. Ich komme auch hier zu einer Auflistung, die für die Bevölkerung auch immer ganz interessant ist. Zählen wir einmal zusammen, was für den Flughafen ...



Ich finde es lustig, wenn sich die Herren unterhalten und den gesamten Landtag aufhalten, weil sie unseriöse Antworten geben, Landesrat Laimer! Ich finde es nur lustig, wenn Sie sich darüber unterhalten, dass Landesrat Widmann so etwas Nettes in die Welt gesetzt hat. Wir empfinden es auch lustig und in jeder anderen Situation hätte auch ich gelacht, verehrter Herr Landesrat Widmann! Wenn das aber die Antwort des Landesrates ist, der die Verantwortung über Hunderte von Millionen zu tragen hat, und wenn ich die Aufgabe habe, über diese Millionen Rechenschaft zu leisten, dann ist mir nicht zum Lachen, sondern eher zum Weinen zumute bzw. bin der Verzweiflung nahe, wenn ich daran denke, in welche Hände wir unsere Gelder legen.

Kurz zum ABD und zur Situation am Bozner Flughafen, wo auch jeden Tag gesagt wird, dass morgen alles besser werden würde. Das Strickmuster in der Argumentation ist bei den Thermen und beim Flughafen identisch: Ab morgen schreiben wir schwarze Zahlen! Heute Landeshauptmann Durnwalder für die Thermen - ich frage mich wie -, gestern Landeshauptmann Durnwalder, Landesrat Widmann & Co. für den Flughafen - ich frage mich wie. Wie schaut die Situation aus? Wir haben dort im Jahre 1999 Investitionen von 23 Millionen Euro hineingebuttert. Wir haben seit der Inbetriebnahme des Flughafens bis inklusive 2006 - ich habe die genaue Auflistung der Betriebsverluste hier und auch den Betriebsverlust des letzten Jahres, den wir vom Landesrat nicht erhalten haben, mit hineingerechnet - und durch die Kapitalerhöhung über die STA, die heimlich über die Bühne gehen sollte, einen Betriebsverlust von 15 Millionen Euro. Zu den 23 Millionen an Investitionen kommen regelmäßige Betriebsverluste von zirka 2 bis 3 Millionen Euro, je nachdem, ob die Air Alps die Handlingkosten am Flughafen zu zahlen hat oder nicht. Rechnen wir die 4,4 Millionen Euro dazu, die das Land in die Air Alps investiert hat, rechnen wir auch noch die 1,5 Millionen Euro dazu, die die Region in die Air Alps investiert hat, und rechnen wir die Feuerwehrrhalle dazu, die das Land großzügigerweise gerade am Bozner Flughafen errichtet hat, welche generell der Feuerwehr dient und 4 Millionen Euro kostet, und rechnen wir dazu, dass die Feuerwehr zu unseren Kosten gratis für den Flughafen Dienste leistet, rechnen wir nicht dazu, dass die Polizei zu ihren Kosten gratis Hilfe leistet und diese nicht mehr zu leisten gedenkt, dann kommen wir auf zirka 54 Millionen Euro. 50 Millionen Euro hat der Flughafen bis heute gefressen! Wenn wir diesen Betrag auf die Passagiere vom Jahre 2000 bis inklusive 2006, das heißt auf 341.000 Passagiere umlegen, dann ergibt dies einen Betrag von 140 Euro pro Passagier, den wir bisher geleistet haben. Dann erzählt uns Landesrat Widmann, dass die Leistungen des Landes breit gestreut seien. Das fällt unter die Pflichtantworten.

Ich wende mich an Sie, um auf die Frage bezüglich der Projektsteuerung beim Ausbau des Terminalgebäudes eine Antwort zu erhalten. Diesbezüglich hat sich

Landesrat Widmann, leider Gottes, verplappert. Er wollte wenig sagen, dafür hat er aber etwas Dummes gesagt. Gibt es ein Projekt zum Ausbau des Terminalgebäudes und wo ist beschlossen, dass die STA dort die Projektsteuerung übernimmt? Die Angabe von Landesrat Widmann ist nur im deutschen Text zu finden, weil im italienischen Text etwas anderes steht. Es sind zwei recht unterschiedliche Versionen, die Sie uns geliefert haben. Im italienischen Text kommt es nicht vor, Sie hätten es aber im deutschen Text verbergen sollen. Welches Projekt liegt für den Ausbau des Terminalgebäudes vor? Wer hat es beschlossen? Wie viel kostet es und welche Rolle spielt die STA dabei? Ich hoffe, die Fragen sind angekommen. Beim Flughafen haben wir einen Beitrag von 140 Euro pro Passagier.

Einen Sprung noch zu einer unternehmerischen Tätigkeit des Landes, was Kollege Sigismondi vorhin vergessen hat zu fragen. Er hat zwar eine lange Liste aufgezählt, er hat aber dabei eine unternehmerische Tätigkeit, und zwar die Luftfahrtlinie vergessen. Sie nennt sich Air Alps. Nachdem die Südtiroler Unternehmer, unterstützt vom Landeshauptmann, von Anfang an beschlossen haben, dass die Tyrolia gehen muss und gesagt haben, dass sie die besseren Unternehmer seien, dass sie es selber machen würden, ist die STA mit einer Summe von 1,5 Millionen Euro dabei gewesen. Mit dem sogenannten tollen Sanierungsplan von Herrn Guariello - daran können Sie sich auch noch erinnern, da alle gesagt haben, dass alles besser würde -, hat man alles saniert. Die Sanierung ist erfolgt, indem die öffentliche Hand, nämlich das Land, die Region und auch die Hypo Tirol, eingestiegen und die Unternehmer ausgestiegen sind. Das war der Sanierungsplan! Die Unternehmer verlassen das sinkende Schiff und die öffentliche Hand blecht, und damit ist eigentlich die Kapitalerhöhung auf 4,4 Millionen Euro erfolgt. Ich glaube, es war im Jahre 2003 oder 2004. Zusätzlich zum Beitrag der Region hält die öffentliche Hand 19 Prozent. Interessant ist nur, dass der Wert der Air Alps nirgends mehr aufscheint. Warum? Weil er auf Null gesetzt ist. Es ist alles verschwunden, also gibt es keine effizientere Geldvernichtungsmaschine. Nachzulesen in der von der Air Alps deponierten Bilanz des letzten Jahres in Bozen. Heuer musste sie, leider Gottes, in Innsbruck angefordert werden, weil sie die Bilanzen in Bozen offensichtlich nicht mehr so gern deponieren.

Wenn wir - wir sind wirklich super Unternehmer, jeder Private wäre längst schon in Konkurs - in eine offensichtlich mehr als fragwürdige Gesellschaft eintreten und dort investieren - das Land und die Region, weil die Trentiner wahnsinnig viel haben, wenn wir eine Fluggesellschaft mit Sitz in Innsbruck mästen -, dann dauert es zwei bis drei Jahre und der Wert ist auf Null. Diesbezüglich, Landesrat Widmann, ersuchen wir um Auskunft. Wir haben diese Frage auf der Frageliste eigentlich ziemlich genau angeführt. Wir ersuchen um Auskunft über die klammheimliche Kapitalerhöhung der STA im Juli des letzten Jahres. Bevor der Flughafen aus dem

letzten Loch gepfiffen hat, hat der ABD im Juli in einer außerordentlichen Vollversammlung die Kapitalerhöhung von 4,3 Millionen Euro beschlossen, von welcher Kollege Pöder heute gesprochen hat. Sie hat damit den Verlust ausgeglichen, der wieder auszugleichen war, das Kapital von 5 Millionen auf 700.000 herabgesetzt und wieder neu eingezahlt. Nachdem hier steht, dass alle Eigentümer mitgezahlt haben, ist klar, dass die STA im Rahmen ihrer 97 Prozent den Großteil mitgezahlt hat. Deshalb, verehrter Herr Landesrat Widmann, verstehe ich auch Ihre Sparsamkeit in der Auskunft über das wirtschaftliche Ergebnis der STA, wo steht, dass das wirtschaftliche Ergebnis der STA 3,6 Millionen Euro beträgt und dass es differenziert betrachtet werden müsse. So weit Landesrat Widmann. Wir denken auch, dass es ziemlich differenziert betrachtet werden muss, weil im Grunde diese 3,6 Millionen, sagen wir, zwei Drittel dieser klammheimlichen Kapitalerhöhung sind, die über die STA im ABD im Juli 2006 erfolgt ist. Ein Kompliment an die Herrschaften der Wirtschaft, die die Wirtschaft in der Landesregierung vertreten, für die unternehmerische Effizienz der Landesregierung in diesen jetzt von mir unter die Lupe genommenen Betrieben! Kein Privater könnte sich das jemals leisten.

Ich komme noch schnell auf ein dunkles Kapitel zu sprechen. Wir finden in der Bilanz des ABD einen Passus, in dem er sich bei der Landesregierung bedankt. Wenn wir das lesen, dann werden wir immer ein bisschen stutzig. Der ABD bedankt sich bei der Landesregierung - ich suche jetzt schnell den Passus - und sagt, dass sie zwar Defizite über Defizite, letztes Jahr über 2 Millionen erwirtschaftet habe, dass aber alles besser würde. Warum wird alles besser? Ich zitiere: *"A proposito va ricordato l'effetto positivo sull'equilibrio gestionale della legge provinciale che permette l'assegnazione di servizi aeroportuali alla nostra società con relativa remunerazione da parte della Provincia autonoma di Bolzano"*. Man bedankt sich dafür. Es gibt ein Landesgesetz, mit dem wir, das Land sozusagen, "servizi aeroportuali" bezahlen. Bei der Lektüre bin ich ziemlich stutzig geworden und habe nachgesehen. Wo ist das Gesetz? Ich kenne es schon. Ich habe diesen windigen Passus gefunden, der allerdings mit sich gebracht hat, dass man die reguläre Beitragsgewährung an die europäische Kommission notifizieren muss. Diesbezüglich, Landesrat Frick - bitte aufschreiben -, ersuche ich um Auskunft. Ist dieses Landesgesetz vom ABD an die europäische Kommission notifiziert worden? Gibt es ein positives Gutachten von Seiten der europäischen Kommission? Wenn ja, wie viel Beiträge sind geflossen? Wenn nein, ist die Landesregierung sich schon im Klaren darüber, dass keine Beiträge fließen können, bevor der Passus positiv beurteilt wird? So weit zum ABD, zur Air Alps, zu den Thermen. Es gäbe noch vieles zu sagen.

Ich möchte, damit kein Missverständnis aufkommt, schließen, indem ich die Fragen hier vorlese, auf dass mir niemand sagt, dass ich keine Fragen gestellt hätte.

Ich rekapituliere es kurz für die Abgeordneten, die in der Sitzung des Kollegiums der Fraktionssprecher nicht anwesend waren. Die Vereinbarung, die wir vor einem Jahr zwischen Opposition und Landesregierung abgeschlossen haben, ist aufgrund einer nicht ausführlichen Berichterstattung von Seiten des Landesrates Widmann nicht eingehalten worden, worauf wir gesagt haben, dass wir großzügig sind. Sollte auf die entsprechenden Fragen, die wir hier deponieren, eine zufriedenstellende Antwort gegeben werden, dann sind wir bereit, sämtliche Beschlussanträge zurückzuziehen. Wenn nein, wollen wir, um zu zeigen, dass uns eine Vereinbarung wichtig ist, ausgiebig darüber diskutieren. Wir haben den Landesräten Widmann und Frick und, zur Kenntnisnahme, dem Fraktionssprecher Baumgartner eine Liste von Fragen überreicht, auf die wir in der nächsten halben Stunde eine Antwort erhalten wollen. Die Fragen betreffen die Gesellschaften, und zwar die Thermen Meran, den ABD, die STA und die Air Alps, die vorher zitiert worden sind. Die Fragen sind genau aufgelistet. Darunter gibt es die Frage nach dem Landesgesetz, das Gelder direkt in den Flughafen fließen lässt, und die Frage, ob die Landesregierung gedenkt, das Defizit der Thermen von Meran abzudecken. Ich ersuche bereits jetzt, seriös auf diese Fragen einzugehen. Es geht um sehr viel Geld. Im Grunde vertreten wir hier die Aktionäre aller dieser Gesellschaften und diese sind uns dankbar, wenn sie zumindest über uns, wenn nicht über Euch, über den Geschäftsfortgang ihrer Aktiengesellschaft Bescheid erhalten.

**FRICK (Landesrat für Handwerk, Industrie, Handel sowie Finanzen und Haushalt – SVP):** Ich werde im Rahmen des ersten Teils der Replik auf einige grundsätzliche Themen eingehen. Mit diesem Einstieg möchte ich einen Hinweis darauf geben, dass insbesondere beim letzten Rednerbeitrag ein gewisses Risiko der Überbeanspruchung dessen mithineingewoben ist, was normalerweise in einer Replik im Rahmen der Generaldebatte zu einem Haushalt an Detailliertheitsgrad und kurzfristig zur Verfügung zu stellender Information machbar ist. Es bleibt aber dabei, dass die Regierung, wie immer, auch heute versuchen wird, die Fragen so weit als möglich zu beantworten und sich zu verpflichten, allfällig heute nicht lieferbare Details in der angemessenen, das heißt in schriftlicher Form nachzureichen.

Ich möchte damit beginnen und darauf verweisen, dass heuer der Nachtragshaushalt 200 Millionen Euro umfasst. Es ist das Ergebnis einer gewissenhaften Aufarbeitung der zur Verfügung gestellten Daten. Es ist natürlich nicht ein Poker, so wie es in der Generaldebatte gesagt wurde, gewesen, sondern es sind ganz einfach die zwei üblichen Komponenten – dazu gibt es im heurigen Jahr überhaupt nichts Neues -, nämlich das eine, was vom vorigen Jahr übrig geblieben ist, und das andere war selbstverständlich jenes – ich präzisiere es in diesem Zusammenhang, weil danach spezifisch gefragt wurde -, was an zusätzlichen

Steuereinnahmen aufgrund der Schätzung in der Zwischenzeit zur Verfügung gestellt hat werden können.

Mit den 200 Millionen - diese Gesamtsicht hat mir in der Debatte der letzten Tage ein bisschen gefehlt - können wir erreichen, dass wir jetzt aus dem Füllhorn schöpfen, dass wir unglaublicherweise viel Geld haben und dass wir uns fast bemühen müssen, es in irgendeiner Art und Weise auszugeben. Mit diesen zusätzlichen 200 Millionen können wir ein Ziel erreichen, das mir auch in den vergangenen Jahren besonders wichtig war, nämlich dass sich der Gesamthaushalt dieses Jahres oder des Jahres 2007 in einem ruhigen, soliden Wachstum im Vergleich zu den Vorjahren etwa in der Größenordnung befindet, die leicht über dem liegt, was die Inflation ohnehin aufgefressen hat. Das bedeutet, dass ein solcher Haushalt - es wird im Jahre 2008 nicht anders sein - nur dann in ausgeglichener Form, wie wir sie haben - wir sind ein Sonderfall der europäischen Regionen - und nur unter Verwendung eines nicht gern zitierten Prinzips zu realisieren ist. Es ist nämlich das Prinzip der Sparsamkeit. Sparsam bedeutet nicht, an allen Ecken und Enden irgendetwas wegzustreichen, sondern bei der Ausgabe mit besonderer Vorsicht und mit besonderem Augenmaß heranzugehen und jeweils das Optimum aus dem in allen Bereichen immer zu wenigen Geld, letztlich zu wenigem Geld im Verhältnis zu den Nachfragen und Anforderungen, für die Bedienung der verschiedenen Kompetenzen herauszuholen.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Thema der Sparsamkeit auch gerne ein Thema aufgreifen, das Beamte heißt. Es ist verschiedentlich angesprochen worden, weil ich glaube, dass diese Mühe, der wir uns als politische Entscheidungsträger, die Landesregierung, aber auch der Landtag, unterziehen, insgesamt auf eine exzellente Mitarbeit der Landesbediensteten beruht. Insofern gehöre ich nicht zu jenen, die eine allgemeine Beamtschelte mittragen, sondern ganz im Gegenteil. Ich sage aber frei heraus, so wie Politiker sich verbessern können und ständig versuchen müssen, sich zu verbessern, so müssen dies natürlich auch in allen Bereichen unsere Mitarbeiter tun. Ich darf aber insbesondere im Zusammenhang mit den scharf kritisierten öffentlichen Aufträgen sagen, dass wir im Gegensatz zum privaten Unternehmer - ich ersuche in diesem Zusammenhang um Verständnis - mit anderen Methoden vorzugehen haben. Wir müssen die Ausschreibung unter gewissen Bedingungen machen. Dass die Ausschreibung nicht immer den wirtschaftlich optimalen Ertrag erbringt, ist offensichtlich. Es ist aber ganz klar, dass die Zielsetzung des Gesetzgebers, eine Ausschreibung zu verlangen, nicht alleine dem Diktat gilt, möglichst billig zu vergeben, sondern im Gemeinwesen gibt es natürlich auch andere Zielsetzungen, wie die Zielsetzung der Transparenz und die Zielsetzung der Equidistanz gegenüber den verschiedenen Anbietern. Es ist in der Tat das, was wir machen, wobei insbesondere Kollege Mussner einen sehr großen

Erfolg, der im Übrigen mit genauem Daten- und Zahlenmaterial veröffentlicht wurde, im Zusammenhang mit dem, was man als sogenannte technische Kosten bezeichnen muss, erringen konnte. Die technischen Kosten haben, aus unserer Sicht, einen sehr großen Prozentsatz in Anspruch genommen, und dieser Prozentsatz konnte innerhalb der letzten Jahre maßgeblich reduziert werden.

Die Frage, was wir im Wesentlichen mit diesen 200 Millionen machen, ist mit den Schwerpunkten dieses Koalitionsprogramms ganz klar beantwortet. Wir haben es definiert und versuchen es ohne spektakuläres Wetterleuchten, aber mit großer Konsequenz Schritt für Schritt umzusetzen. Das gilt ganz besonders für die auffallend hohen Kosten im Zusammenhang mit Bildung und Bildungsförderung, mit der Frage der schnellen vorgezogenen Finanzierung eines Studentenheimes. Einen besonders großen Betrag gibt es natürlich für die Sanitäts- und Sozialausgaben, die wir bedienen, und auch für das, was wir als Innovation in der politischen Debatte bezeichnen. Das ist ein Schwerpunkt. Wir haben diesen mit der Vorlage des sogenannten Innovationsgesetzes umgesetzt. Wir werden jetzt die Tätigkeit der Vizepräsidentin der Landesregierung, Frau Gnecci, genauso konsequent unterstützen, indem wir ihre Kapitel auch mit einer gesteigerten Finanzdotierung bestücken, auf dass sie die Möglichkeit hat, dies entsprechend umzusetzen.

Die spezifische Frage – ich bleibe bei den technischen Dingen des Finanzgesetzes – bezüglich der noch nicht eingeschriebenen EU-Projekte ist in der Tat auch heute noch zu beantworten, so wie ich es bereits in der Gesetzgebungskommission gemacht habe. Wir haben heuer ein ganz besonderes Jahr. Der Mehrjahreszyklus der EU-Programme ist bekanntlich ausgelaufen. Er startet mit dem heurigen Jahr. Aufgrund der Norm ist es so, dass wir nach Maßgabe der konkreten Zurverfügungstellung der entsprechenden Akten seitens der EU-Kommission diese Beträge einschreiben werden. Wir hoffen, dass noch im heurigen Jahr Beträge für die Programme, die grundsätzlich von der Landesregierung genehmigt worden sind, aktiviert werden können. Wir werden sie auf dem sogenannten Amtswege gemäß der diesbezüglich verfügbaren Norm in den Haushalt einschreiben und werden dann bei der Rechnungslegung, die zu erarbeiten ist und die auch wieder vorgelegt werden wird, hier im Landtag sehen, welche Auswirkungen dieser Umstand haben wird. Ja, es fehlen diese Gelder. Ja, wir hoffen, dass wir sie bekommen. Ja, wir werden sie auf dem Verwaltungswege einschreiben.

Das Finanzgesetz 2007 zeichnet sich dadurch aus, dass wir versucht haben, sehr scharf der Zielsetzung zu entsprechen, sogenannte blinde Passagiere, die ja nie blind waren, aber immerhin, nicht sehr finanztechnisch und in vielen früheren Finanzgesetzen enthalten waren, sehr, sehr knapp zu halten. Dieser Fakt ist auch von den Oppositionsparteien aufgegriffen worden, und ich danke für diese Anerkennung. Ich verbinde diesen Dank auch mit der Bitte, zu verstehen, wenn im Einzelfall – ich

werde einen solchen zitieren – aus absolut unaufschiebbaren Dringlichkeitssituationen dennoch Mini-Bestimmungen aufgenommen werden müssen.

Ich mache ein Beispiel im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Schule. Es geht darum, wie das Schuljahr in Bezug auf die Rangordnungen und auf die Beauftragung der Lehrkräfte starten kann. Jeder versteht, dass für eine entsprechende Norm kein neuer Omnibus-Gesetzentwurf oder ein eigener Gesetzentwurf aus der Remise geholt werden kann. Aus diesem Grund haben wir vorgeschlagen, einen entsprechenden Mini-Artikel im Finanzgesetz unterzubringen.

Es ist gefragt worden, wie wir es mit dem Artikel über die Reduzierung der Benzinpreise in Grenznähe halten und weshalb es plötzlich funktioniert, nachdem wir bisher immer die Auskunft gegeben hatten, dass es nicht gehen würde. Die Antwort ist offensichtlich und liegt auf der Hand. In der Zwischenzeit hat es neue Abklärungen auf EU-Ebene und vor allem eine völlige Umstellung der Technik gegeben, die hier gewählt wird. Während früher immer die Option der Reduzierung der sogenannten Akzise verfolgt und auch von manchen Kollegen hier im Landtag verlangt wurde, was früher nicht gegangen ist und auch heute nicht geht, schlagen wir jetzt eine Norm vor, mit der wir zu einem ähnlichen Ergebnis kommen, und zwar über einen Beitrag, wobei der Beitrag nicht dazu angetan ist, ein Zuckerle dem davon bevorzugten Bürger zu verpassen, sondern eine ökologische und finanzpolitische Überlegung ist. Wir hoffen, dass wir auf diese Art und Weise unsinnige und unnötige Fahrten im Zusammenhang mit dem sogenannten Tanktourismus reduzieren, welcher finanzpolitischer Natur ist, indem wir die Aufwände, die wir brauchen, um die Beiträge zu finanzieren, in einer Gegenrechnung dadurch hereinholen wollen und hereinholen werden, dass wir ins Ausland abgewanderte Umsätze im Zusammenhang mit der Abgabe und mit dem Verkauf von Treibstoffen wieder nach Italien, sprich nach Südtirol zurückbekommen. Sie wissen, dass das Land Südtirol an den vergleichsweise sehr hohen Steuern der Treibstoffumsätze aufgrund der Finanzregelung, die wir haben und wofür wir, wie Sie wissen, auch in Zukunft kämpfen, im Umlageverfahren profitiert.

Eine besondere Frage, auf welche ich jetzt gerne eingehen möchte - möglicherweise ist damit auch die Antwort schon vorweggenommen für den Fall, dass im Rahmen der Artikeldebatte noch einmal dieses Thema aufgeworfen wird -, betrifft die Messe Bozen. Bei dieser Gelegenheit sehen wir eine Kapitalerhöhung vor, welche nicht in einer Zurverfügungstellung von Geld aus dem Haushalt des Landes Südtirol, sondern in der Zurverfügungstellung eines Grundstückes besteht, welches heute im Eigentum des Landes ist. Dieses wollen wir nicht schenken, sondern einbringen. Nach Maßgabe der finanziellen Größenordnung dieses Grundstückes gibt

es eine Kapitalerhöhung, welche von diesem Landtag genehmigt werden muss. Wir schlagen dem Landtag nämlich eine Kapitalerhöhung vor. Die Dimension entspricht der Schätzung des Wertes dieses Grundstückes, das heißt, es ist nicht ein politischer Preis, sondern der Betrag, der in der Norm angegeben wird, entspricht dem Ergebnis der Schätzung, die das Schätzamt des Landes in diesem Zusammenhang durchgeführt hat.

Eine finanztechnische Kurzinformation im Zusammenhang mit der Dotierung der Kapitel, welche Zinsdienste im Zusammenhang mit dem großen Darlehen abwickeln, welches das Land Südtirol im Zusammenhang mit der SEL-Edison aufgenommen hat. Es ist zu bestätigen, dass das Land Südtirol das Darlehen aufgenommen hat und dass wir auch den Zinsdienst tragen. Die entsprechenden Belastungen sind im Haushalt natürlich auch vorgesehen und werden in der Folge der Jahre auch vorzusehen sein, und das in der Tat. Das habe ich bereits bei einer anderen Gelegenheit bestätigt. Die entsprechenden Einnahmen, die die SEL aus ihren Beteiligungen aufgrund einer Entscheidung der Landesregierung lukriert, bleiben vorderhand bei der SEL. Es hat den Zweck, dass die SEL damit für den wirklichen Urzweck, den wir mit der ganzen Operation verbinden, zumindest zu einem gewissen kleinen Teil vorbereitet ist. Der Urzweck dieser Operation ist, dass wir über die SEL in den Besitz oder Mitbesitz von Kraftwerken kommen. Wenn wir mit dieser großen faszinierenden Zielsetzung, die einen Teil unserer Grundüberlegungen in Bezug auf das Verhältnis zur jetzigen Regierung in Rom ausmacht, Erfolg haben sollten, was ich mir sehnlichst wünsche, dann ist es klar, dass wir dafür auch noch größere Beträge zur Verfügung stellen müssen. Gewissermaßen ist aber das, was jetzt bei der SEL geparkt ist, ein guter Anfang.

Im Zusammenhang mit dem Genossenschaftswesen gibt es einen eigenen Artikel. Auf die Frage, die in diesem Zusammenhang mit einer gewissen Sorge gestellt wurde, ob dieser nicht etwa mit dem Problem Milkon und mit den dortigen Implikationen zusammenhängen würde, darf ich mitteilen, dass dies nicht der Fall ist. Im Konkreten geht es darum, dass über den *Mediocredito* in Trient verfügbare investierte Fördergelder durch diese prozedurale Verbesserung in Südtirol stärker zur Anwendung gebracht werden. Heute haben wir festgestellt, dass die entsprechenden Maßnahmen mit einem etwas übertriebenen Schwerpunkt im Trentino stattfinden. Wir wollen das mit dieser prozedurellen Erleichterung, die auf gesetzgeberischer Ebene durchzuführen ist, für Südtiroler Land und Leute verbessern.

Ein ganz wichtiger Punkt und durchaus kontroverser Punkt, der mit dem Thema Beamten sehr wohl auch zusammenhängt, ist die Erhöhung der Stellenpläne. Wir schlagen vor, die Stellenpläne um eine deutliche Anzahl zu erhöhen. Beim ersten Durchlesen könnte man denken, so wie es meinen anderen Kollegen passiert



ist, dass man ohnehin schon zu viele "Landhäsler" hätte und dass man jetzt zusätzlich noch welche bräuchte. In diesem Zusammenhang ist das Thema der Effizienz und das Thema der Reform angesprochen worden. Ich möchte darauf verweisen, dass diese zusätzlichen Mitarbeiter, die aus dem Landesbeutel zu bezahlen sind, mit Ausnahme von 4 oder 5, im Wesentlichen dem Schuldienst zugeordnet sind. Wir haben das besondere Glück, was nicht in allen europäischen Ländern der Fall ist, dass jetzt schulpflichtige Kinder daherkommen und in das Lebensalter der höheren Schulbildung eintreten. Wir haben eine positive Dynamik und gemäß dieser Dynamik war die Entscheidung der Landesregierung - ich glaube, dass dies zur Offensive Bildung dazugehört - entsprechende zusätzliche Klassen zu schaffen. Im Übrigen ist auch eine gewisse Diskussion im Zusammenhang mit der Verteilung der Sprachgruppen zu führen, aber fest bleibt und fest steht, dass, wenn Kinder bereit sind, sich einer Bildungsmaßnahme zu unterziehen, es eine prioritäre Aufgabe des Landes Südtirol sein wird, diese Ausbildungsmöglichkeit auch zur Verfügung zu stellen.

Zu einigen Grundsatzfragen und wichtigen Themenstellungen, die in der Generaldebatte aufgeworfen wurden, kurz meine Stellungnahme. Ich beziehe mich insbesondere auf die zwei wohl bedeutendsten Themengruppen, die uns alle gleichermaßen bewegen. Es ist die Frage der Visionen, die Frage der Fähigkeit des Landes Südtirols sich zu erneuern, die notwendigen Reformen anzugehen. Zu diesem Thema gibt es naturgemäß eine unterschiedliche Sicht der Dinge. Für einen Oppositionsvertreter mag es zu langsam gehen, mag man in diesem Zusammenhang das Gefühl der Erlahmung haben, mag man den Hinweis gegeben haben, dass zum Beispiel auch die Gesetzgebungsproduktion in dieser Legislatur im Vergleich zu anderen Legislaturen nicht etwa stärker geworden ist. Ich glaube aber, dass man in einer vorurteilslosen Betrachtung dieser Mehrheit und dieser Regierung keinen Vorwurf machen kann. Es gibt wenige große politische Inhalte und Tätigkeits- und Aufgabenbereiche der öffentlichen Verwaltung in unserem Land, die auch in dieser Legislatur einer sehr tiefeschürfenden Diskussion und, wenn notwendig, Überarbeitung sei es des Gesetzgebungsgerüsts als auch der entsprechenden Schwerpunktgebung bei der Finanzierung unterzogen wurden.

Ich bin um eine deutliche Note weniger skeptisch im Zusammenhang mit dem zweiten Megathema, welches verdienstvollerweise von Rednern aufgeworfen worden ist. Das zweite Mega-Thema ist für mich persönlich die Frage der Einbindung der Bürger und die kritische Frage, ob wir in unserem Lande im Vergleich zu anderen Regionen Europas ein besonderes Demokratiedefizit aufweisen würden. Ich darf Ihnen sagen, dass wir uns um dieses Thema sehr bemühen, dass darüber viel diskutiert wird und dass darum ehrlich gerungen wird. Ich glaube, dass die Hinweise der Bevölkerung, die in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren

harscher geworden sind, ernst genommen werden. Es hat Wortmeldungen gegeben, die in jene Richtung zu verstehen waren, dass uns alles wurst sei, dass wir uns vieles vielleicht in allerletzter Sekunde überlegen würden, wenn wir nicht mehr ausweichen könnten. Diese Bewertung, glaube ich, ist nicht ganz gerecht. Ich sehe, dass man akut nicht in Richtung Feuerwehr, sondern akut in Richtung ernst nehmen arbeitet, aber ernst nehmen bedeutet natürlich auch, dass man Überlegungen und Ängste, die in den letzten Jahren und Monaten in der Bevölkerung stärker geworden sind, aufgreift und versucht, adäquate Antworten zu geben. Allerdings - das wird wohl eine gemeinsame Aufgabe im Zusammenhang mit dem Mega-Thema Demokratie und Einbeziehung sein -, habe ich persönlich schon das Gefühl, dass man sich mit dem Thema Kommunikation, nämlich mit der Frage, wie man an ein Thema herangeht und zu welchem Zeitpunkt man mit der Einbeziehung beginnt, insbesondere auch mit den spezifischen Fragen bezüglich größerer Infrastrukturen, die mir am Herzen liegen und von denen ich überzeugt bin, dass sie notwendig sind, intensiv beschäftigen wird müssen. Ich glaube auch, dass das Thema Bürgerbeteiligung mit dem in dieser Legislatur von diesem Landtag genehmigten Gesetz über die direkte Demokratie noch nicht abgetan ist. Die Zukunft wird ergeben - davon bin ich überzeugt -, dass man sich in den nächsten Jahren besonders in noch nicht in Gesetzesprozeduren gegossene Formen der Mitbeteiligung, des Vorcheckens, gewissermaßen des Vorbereitetseins, Ängste nicht zu behandeln, wenn Ängste da sind, der Bereitschaft, Informationen mit solcher Glaubwürdigkeit zu geben, dass unsere Mitbürger, die Bevölkerung nicht erst in die Situation der Ängste hineinkommen, engagieren wird müssen. Ich bin überzeugt, dass sich die Mehrheit diesem Ziel ganz besonders verschreiben wird.

Abgesehen von diesen zwei Mega-Thema möchte ich jetzt noch auf die Steuergerechtigkeit, auf den Föderalismus, auf die Lokal Finanzen und auf die Immigration zu sprechen kommen. Es scheinen mir vier Felder zu sein, die in Euren Ausführungen eine besondere Wichtigkeit bekommen haben und welche auch ich als dementsprechend hoch in ihrer Wichtigkeit, in ihrer Komplexität und in der Möglichkeit, kontrovers darüber zu diskutieren, einschätze.

Die Steuergerechtigkeit ist in der Republik Italien, nach meiner Einschätzung, weniger erreicht als, im Durchschnitt, in den anderen EU-Staaten. Es ist ein Defizit, worunter wir in Südtirol auch leiden. Es ist ein Defizit, worunter - ich sage es, weil es oft anders empfunden wird und anders herum erzählt wird - insbesondere die Wirtschaft leidet. Es ist ganz evident, dass ungerechte Steuern zu Verzerrungen führen und kein demokratisches System, sondern das Gegenteil umsetzen. Dementsprechend ist es evident, dass für die Erreichung dieses Zieles die Regierung des Staates Italien, die sich um mehr Steuergerechtigkeit bemüht, eigentlich nur unterstützt werden kann und unterstützt werden muss. Allerdings - das ist mit der

gleichen Härte und Offenheit hier anzubringen – ist es offensichtlich, dass das, was Italien unter diesem Titel insbesondere im Rahmen des Finanzgesetzes 2007 lanciert und versucht hat zu erreichen, dieses Zieles nicht würdig ist. Zum Beispiel ist zurecht über die Branchenrichtwerte Klage geführt worden. Auch über eine gewisse Art der Kontrolle ist gesprochen worden, was wir ähnlich sehen.

Wir sehen vor allem auch, dass es in diesem Zusammenhang aufgrund unserer Positionierung, der Positionierung der Mehrheitsparteien in diesem Haus, in der italienischen Politik in Rom gelungen ist, mehr zu bewegen, als dies wahrscheinlich in den letzten zwanzig Jahren möglich gewesen ist. Ich beziehe mich jetzt nicht auf Dinge, die spezifisch das Land Südtirol betreffen, also auf irgendwelche Kompetenzen, die wir bekommen haben oder auf gute Abschlüsse in Sachen Geldzuweisungen, die wir erreicht haben, sondern vor allem auf die Mitgestaltung der großen nationalen und staatlichen Debatte seitens der Südtiroler Parlamentarier. Ich möchte in diesem Zusammenhang, weil sie umgekehrt zitiert worden ist, ganz besonders den Erfolg von Frau Senatorin Thaler Außerhofer hervorheben. Ich glaube, zusammen mit anderen Südtirolern Parlamentariern ist es ihr gelungen, nicht nur den Feuerwehrmann oder die Feuerwehrfrau zu spielen, sondern dass im Sinne des Augenmaßes und im Sinne der Gerechtigkeit offensichtliche Fehlentscheidungen der Regierung korrigiert wurden. Mit diesen Korrekturen waren alle Mitte-Links Parteien einverstanden, mit Ausnahme – Kollegin Kury hat Frau Gnecci zitiert - der störrischen Kommunisten, die bei dieser Mitte-Links-Koalition in Rom immer noch mitwirken, alle und ganz besonders jene Partei, welche Frau Gnecci hier vertritt, die mit dieser Linie der Korrektur und der radikalen Wende in der Steuerpolitik auch einverstanden ist. Um in diesem Zusammenhang, liebe Kollegin Kury, kein Missverständnis aufkommen zu lassen, dürfen Sie auch die diesbezügliche Kompaktheit unserer Regierung zur Kenntnis nehmen. Ein Minister, welcher Ihrer Partei angehört, ist auch nicht so kritisch, wie Sie diesbezüglich offensichtlich zu sein scheinen.

In diesem Zusammenhang ist das Thema der IRAP aufzuwerfen, weil es von einigen Kollegen zurecht angesprochen worden ist. Ich glaube, es war richtig, dass unsere Regierung beschlossen hat, im Rahmen des Möglichen, die IRAP-Steuer um 0,5 Prozent zu senken. Wir werden den entsprechenden Gesetzestext im Haushaltsgesetz des Jahres 2008 vorlegen, die Entscheidung dazu gibt es aber bereits. Das bedeutet, dass wir auf Steuereinnahmen verzichten. Es bedeutet aber auch, dass wir auf diese Art und Weise im Zusammenhang mit den im Vergleich zu anderen europäischen Staaten zu hohen Steuern für die Kapitalgesellschaften den Wirtschaftsstandort Südtirol doch um einiges verbessern und die Position stärken können.

Im Zusammenhang mit der Pflegesicherung möchte ich Folgendes sagen. Es ist nicht so, dass wir die Reduzierung der IRAP konzedieren, weil die Pflegesicherung kostet ja mehr Geld. Die Reduzierung der IRAP führt dazu, dass wir aus diesem Titel weniger Geld in den Landeshaushalt bekommen. Was entscheidend war, ist, dass für beide Themen, die über Monate hinweg ungelöste finanzpolitische Themen des Landes Südtirol waren, eine sozialpartnerschaftliche Paketlösung gefunden wurde, die die Basis dafür war zu sagen, dass es so insgesamt vernünftig ist, ganz gleich, ob einer ein bisschen mehr in Richtung Arbeitnehmer oder in Richtung Wirtschaft schießt oder arbeitet. So wie die verschiedenen Schattierungen natürlich auch in der Mehrheit vorhanden sind, ist es entscheidend, dass es nach intensiver und guter Debatte gelungen ist, eine Lösung zu finden, dass diese beiden ungelösten Probleme gemeinsam und zur Zufriedenheit aller gelöst haben werden können.

Im Zusammenhang mit der Pflegesicherung möchte ich allerdings auf ein großes Missverständnis hinweisen, welches vielleicht auftreten könnte. In den letzten Wochen ist über verschiedene Lösungen diskutiert worden, ob es jetzt die Lösung der Einführung einer neuen Steuer war, was, so wie es sich jetzt entwickelt hat, nicht mehr gemacht werden wird, oder ob es eine Zusatzfinanzierung für die Pflegesicherung war, die definitiv zugesagt ist, welche im Jahre 2008 aktuell und akut in der Größenordnung von zusätzlichen 25 Millionen Euro zur Verfügung stehen wird, mit dem Schwerpunkt, den Kollege Theiner herausgearbeitet hat, der Pflege zu Hause.

Dies alles, ganz gleich für welches Modell man sich nun entscheidet, bedeutet keinesfalls, dass im Pflegefall die gesamten Kosten, die anfallen werden, weder nächstes Jahr noch in zehn und zwanzig Jahren von der öffentlichen Hand abdeckbar sind. Das heißt also, für die besser Verdienenden wird es, unabhängig von der Debatte, die im Vordergrund gestanden ist, ob es eine neue Pflegesteuer oder keine Pflegesteuer gibt - auch wenn wir sie schaffen würden - immer noch die Notwendigkeit einer gewissen Zuzahlung geben. Ich sage es deutlich, weil ich gemerkt habe, dass die Zurverfügungstellung von zusätzlichen 25 Millionen - das ist ein sozialpolitischer Kraftakt, dem sich die Landesregierung unterzieht - mancher so interpretiert hat, dass damit in Zukunft für alle soziale Gruppierungen und für alle Einkommensschichten die aus der Pflege resultierenden Kosten allesamt vom Land abgedeckt werden könnten. Das wäre mit keiner der vorgesehenen und diskutierten Lösungen möglich. Wir müssen alles tun, um den Bürgern zu vermitteln, dass eine solche Vorstellung jeder finanziellen Grundlage entbehrt.

Föderalismus. Ganz kurz zu dem von Ihnen angesprochenen Thema. Der Föderalismus ist jener Punkt, der uns in den letzten Monaten als Land Südtirol ganz besonders in Bezug auf unser Verhältnis zur Regierungsfreiheit in Anspruch genom-

men hat. Im Wesentlichen ist es darum gegangen, die neue Verfassung zu interpretieren. Diese Interpretation erfüllt ein Gesetzentwurf, der als "legge delega del federalismo fiscale" bezeichnet wird. Die dramatische Frage war, welche Rolle die Sonderautonomien spielen würden, ob wir vom Konzept her dem neuen Finanzierungsmodell der Regionen mit Normalstatut angenähert würden, die durch den "federalismo fiscale" ziemliche Erneuerungen erfahren werden. Es ist auch gefragt worden, ob es uns gelingen würde, die Spezifitäten der bisherigen Finanzregelung, die verfassungsrechtlich verankert ist, aufrecht zu erhalten. Bis zum heutigen Zeitpunkt – es ist noch nicht aller Tage Abend, denn das Gesetz ist erst jetzt von der Regierung genehmigt worden und wird einen sehr schwierigen parlamentarischen Prozess durchlaufen müssen - hat die Regelung, die vom Start weg, insbesondere in der Präsidentenkonferenz und im Vorfeld zwischen dem Landeshauptmann und dem Minister Padoa Schioppa, diskutiert wurde, das heißt der heutige Artikel 18 des Gesetzentwurfes, unsere Zustimmung gefunden, weil damit zwei Voraussetzungen, die immer wieder kontestiert worden waren und die im Verlauf der letzten Monate immer wieder sehr gefährdet waren, eingehalten werden.

Die zwei Grundsätze waren, erstens - werte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in Ihren Stellungnahmen darauf reflektiert – wir sind ein Teil der Republik Italien und sind verfassungsrechtlich als autonome Provinz Bozen und auch im Sinne des EU-Rechtes verpflichtet, die Sanierung des Haushaltes des Staates mitzubetreiben und dafür auch unseren Beitrag zu leisten. Darüber gibt es keine Diskussion. Natürlich sind wir aufgrund des Verfassungsrechtes und aufgrund des EU-Rechtes dazu verpflichtet! Wer Mitglied in einer Familie ist, ob er es vorher wollte oder nicht, der hat moralisch und juristisch die entsprechenden Verpflichtungen, ob es ihm nun passt oder nicht, allemal zu tragen. Das ist festgelegt und das steht auch so in der Norm drinnen.

Die zwei Voraussetzungen waren, erstens, dass dies in einem bilateralen Abkommen zwischen der autonomen Provinz Bozen, also dem Land Südtirol, und dem Staat zu verhandeln ist und, zweitens, dass dies nicht im Rahmen eines staatlichen Gesetzes definiert wird, sondern im Rahmen der sehr viel autonomiefreundlicheren Instrumente, die, wie wir alle wissen, Durchführungsbestimmungen heißen. Das ist festgelegt und so ist auch der Gesetzentwurf aufgebaut. Sie wissen, dass dieser unser Beitrag, der natürlich festgelegt wurde und zu dem wir stehen, insbesondere in der Abnahme von Spesen und Kosten besteht, die der Staat in Südtirol heute konkret trägt. Aus diesem Modell heraus ist unser Vorschlag entstanden, nämlich dass wir zusätzliche Kompetenzen übernehmen, weil wir sagen, dass wir damit Synergien erreichen, die entsprechenden Bereiche hier im Land dann selbst gestalten könnten, näher bei den Bürgern sind, die diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, und die Zielsetzung, die ich vorher erklärt

habe, nämlich unsere Verpflichtung gegenüber dem Staat, auf diese Art und Weise auch abgedeckt wird. Wie viel uns das letztlich kosten wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Es ist auch nicht abzuschätzen. Die entsprechenden Verhandlungen sind gerade erst angelaufen. Das bedeutet, dass die 20 Millionen, die wir unter diesem Titel bereits auf die hohe Kante gelegt haben, nicht eine Schätzung der erwarteten Kosten sind, die wir bereits im Jahre 2007 – wir reden vom Haushalt 2007 – diesbezüglich bezahlen müssten, sondern wir legen diese 20 Millionen auf die hohe Kante, und auf dieser hohen Kante werden sie bleiben. Deshalb gibt es einen eigenen Artikel im Finanzgesetz. Diesbezüglich gibt es den konkreten, politisch intendierten Hinweis, dass wir dieses Angebot nicht als Blabla empfunden haben, sondern dass wir in einem Fernverhältnis zwischen der Sonderautonomie und dem Staate das, was wir gesagt haben, auch ernst meinen. Zur Frage, ob neben diesem Konto auch noch ein anderes Konto eröffnet würde, in dem aus einem anderen Titel die Transferleistungen des Staates reduziert würden, kann zu diesem Zeitpunkt nichts Konkretes gesagt werden. Darüber wird jetzt – der Start ist erfolgt - angefangen zu diskutieren und darüber wird zum gegebenen Zeitpunkt gemeinsam zu debattieren sein, auch hier zu debattieren sein, weil es um eine sehr, sehr wichtige Sache geht.

Ich wollte ganz kurz zum wahrscheinlich für die nächsten Jahre schwierigsten und komplexesten Thema, welches von fast allen Rednern aufgegriffen wurde, auch noch etwas sagen, so wie ich es vorher bereits angedeutet habe. Es ist das Thema der Immigration, ohne Vorwegnahme von irgendwelchen Inhalten. Sie wissen, dass sich die Landesregierung in den letzten Monaten mit diesem Thema wie mit keinem anderen nach den verschiedenen Sektoren mit Priorität innerhalb der Tagesordnung der Südtiroler Landesregierung beschäftigt hat, weil wir glauben, dass es eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Was ich hier sagen möchte, ist, dass dieses Thema sich nicht gut in einer langfristigen Bewertung ... Es kann vielleicht über das hinaus gehen, was der Wahlkampf oder das Wahlergebnis im nächsten Jahr sein wird. Langfristig sollte man alles tun, um dieses Thema im politischen Geschäft der oft "praktischen oder konvenienten" Emotionalität herauszuhalten. Es stimmt sehr vieles von dem, was gesagt wurde, aber es ist notwendig, dass man es vor allem nach außen hin mit ganz großer Sensibilität kommuniziert, einen extrem differenzierten Blick auf dieses Phänomen wirft und sich in entsprechend differenzierter Form um Lösungsformen bemüht.

Um jetzt nur einige Punkte herauszugreifen, komme ich auf das Thema Familienzusammenführung zu sprechen. Es ist evident, dass die Familienzusammenführung nicht vom Land Südtirol beschlossen wird, sondern aufgrund einer staatlichen Gesetzgebung stattfindet. Es ist aber genauso evident, dass diese Familienzusammenführung zu einem starken Anwachsen an Zuwanderung führt, die nicht ursächlich und nicht direkt mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängt, weil es in

vielen Fällen Personen sind, die nicht auf den Arbeitsmarkt drängen. Es ist ein Faktum und mit diesem Faktum werden wir umgehen müssen, aber es ist genauso ein Faktum, dass der Grundgedanke der Familienzusammenführung aus menschlicher Sicht eigentlich nur gutgeheißen werden kann. Und wir heißen ihn gut, wenngleich wir wissen, dass damit ein noch größerer Aufwand in finanzieller Hinsicht, vor allem aber in Hinsicht auf die Integration entstehen wird.

Ein anderer Punkt ist die Frage, ob wir diese Menschen, die zuwandern, brauchen oder ob die Wirtschaft daran Schuld ist, dass diese Menschen zu uns kommen. Auch diese Frage kann man nicht mit ja oder nein beantworten, weil es zum Teil so und zum Teil eben nicht so ist. Der Hinweis auf einen frappierenden Anteil in der Arbeitslosenstatistik unter den Nicht-EU-Bürgern ist bereits gemacht worden, welcher in diesem Zusammenhang auch zum Denken geben muss. Es wird zum Beispiel gesagt, dass die Wirtschaft boome. Wenn die böse Wirtschaft nicht wäre, die noch mehr verdienen möchte, dann gäbe es das ganze Problem mit der Immigration und die damit zusammenhängenden Problemstellungen nicht, und zuletzt gäbe es die Problemstellungen in Bezug auf die Wohnung überhaupt nicht.

Was das Wohnen anbelangt, kennen Sie die letzten Entscheidungen, die darauf abzielen, nicht nur das Bewertungsmodell des sogenannten Bedarfes und die entsprechenden Punktierungen in der Rangordnung zugrunde zu legen, sondern auch dafür zu sorgen, dass getrennte Rangordnungen, die es bereits gibt, erstellt werden. Diese werden nicht neu eingeführt, sondern für einen Ausgleich neu genutzt werden. Zum Thema des Bedarfes ist auch das Thema der Gleichgewichtigkeit und Verträglichkeit in einer entsprechenden Zuordnung dazuzunehmen.

Der letzte Punkt soll, aus meiner Sicht, die Lokalfinanzen betreffen. Für mich ist es einer der großen Politikbereiche, und zwar nicht nur deshalb, weil in den Gemeinden viel darüber diskutiert wird, welche Rolle die Gemeinden, welche Rolle insbesondere die Gemeinden uns gegenüber haben sollen, und das nicht nur bei uns, sondern vor allem auf staatlicher Ebene. Der Mega-Crash im Zusammenhang mit der Erarbeitung der "legge delega sul federalismo fiscale" war in der staatlichen Diskussion nicht etwa unseretwegen, sondern deshalb, weil die Gesamtheit der italienischen Gemeinden mit einer gewissen Lösung, die die Regierung vorgeschlagen hat, nicht einverstanden war. Die Bedeutung von Lokalkörperschaften in der Demokratie, in der Gewährleistung von Basisleistungen vor Ort ist uns klar. Die Stärkung der Rolle der Lokalkörperschaften, insbesondere der Gemeinden ist eine Zielsetzung, die wir auch in Bezug auf die finanziellen Beziehungen verfolgen. Allerdings muss ich dazu sagen - deshalb habe ich diesen Punkt gerne aufgegriffen -, dass es falsch interpretiert und falsch dargestellt wäre, wenn man das Gefühl hätte, dass die Gemeinden Südtirols gewissermaßen finanziell schlecht behandelt würden. Alle, aber wirklich alle objektiven Indizes, natürlich im Vergleich zu dem, was in der Republik

Italien üblich und denkbar ist, weisen darauf hin, dass die Finanzierung der Gemeinden ordentlich ist, und ich sage ordentlich, weil eine provokante Aussage, die darin bestünde, das zu sagen, was man oft hört, nämlich dass sie fast zu hoch sei und, und, und, auch nicht gerechtfertigt wäre. Ich weise aber darauf hin, dass es bei den laufenden Ausgaben doch relativ starke Wachstumszahlen gibt. In diesem Zusammenhang hat es eine spezifische Frage dahingehend gegeben, dass wir uns gefragt haben, ob die Gemeinden im Wachstum ihrer Ressourcen von den letzten Jahren mehr als das Land selbst profitieren. Die Antwort ist ganz klar. Es gibt diese Absprache, die der Landeshauptmann getätigt hat und die jetzt auch auslaufen wird. Deshalb gibt es einen neuen Drei-Jahres-Zyklus. Entscheidend ist dort festzustellen, ob aufgrund der bisherigen Absprache der 13,5 Prozent, das Wachstum der Haushalte der Gemeinden um einen Tick stärker als das Gesamtwachstum des Landeshaushaltes war. Das ist das Ergebnis dieser Absprache. Für uns ist es auch gut gegangen und wir können sagen, dass die Gemeinden in diesem Gesamtsystem durch die Zurverfügungstellung von öffentlichen Ressourcen im Landeshaushalt, den wir vorgelegt haben, durchaus ordentlich finanziert sind.

Im möchte meine Replik abschließen, weil wir vereinbart haben, dass ein ganz wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit spezifischen Fragestellungen, die von Euch an die Landesregierung gerichtet wurden, vom Kollegen Widmann beantwortet werden.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Widmann, ne ha facoltà.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Zuerst möchte ich richtigstellen, dass die Vereinbarung, welche die Landesregierung getroffen hat, sehr wohl eingehalten wurde, denn die Berichte wurden, auch wenn im letzten Moment, ausgehändigt. Wenn der eine oder die andere mit den Inhalten der Berichte nicht einverstanden ist, können wir die noch zu klärenden Fragen – einige sind noch zu klären - beantworten. Ich möchte auf die Feststellung Wert legen, dass die Vereinbarung absolut eingehalten wurde und dass sämtliche Berichte, die angefordert wurden, auch ausgehändigt wurden.

Zweitens möchte ich sagen, dass natürlich nur die negativen Sachen herausgegriffen werden. Ich verstehe es, weil es irgendwo in der Natur der Dinge liegt. Ich möchte aber sagen, dass die Hauptaufgabe der STA nicht unbedingt das ist, was Sie gesagt haben, sondern die Aufgabe der STA ist zum Beispiel die Vinschger



Bahn. Eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der STA, die SVA, hat es immerhin möglich gemacht, dass wir die Kosten der Vinschger Bahn nicht einmal auf der Hälfte des Niveaus von Trenitalia, der Schweizer oder österreichischen Bahn haben. Das heißt, dass wir sehr sinnvoll mit dem öffentlichen Geld umgehen, dass wir im Vinschgau mit 7,80 Euro je Kilometer fahren. Der Durchschnitt von Trenitalia liegt bei 15 Euro und die ÖBB liegt auch ungefähr in diesem Bereich. Ich möchte einfach nur einige positive Aspekte herausstreichen. Ich möchte auch sagen, dass die STA die Aufgabe hat, bei der Pustertaler Bahn den Oberbau zu restrukturieren, wobei die Landesregierung die STA ermächtigt hat, dafür 39,4 Millionen Euro einzusetzen. Wir sind dabei, sämtliche 21 Bahnhöfe, die an das Land übergegangen sind, zu erneuern. In maximal zwei Jahren wird das Vorhaben effizient durchgezogen sein. Ich glaube, dass es sehr sinnvoll und auch in Ihrem Sinne ist. Ich bin froh, dass wir hier doch sehr effizient unterwegs sind.

Weiters, um es auch noch in Erinnerung zu rufen, hat die Landesregierung über die STA gerade 8 neue Zuggarnituren modernster Bauart gekauft, die etwa in zwei Jahren geliefert werden, mit der Option auf 20 weitere, um den gesamten regionalen Verkehr, eventuell auch den interregionalen Verkehr, übernehmen zu können. Ich glaube, es ist eine Fülle. Ich könnte jetzt noch eine Stunde lang darüber reden, mit wie vielen positiven Sachen innerhalb der STA im Sinne des Umweltschutzes, im Sinne eines effizienten Verwaltungsmanagements, im Sinne von effizient eingesetzten öffentlichen Geldern vorgegangen wird.

Zu den Fragen, die Sie gestellt haben, einige Erläuterungen und Erklärungen. Zur STA, was die erste Frage betrifft, Folgendes. Die Bilanz wurde am 9.7.2007 genehmigt. Es ist nicht eine Taktik oder sonst was, sondern die STA hat mehr oder weniger jedes Jahr immer im gleichen Zeitraum die Bilanz genehmigt. Diese ist somit jetzt öffentlich einsichtbar. Die Bilanz, um Ihnen die Mühe der Nachfrage zu ersparen, weist einen Verlust in der Höhe von 3.593.817 Euro auf. Die STA hält einen Anteil von 97 Prozent und 142 Hundertstel des gesamten Gesellschaftskapitals des ABD. Die STA hat eine Kapitalisierung des ABD mit einer Equivalente von 3.905.898 Euro im Verhältnis zu deren Aktienanteil im Oktober 2006 vorgenommen.

Zur Frage bezüglich der Air Alps Folgendes. Sie stellen die Frage bezüglich der Beteiligung durch das Land, in welcher Höhe Prozent und Kapital. Sie haben es bereits in Ihren Ausführungen gesagt, deshalb verstehe ich nicht, warum hier noch Unklarheiten bestehen. Ich wiederhole es aber gern noch einmal. Die STA hat im Herbst 2004 Aktien in der Höhe von 3 Millionen Euro unterschrieben, was 19,3 Prozent ausmacht. Ich glaube, dass damit sämtliche Unklarheiten aus dem Weg geräumt sind. Die Daten, die Sie schon gekannt haben, sind noch einmal bestätigt und unterstrichen worden.

Zu den Thermen Folgendes. Die Geschäftsgebarung wird, laut Auskunft, in diesem Jahr wahrscheinlich im Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben abgeschlossen werden.

Folgende Fragen sind gestellt worden. Sollte die Air Alps neue Flugzeuge ankaufen, will sich das Land daran direkt oder über die STA beteiligen? Wenn die STA entscheidet, Flugzeuge anzukaufen, was ich nicht glaube, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass wir uns daran beteiligen. In dieser Branche ist es aber nicht üblich, Flugzeuge anzukaufen, sondern zu leasen. Ich glaube, das wird die Air Alps wunschselbst und autonom machen. Wo sie die Flugzeuge least, weiß ich nicht. Das ist aber Sache der Air Alps.

Zu den Thermen Meran Folgendes. Wie soll der Schuldenberg von 83 Millionen Euro bei einem gleichbleibenden Betriebsdefizit von 9,4, plus 8 Millionen aus Vorperioden, getilgt werden? Wie will das Land sicherstellen, dass für das Hotel Therme Meran keine öffentlichen Mittel verwendet werden, Ammortisierungsplan usw.? Ist garantiert, dass die Einnahmen aus der öffentlichen finanzierten Tiefgarage nicht für die Kostendeckung bei der Hotel Therme verwendet werden? Der Bankkredit von derzeit 81 Millionen wird noch um 8,5 Millionen ... Das ist eine Kapitalaufstockung, welche bereits beschlossen worden ist, und die vor einiger Zeit von Seiten des Landes noch einmal reduziert wurde. Danach handelt es sich um 81 Millionen, weniger 8,5 Millionen, und der Rest wird in ein langfristiges Darlehen umgewandelt, welches aus den Mieteinnahmen sowie aus den variablen Mietern des Hotels und mit dem Erlös der Tiefgarage der Therme getilgt werden wird. Jetzt gibt es einen Mietvertrag mit dem Hotel Therme Meran, welcher auf 18 Jahre vorsieht, dass im ersten Jahr die 200.000 Euro, die Sie genannt haben, steigend auf 1 Million im Jahre 2009, und dann gewisse Prozentsätze, gestaffelt je nach Umsatz, bezahlt werden. Ich nenne nur eine Zahl, sonst wäre es zu lang. Bei einem Umsatz von über 8,5 Millionen Euro sind es dann 6 Prozent vom Umsatz, und das zusätzlich als variable Komponente. Dann kommt doch eine beträchtliche Miete heraus, die vom Umsatz, den das Hotel erwirtschaften kann, abhängt, wobei ein Hotel dieser Größenordnung noch unvergleichlich größeres Potential, ich würde sagen, locker in einer zweistelligen Millionenbetragshöhe hat, was den Umsatz betrifft. Bekanntlich hat jedes Hotel nicht vom ersten Tag an die maximale Auslastung, den maximalen Profit, sondern ich glaube einfach, dass es für ein solches Hotel eine Anlaufphase braucht. Ein neues Stadthotel, das, glaube ich, wirklich sehr gut von der Qualität her ist, kann auch dementsprechende Zahlen liefern.

Über die Möglichkeit einer Privatisierung oder Ausgliederung des Hotels Therme Meran muss der Verwaltungsrat nach Absprache mit dem Land entscheiden, was momentan nicht vorgesehen ist. Nachdem früher die Familie Weinfurther nach bereits abgeschlossenem Vorvertrag aus dem Pachtvertrag aufgestiegen ist, konnte

nur mehr ein Managementvertrag abgeschlossen werden, was mit der Firma Steigenberger erfolgt ist.

Die Thermen selbst, inklusive Tiefgarage, werden, laut Auskunft, ab 2008 einen positiven Cash-flow erwirtschaften. Ein erster Bericht, und zwar die Halbjahresbilanz, wird Ende Juli 2007 vorliegen. Die Therme Meran AG sieht die Thermen, inklusive Tiefgarage, als eine Einheit und die Einkünfte aus der Tiefgarage werden nach derzeitigem Stand und Planung nicht zur Deckung der Kosten des Hotels verwendet.

Weiters ist gefragt worden, ob sichergestellt ist, dass das Land bis zum Ergebnis der Volksabstimmung keine weiteren Investitionen am Flughafen ABD tätigt. Wenn nein, welche Investitionen sind geplant? Ich glaube, dass die Sicherheitsbestimmungen laut EU-Normen, laut ENAF, laut ENAC und alles, was die Sicherheit erhöht und gesetzlich vorgeschrieben ist, wie zum Beispiel gewisse Belagserneuerungen, gewisse Drainage-Vorgaben und das Anflugssystem klar sind. Wenn es verbessert gehört, dann werden wir es verbessern. Sämtliche Maßnahmen für die Sicherheit werden gesetzt werden. Es gibt ganz klare Vorschriften, die für jeden ersichtlich sind. Was die Erhöhung der passiven und aktiven Sicherheit anbelangt, werden wir versuchen, auch diese möglichst zu gewährleisten.

Es ist gefragt worden: Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage werden sie bezahlt? Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir momentan in Planung sind, und das wird sicher über die ganz normale Abwicklung des ABD bezahlt und ausgeführt werden.

Sie haben gesagt: "Va ricordato l'effetto positivo sull'equilibrio usw.". Sie haben das herausgeholt und da muss man einfach den Zusammenhang herstellen. Damit die Kolleginnen und Kollegen verstehen, um was es sich handelt, hätten Sie es auch sagen können. Es ist eine Zukunftsperspektive des Verwaltungsrates des ABD, das heißt, dass diese Worte nicht in meinem Bericht stehen. Deshalb, glaube ich, dass diese Worte ein interner Bericht des ABD, ein Zusatz zur Bilanz, sind. Es ist eine Sache, die als Zukunftsperspektive von Seiten des ABD noch lange vor der Mediation vorgesehen war. Die Mediation ist danach eingeführt worden. Sie haben gesagt, dass wir uns verraten hätten. Ich kann Ihnen sagen, es ist doch öffentlich und überall bekannt, dass vor der Mediation sehr wohl geplant war, dass wir verschiedene Anpassungen machen würden. Darauf haben wir uns auch vorbereitet. Die STA hat diesen Teil übernommen, weil sie sehr effizient arbeitet. Sie haben vom Ausbau des Terminals gesprochen. Das ist Schengen und Nicht-Schengen, man kann es auch anders nennen. Dieser Teil ist in Planung gegeben worden und diesbezüglich sind auch Machbarkeitsstudien vorgesehen. Ich glaube, da steckt weder ein Verbrechen noch mangelnde Transparenz dahinter, sondern etwas, was jeder

öffentlich weit und breit vom Reschen bis nach Winnebach weiß. Das war das Ziel. Deshalb glaube ich, dass es geklärt ist.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** *(unterbricht – interrompe)*

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Ich sage, das ist eine Zukunftsperspektive, die von Seiten ...

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** *(unterbricht – interrompe)*

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Das müssen Sie denjenigen fragen, der es hineingeschrieben hat und nicht mich.

**PRESIDENTE:** Adesso sta intervenendo l'assessore Widmann. Lasciamolo finire.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen – SVP):** Ich lese es Ihnen vor: *"Va ricordato anche l'effetto positivo sull'equilibrio gestionale della legge provinciale che permette la segnalazione di servizi aeroportuali alla nostra società con la relativa renumerazione da parte della Provincia autonoma di Bolzano"*. Dies, damit alle wissen, um was es sich handelt. Dann lese ich noch etwas vor: *"Il rispettivo regolamento che dovrà essere approvato nell'anno corrente definirà modi e criteri di applicazione della legge"*. Um welches Landesgesetz handelt es sich? Ist das Reglement bereits verabschiedet? Ich bitte diesbezüglich um Aushändigung desselben. Sind bereits Zuwendungen erfolgt? Wenn ja, in welcher Höhe? Es sind keine Zuwendungen erfolgt. Das Reglement ist nicht verabschiedet worden. Es ist möglich – ich habe jetzt die Nummer nicht da –, dass über ein Reglement – das lässt die EU und das lassen verschiedene Landesgesetze zu – theoretisch auch Beiträge geben werden. Trotzdem ist es nicht erfolgt, und das war vor der Zeit, als wir geplant hatten, den Ausbau zu tätigen. Das, glaube ich, kann als hinfällig betrachtet werden. Wie Sie wissen, wird die Piste nicht verlängert. Somit sind nur mehr die ordentlichen Sicherheitsmaßnahmen zu tätigen.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Zum Fortgang der Arbeiten! Eine kleine Vorbemerkung. Nachdem Landesrat Frick in seiner Replik das einseitige Lobby der Frau Senatorin in Rom hier ungestraft loben kann,

stelle ich nur fest, dass es in der Landesregierung offensichtlich keine Vertreter der Mitte-Links-Parteien und keine Vertreter der Arbeitnehmer gibt. Sonst ist es nicht zu erklären. Weiters erkläre ich auch, dass im Landtag offensichtlich keine Menschen sitzen, die anders denken als Landesrat Frick. Wir von der Grünen Fraktion möchten uns jedenfalls ganz deutlich von diesem Lob für ein äußerst einseitiges politisches Agieren zu Gunsten einer Kaste distanzieren. So weit zum Anfang.

**PRESIDENTE:** Signora Kury, prego parli sull'ordine dei lavori.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Senz'altro signor Presidente! Zum Fortgang der Arbeiten ersuche ich um vorzeitige Unterbrechung der Sitzung, um, nach der Replik von Seiten der Landesregierung, wie vorgesehen, ein Treffen der politischen Minderheiten zwecks Beratung über den weiteren Fortgang der Arbeiten zu ermöglichen.

**PRESIDENTE:** È stata chiesta una riunione delle minoranze, quindi accolgo la richiesta e vista l'ora, chiudo la seduta di oggi.

La seduta è tolta.

ORE 18.16 UHR

## **SEDUTA 137. SITZUNG**

**11.7.2007**

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Frick (63)  
Kury (52,78)  
Leitner (19)  
Pasquali (33)  
Pöder (4)  
Seppi (46)  
Sigismondi (38)  
Widmann (74,78)